



Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei

Nr. 3/2000

Dresden, den 24. März 2000

F 48501

Inhaltsverzeichnis

	Seite
16. 3. 2000 Gesetz zum Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge	89
31. 8. 1999 Vierter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	93
9. 9. 1998 Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen	107

Beilage: **Inhaltsverzeichnis des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes Jahrgang 1999**

Gesetz

zum Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

Vom 16. März 2000

Artikel 1

Dem Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland sowie dem Änderungsprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen des Europarates vom 9. September 1998 (Europaratskonvention über das grenzüberschreitende Fernsehen) wird zugestimmt. Der Vierte Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge sowie das Änderungsprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung des Staatsvertrags über den Rundfunk im vereinten Deutschland

§ 1 des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 19. Dezember 1991 (SächsGVBl. S. 457), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 1997 (SächsGVBl. S. 649), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 Satz 2 werden nach den Worten „nach Artikel 1 § 40 Abs. 1 des Staatsvertrages“ die Worte „in Verbindung mit § 10 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag (RFinStV)“ eingefügt.
2. In Absatz 2 Satz 3 werden nach den Worten „nach Artikel 1 § 40 Abs. 1 Satz 2 des Staatsvertrages“ die Worte „bis zum 31. Dezember 2004“ eingefügt und das Wort „terrestrischen“ gestrichen.
3. Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Dem Mitteldeutschen Rundfunk stehen ab dem 1. Januar 2000 für die Dauer des Bestehens der Filmförderungseinrichtung ‚Mitteldeutsche Medienförderung GmbH‘

2,6 Millionen DM vom zusätzlichen Anteil an der einheitlichen Rundfunkgebühr nach Artikel 1 § 40 Abs. 1 des Staatsvertrages in Verbindung mit § 10 RFinStV aus dem Aufkommen im Sendegebiet des Freistaates Sachsen zu.“

4. Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Er führt diese Mittel unabhängig von seinen vertraglichen Verpflichtungen der ‚Mitteldeutschen Medienförderung GmbH‘ zu.“
5. In Absatz 3 Satz 3 werden nach den Worten „nach Artikel 1 § 40 Abs. 1 des Staatsvertrages“ die Worte „in Verbindung mit § 10 RFinStV“ eingefügt.
6. Absatz 3 Satz 4 wird wie folgt gefasst:
„Für den Fall der Auflösung der ‚Mitteldeutschen Medienförderung GmbH‘ hat der MDR nach dem Schluss der Liquidation den von der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien nicht genutzten Anteil an der einheitlichen Rundfunkgebühr der ‚Sächsischen Stiftung für Medienausbildung‘ zuzuführen.“
7. Absatz 4 wird gestrichen.

Artikel 3

Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen (Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG)

Das Gesetz über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. März 1998 (SächsGVBl. S. 111), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 246) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Bezeichnung von § 24 wird wie folgt gefasst:
„Finanzierung, Werbung, Teleshopping, Sponsoring“

- b) Die Bezeichnung von § 45 wird wie folgt gefasst:
„Bestandsdaten, Daten über den Empfang von Programmen und Sendungen“
2. § 1 a wird wie folgt geändert:
- a) Die bisherigen Absätze 4 bis 6 werden die Absätze 2 bis 4.
- b) Es werden folgende Absätze 5 bis 9 eingefügt:
„(5) Werbung ist jede Äußerung bei der Ausübung eines Handels, Gewerbes, Handwerks oder freien Berufs, die im Rundfunk von einem öffentlich-rechtlichen oder privaten Veranstalter entweder gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung gesendet wird mit dem Ziel, den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt zu fördern. § 7 Abs. 8 Rundfunkstaatsvertrag (RStV) bleibt unberührt.
(6) Schleichwerbung ist die Erwähnung oder Darstellung von Waren, Dienstleistungen, Namen, Marken oder Tätigkeiten eines Herstellers von Waren oder eines Erbringers von Dienstleistungen in Programmen, wenn sie vom Veranstalter absichtlich zu Werbezwecken vorgesehen ist und die Allgemeinheit hinsichtlich des eigentlichen Zwecks dieser Erwähnung oder Darstellung irreführen kann. Eine Erwähnung oder Darstellung gilt insbesondere dann als zu Werbezwecken beabsichtigt, wenn sie gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung erfolgt.
(7) Sponsoring ist jeder Beitrag einer natürlichen oder juristischen Person oder einer Personenvereinigung, die an Rundfunktätigkeiten oder an der Produktion audiovisueller Werke nicht beteiligt ist, zur direkten oder indirekten Finanzierung einer Sendung, um den Namen, die Marke, das Erscheinungsbild der Person oder Personenvereinigung, ihre Tätigkeit oder ihre Leistungen zu fördern.
(8) Teleshopping ist die Sendung direkter Angebote an die Öffentlichkeit für den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt.
(9) Programmbouquet ist die Bündelung von Programmen und Diensten, die in digitaler Technik unter einem elektronischen Programmführer verbreitet werden.“
- c) Die bisherigen Absätze 7 bis 10 werden die Absätze 10 bis 13.
- d) Folgender Absatz 14 wird angefügt:
„(14) Bitrate ist die pro Zeiteinheit zu transportierende Informationsmenge.“
3. § 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt
„Sofern eine digitale Nutzung dieser technischen Übertragungskapazitäten möglich ist, sind sie entsprechend auszuschreiben und zuzulassen; die Sätze 3 und 4 bleiben unberührt.“
- b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden die Sätze 3 und 4.
4. § 6 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird folgender Absatz 4 angefügt:
„(4) Die Zulassung kann versagt werden, wenn
1. sich das Programm des Antragstellers ganz oder in wesentlichen Teilen an die Bevölkerung eines anderen Staates richtet, der das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen ratifiziert hat, und
 2. der Antragsteller sich zu dem Zweck in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen hat, die Bestimmungen des anderen Staates zu umgehen und
 3. die Bestimmungen des anderen Staates, die der Antragsteller zu umgehen bezweckt, Gegenstand des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen sind.
- Statt der Versagung der Zulassung kann diese auch mit Nebenbestimmungen versehen werden, soweit die Nebenbestimmungen die Umgehung nach Satz 1 ausreichend ausschließen.
- b) Es wird folgender Absatz 5 angefügt:
(5) Die Landesanstalt kann ein vereinfachtes Zulassungsverfahren durchführen, wenn Sendungen von einer öffentlichen Veranstaltung im zeitlichen Zusammenhang damit veranstaltet und verbreitet werden. §§ 4; 5 Abs. 2; 10; 11 Abs. 1 Nr. 4 und 6, Abs. 2, 3; 21 und 22 finden keine Anwendung. Die Zulassung wird für die Dauer des zeitlichen Zusammenhangs mit der Veranstaltung erteilt. Die Sätze 1 bis 3 gelten versuchsweise bis zum 31. März 2004.“
5. In § 10 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:
„Bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Übergang der Verbreitung von Programmen von analoger in digitale Technik vollzogen ist, haben daneben Antragsteller Vorrang, die ihre Programme in digitaler Technik verbreiten.“
6. § 13 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Berichterstattung und Informationsendungen haben den anerkannten journalistischen Grundsätzen zu entsprechen.“
- b) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „muß“ durch das Wort „müssen“ ersetzt.
7. In § 23 werden nach den Worten „2. durch Werbung“ die Worte „und Teleshopping“ angefügt.
8. § 24 wird wie folgt gefasst:
„§ 24
Finanzierung, Werbung, Teleshopping, Sponsoring
Es gelten die Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrages in der jeweils geltenden Fassung über die Inhalte von Werbung und Teleshopping und deren Kennzeichnung, das Sponsoring, die Finanzierung, die Einfügung und Dauer von Werbung und Teleshopping sowie den Erlass von Richtlinien.“
9. In § 28 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1a wird das Wort „terrestrischen“ gestrichen.
10. In § 30 Abs. 9 Nr. 3 werden die Worte „gemäß § 3 Abs. 5 RStV“ durch die Worte „gemäß § 3 Abs. 7 RStV“ ersetzt.
11. § 35 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
„(3) Die Haushaltsführung richtet sich nach den Grundsätzen einer geordneten, wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung. Im Haushaltsplan, der keiner autonomen Rechtsetzung bedarf, können Rücklagen gebildet werden, soweit und solange dies zu einer wirtschaftlichen und sparsamen Aufgabenerfüllung für bestimmte Maßnahmen erforderlich ist, die nicht aus Mitteln eines Haushaltsjahres finanziert werden können. Die geplanten Aufgaben sollen in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen werden. Erforderliche Maßnahmen im Sinne von Satz 2 sind insbesondere Investitionen einschließlich Ersatzbeschaffungen so-

wie längerfristige Förderprogramme. Die Notwendigkeit der Rücklage ist in jedem Haushaltsjahr erneut festzustellen. Soweit erforderlich, sind Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt vorzusehen. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Vorläufigen Sächsischen Haushaltsordnung vom 19. Dezember 1990 (SächsGVBl. S. 21) aufzustellen und unter Einbeziehung der Buchführung durch einen unabhängigen Abschlussprüfer zu prüfen. §§ 108, 109 der Vorläufigen Sächsischen Haushaltsordnung finden keine Anwendung.“

12. § 38 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 2 Buchst. c werden nach dem Wort „das“ die Worte „für Sachsen bestimmte“ eingefügt.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Bei der Belegung der Kanäle in Kabelanlagen mit in digitaler Technik in Kabel verbreiteten Programmen im Regelbetrieb hat der Betreiber der Kabelanlage sicherzustellen, dass

1. die nach dem jeweiligen Stand der Technik erforderlichen Bitraten für die für das Gebiet des Freistaates Sachsen gesetzlich bestimmten Fernsehprogramme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sofern sie nicht in den Programmbouquets nach § 19 Abs. 3 RStV enthalten sind, einschließlich dieser Programmbouquets zur Verfügung stehen; dies gilt nicht für die außerhalb des § 19 Abs. 3 und 4 RStV veranstalteten Rundfunkprogramme,

2. die gesamte Bitrate, die der Übertragungskapazität eines analogen Fernsehkanals entspricht, für die im Gebiet des Freistaates Sachsen zugelassenen regionalen und lokalen Fernsehprogramme sowie die Offenen Kanäle zur Verfügung steht,

3. die technischen Übertragungskapazitäten nach Nummern 1 und 2 im Verhältnis zu anderen digitalen Kanälen technisch gleichwertig sind.

Solange und soweit die Übertragungskapazitäten der Nummern 1 bis 3 von den Veranstaltern nicht genutzt werden, steht die Nutzung den Kabelbetreibern zu. Soweit möglich, sollen die für Zwecke der Rundfunkerprobung nach § 26 und für die befristete Dauer der Pilotprogramme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis zur Entscheidung des Regelbetriebs nach § 19 Abs. 5 RStV notwendigen Bitraten bereitgestellt werden. Satz 3 gilt entsprechend, wenn die Verbreitung eines Programms mit besonderer Übertragungstechnik (insbesondere interaktives Fernsehen) nach § 19 Abs. 1 Satz 2, Abs. 5 oder § 20 RStV nach diesem Gesetz zugelassen worden ist.“

c) Es wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die Entscheidung über die nach Absatz 3 hinausgehende Belegung mit in digitaler Technik verbreiteten Programmen und Mediendiensten trifft der Betreiber

1. innerhalb einer weiteren Übertragungskapazität im Umfang von einem Drittel der für die digitale Verbreitung zur Verfügung stehenden Gesamtkapazität, soweit er darin unter Berücksichtigung der Interessen der angeschlossenen Teilnehmer eine Vielzahl von Programmveranstaltern sowie ein vielfältiges Programmangebot an Vollprogrammen, nicht entgeltfinanzierten Programmen, Spartenprogrammen und Fremdsprachenprogrammen einbezieht sowie Mediendienste im Sinne des Mediendienste-Staatsvertrages angemessen berücksichtigt,

2. innerhalb darüber hinausgehender Übertragungskapazitäten allein nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze.“

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und folgender Satz 1 wird eingefügt:

„(5) Entgelte und Tarife für die Kabeleinspeisung der nach Absatz 1 einzuspeisenden Programme sind durch den Kabelanlagenbetreiber gegenüber der Landesanstalt offen zu legen.“

Die bisherigen Sätze 1 bis 4 werden die Sätze 2 bis 5.

e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und sein Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„(6) Die Kabelanlage ist im Umfang ihrer Kapazität so einzurichten, dass jeder Inhaber eines Anschlusses im analogen Betrieb die in Absatz 1 genannten sowie die nach den Kriterien des Absatzes 2 einzuspeisenden und im digitalen Betrieb die in Absatz 3 genannten Programme empfangen kann.“

13. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„(3) Hat die Landesanstalt den Veranstalter aufgefordert, den festgestellten Verstoß zu beheben oder künftig zu unterlassen, so kann sie bei Fortdauer des Verstoßes oder bei einem weiteren Verstoß im Sinne des Abs. 2 für einen Zeitraum von bis zu zwei Monaten die Verbreitung des Programms untersagen. Die Untersagung kann sich auch auf einzelne Teile des Programms beziehen. Die Einzelheiten kann die Landesanstalt unter Berücksichtigung der Schwere und Häufigkeit des Verstoßes durch Satzung regeln.“

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

14. § 41 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 3 wird gestrichen.

b) In Absatz 2 wird vor die Nr. 1 folgende Nr. 1 eingefügt:

„1. der Veranstalter bei einem schwerwiegenden Rechtsverstoß einer vollziehbaren Anordnung nach § 39 Abs. 2 nicht Folge leistet, obwohl in der Anordnung der Widerruf angedroht war.“

c) In Absatz 2 werden die bisherigen Nr. 1 bis 3 die Nr. 2 bis 4.

d) In Absatz 2 Nr. 4 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nr. 5 und Satz 2 angefügt:

„5. der Veranstalter entsprechend den Voraussetzungen des § 6 Abs. 4 Satz 1 tätig ist.

Im letzteren Fall kann die Zulassung auch mit Nebenbestimmungen versehen werden, soweit diese die Umgehung nach § 6 Abs. 4 Satz 1 ausreichend ausschließen.“

15. § 43 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 13 werden die Worte „in § 38 Abs. 1“ durch das Wort „dort“ ersetzt.

b) Absatz 1 Nr. 14 erhält folgende Fassung:

„14. entgegen § 38 Abs. 5 Entgelte oder Tarife gegenüber der Landesanstalt nicht offen legt oder die regionalen und lokalen Programme benachteiligt.“

c) In Absatz 1 Nr. 15 werden die Worte „§ 38 Abs. 4 Satz 3“ durch die Worte „§ 38 Abs. 5 Satz 4“ ersetzt.

d) Absatz 1 Nr. 16 wird wie folgt gefasst:

„16. entgegen § 38 Abs. 6 Satz 1 seine Anlage im Rahmen der Kapazität nicht so einrichtet, dass jeder Inhaber eines Anschlusses im analogen Betrieb die in § 38 Abs. 1 genannten sowie die nach den Kriterien des § 38 Abs. 2 einzuspeisenden und im digitalen Betrieb die in § 38 Abs. 3 genannten Programme und Mediendienste empfangen kann.“

e) In Absatz 2 wird das Wort „fünzigtausend“ durch die Worte „einer Million“ ersetzt.

16. § 44 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 „Der Veranstalter und seine Hilfsunternehmen haben, soweit sie personenbezogene Daten zu journalistisch-redaktionellen Zwecken verarbeiten, alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Ausführung der Vorschriften des allgemeinen Datenschutzrechtes und des Rundfunkstaatsvertrages in ihrer jeweils gültigen Fassung im Freistaat Sachsen zu gewährleisten.“
17. § 45 wird wie folgt geändert:
 a) Die Überschrift und die Absätze 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:

„§ 45

Bestandsdaten, Daten über den Empfang von Programmen und Sendungen

- (1) Der Veranstalter darf personenbezogene Daten eines Nutzers verarbeiten, soweit sie für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung oder Änderung eines Vertragsverhältnisses mit ihm über die Nutzung von Rundfunk erforderlich sind (Bestandsdaten).
- (2) Personenbezogene Daten über die Möglichkeit des Empfangs von Programmen und Sendungen dürfen von einem Veranstalter nur insoweit verarbeitet werden, wie dies erforderlich ist, um den Empfang und die Abrechnung des geschuldeten Entgelts zu ermöglichen.
- (3) Bei der Verarbeitung von Daten im Sinne dieser Bestimmungen sind die Vorschriften des allgemeinen Datenschutzrechtes und des Rundfunkstaatsvertrages in ihrer jeweils gültigen Fassung zu beachten.“

Artikel 4

Änderung des Sächsischen Meldegesetzes

Das Sächsische Meldegesetz (SächsMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. April 1997 (SächsGVBl. S. 377) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 a) Im Vierten Abschnitt – Datenübermittlung – wird nach der Angabe „§ 30 Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften“ die Angabe „§ 30 a Datenübermittlung an den Mitteldeutschen Rundfunk“ eingefügt.
 b) Im Fünften Abschnitt – Ordnungswidrigkeiten, Übergangs- und Schlussbestimmungen – wird nach der Angabe „§ 37 Verwaltungsvorschriften“ die Angabe „§ 37 a Einschränkung von Grundrechten“ eingefügt.
2. Nach § 30 wird folgender § 30 a eingefügt:

„§ 30 a

Datenübermittlung an den Mitteldeutschen Rundfunk

- (1) Die Meldebehörde darf dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) oder der nach § 8 Abs. 2 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages vom 19. Dezember 1991 (SächsGVBl. S. 425, 444) von ihm beauftragten Stelle bis zum 31. Dezember 2003 zum Zwecke der Erhebung und des Einzugs der Rundfunkgebühren nach § 2 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages im Falle der Anmeldung, Abmeldung oder des Todes folgende Daten volljähriger Einwohner übermitteln:
1. Familiennamen,
 2. Vornamen,
 3. Doktorgrad,
 4. Tag der Geburt,

5. gegenwärtige und letzte frühere Anschriften der Hauptwohnung und Nebenwohnungen,
6. Tag des Ein- und Auszugs,
7. Familienstand, beschränkt auf die Angabe, ob verheiratet oder nicht,
8. Sterbetag.

Über die Anwendung der Übermittlungsregelung nach Satz 1 erstattet der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) bis zum 31. Dezember 2002 dem Sächsischen Landtag einen Bericht.

- (2) Die übermittelten Daten dürfen nur verarbeitet werden, um Beginn und Ende der Rundfunkgebührenpflicht sowie die Landesrundfunkanstalt, der die Gebühr zusteht, zu ermitteln. Der MDR und die von ihm beauftragte Stelle haben durch organisatorische und technische Maßnahmen sicherzustellen, dass die Kenntnisnahme nur durch berechtigte Bedienstete zur Aufgabenerfüllung erfolgt und dass nicht mehr benötigte Daten unverzüglich gelöscht werden, spätestens aber innerhalb eines halben Jahres nach ihrer Übermittlung.
- (3) Der MDR hat den Meldebehörden die durch das Verfahren entstehenden Kosten zu erstatten.“

3. Nach § 37 wird folgender § 37 a eingefügt:

„§ 37 a

Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz wird im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingeschränkt.“

Artikel 5

In-Kraft-Treten

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft, mit Ausnahme seines Artikels 3 Nr. 4 Buchst. a und Nr. 14 Buchst. d, der zu dem Zeitpunkt in Kraft tritt, an dem das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 9. September 1998 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.
- (2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach Artikel 1 mit Ausnahme seines Artikels 1 §§ 5 a Abs. 4, 20 Abs. 4 und § 44 Abs. 6 nach seinem Artikel 8 Abs. 2 Satz 1, 4 in Kraft tritt oder gegenstandslos wird, ist im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt zu machen. Dasselbe gilt für den Tag, an dem das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 9. September 1998, der Artikel 1 §§ 5 a Abs. 4, 20 Abs. 4 und § 44 Abs. 6 des Staatsvertrages nach Artikel 1 nach seinem Artikel 8 Abs. 2 Satz 2, 4 sowie der Artikel 3 Nr. 4 Buchst. a und Nr. 14 Buchst. d nach Abs. 1 in Kraft treten oder gegenstandslos werden.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Dresden, den 16. März 2000

Der Landtagspräsident
Erich Iltgen

Der Ministerpräsident
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Vierter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
schließen, zugleich zur Umsetzung der Richtlinie 95/47/EG sowie der Richtlinie 97/36/EG, nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

Änderung des Rundfunkstaatsvertrages

Der Rundfunkstaatsvertrag vom 31. August 1991, zuletzt geändert durch den Mediendienste-Staatsvertrag vom 20. Januar bis 12. Februar 1997, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
 - a) Nach „§ 2 Begriffsbestimmungen“ wird folgender § 2 a eingefügt:
„§ 2 a Allgemeine Programmgrundsätze“.
 - b) Nach „§ 5 Kurzberichterstattung“ wird folgender § 5 a eingefügt:
„§ 5 a Übertragung von Großereignissen“.
 - c) Die Bezeichnung von § 7 wird wie folgt gefasst:
„§ 7 Inhalte von Werbung und Teleshopping, Kennzeichnung“.
 - d) Die Bezeichnung von § 10 wird wie folgt gefasst:
„§ 10 Berichterstattung, Informationssendungen, Meinungsumfragen“.
 - e) Die Bezeichnung von § 18 wird wie folgt gefasst:
„§ 18 Ausschluss von Teleshopping“.
 - f) Die Bezeichnung von § 19 wird wie folgt gefasst:
„§ 19 Satellitenfernsehprogramme, digitale Angebote für ARD und ZDF“.
 - g) Die Bezeichnung des 5. Unterabschnittes des III. Abschnittes wird wie folgt gefasst:
„5. Unterabschnitt Finanzierung, Werbung, Teleshopping“.
 - h) Die Bezeichnung von § 44 wird wie folgt gefasst:
„§ 44 Einfügung von Werbung und Teleshopping“.
 - i) Nach „§ 45 Dauer der Werbung“ werden folgende §§ 45 a und 45 b eingefügt:
„§ 45 a Teleshopping-Fenster
§ 45 b Eigenwerbekanäle“.
 - j) Die Bezeichnung des 6. Unterabschnittes des III. Abschnittes wird wie folgt gefasst:
„6. Unterabschnitt Datenschutz, Revision, Ordnungswidrigkeiten, Strafbestimmung“.
 - k) Die Bezeichnung von § 47 wird wie folgt gefasst:
„§ 47 Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten“.
 - l) Nach „§ 47 Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten“ werden folgende §§ 47 a bis 47 f eingefügt:
„§ 47 a Datenschutzrechtliche Pflichten des Veranstalters
§ 47 b Bestandsdaten
§ 47 c Nutzungs- und Abrechnungsdaten
§ 47 d Auskunftsrecht des Nutzers
§ 47 e Datenschutz-Audit
§ 47 f Aufsicht“.
 - m) Nach „§ 49 Ordnungswidrigkeiten“ wird folgender § 49 a eingefügt:
„§ 49 a Strafbestimmung“.
 - n) Im V. Abschnitt wird vor „§ 54 Kündigung“ folgender § 53 a eingefügt:
„§ 53 a Übergangsbestimmung“.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 3 2. Halbsatz wird wie folgt gefasst:
„§ 20 Abs. 2 und § 52 Abs. 2 bis 5 dieses Staatsvertrages bleiben unberührt.“
 - b) In Absatz 2 Nr. 4 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und werden folgende Nummern 5 bis 9 angefügt:
„5. Werbung jede Äußerung bei der Ausübung eines Handels, Gewerbes, Handwerks oder freien Berufs, die im Rundfunk von einem öffentlich-rechtlichen oder privaten Veranstalter entweder gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung gesendet wird mit dem Ziel, den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt zu fördern. § 7 Abs. 8 bleibt unberührt,
 6. Schleichwerbung die Erwähnung oder Darstellung von Waren, Dienstleistungen, Namen, Marken oder Tätigkeiten eines Herstellers von Waren oder eines Erbringers von Dienstleistungen in Programmen, wenn sie vom Veranstalter absichtlich zu Werbezwecken vorgesehen ist und die Allgemeinheit hinsichtlich des eigentlichen Zwecks dieser Erwähnung oder Darstellung irreführen kann. Eine Erwähnung oder Darstellung gilt insbesondere dann als zu Werbezwecken beabsichtigt, wenn sie gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung erfolgt,
 7. Sponsoring jeder Beitrag einer natürlichen oder juristischen Person oder einer Personenvereinigung, die an Rundfunktätigkeiten oder an der Produktion audiovisueller Werke nicht beteiligt ist, zur direkten oder indirekten Finanzierung einer Sendung, um den Namen, die Marke, das Erscheinungsbild der Person oder Personenvereinigung, ihre Tätigkeit oder ihre Leistungen zu fördern,
 8. Teleshopping die Sendung direkter Angebote an die Öffentlichkeit für den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt,
 9. Programmbouquet die Bündelung von Programmen und Diensten, die in digitaler Technik unter einem elektronischen Programmführer verbreitet werden.“

3. Nach § 2 wird folgender § 2 a eingefügt:

„§ 2 a

Allgemeine Programmgrundsätze

Die in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und alle Veranstalter bundesweit verbreiteter Fernsehprogramme haben in ihren Sendungen die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Sie sollen dazu beitragen, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinung anderer zu stärken. Die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung sind zu achten. Weitergehende landesrechtliche Anforderungen an die Gestaltung der Sendungen sowie § 41 dieses Staatsvertrages bleiben unberührt.“

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Sendungen sind unzulässig, wenn sie

1. gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstoßen,
2. den Krieg verherrlichen,
3. offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden,
4. Menschen, die sterben oder schweren körperlichen oder seelischen Leiden ausgesetzt sind oder waren, in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen und ein tatsächliches Geschehen wiedergeben, ohne dass ein überwiegendes berechtigtes Interesse gerade an dieser Form der Berichterstattung vorliegt; eine Einwilligung ist unbeachtlich,
5. in sonstiger Weise die Menschenwürde verletzen.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Sendungen, die ganz oder im Wesentlichen mit Schriften inhaltsgleich sind, die in die Liste nach § 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte aufgenommen sind, sind unzulässig. Auf Antrag des Intendanten können die jeweils zuständigen Organe der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und des ZDF sowie auf Antrag des Veranstalters die zuständige Landesmedienanstalt eine Ausstrahlung abweichend von Satz 1 zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr gestatten, wenn die mögliche sittliche Gefährdung von Kindern oder Jugendlichen unter Berücksichtigung aller Umstände nicht als schwer angesehen werden kann. Im Falle der Ablehnung einer Ausnahme von Satz 1 kann ein erneuter Ausnahmeantrag gestellt werden, wenn durch Bearbeitung solche Teile verändert worden sind, die die Indizierung offenkundig veranlasst haben.“

c) Es werden folgende Absätze 4 und 5 eingefügt:

„(4) Sendungen, die nach den vorstehenden Bestimmungen nur zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr verbreitet werden dürfen, müssen durch akustische Zeichen angekündigt oder durch optische Mittel während der gesamten Sendung kenntlich gemacht werden.

(5) Die Landesmedienanstalten können für digital verbreitete Programme des privaten Fernsehens durch übereinstimmende Satzungen festlegen, unter welchen Voraussetzungen von den Sendezeitbeschränkungen der Absätze 2 und 3 ganz oder teilweise abgewichen werden kann, sofern der Veranstalter diese Sendungen nur mit einer allein für diese verwandten Technik verschlüsselt und vorsperrt. Der Veranstalter hat sicher zu stellen, dass die Freischaltung durch den Nutzer nur für die Dauer der jeweiligen Sendung oder des jeweiligen Films möglich

ist. Die Landesmedienanstalten bestimmen in den Satzungen nach Satz 1, welche Anforderungen an die Verschlüsselung und Vorsperrung von Sendungen zur Gewährleistung eines effektiven Jugendschutzes zu stellen sind.“

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 6 und die Verweisung „nach den Absätzen 2 oder 3“ wird ersetzt durch die Verweisung „nach den Absätzen 2, 3 oder 5“.

e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 7 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden zweimal die Worte „und Absatz 3 Satz 1“ gestrichen.

bb) Es wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Für sonstige Sendeformate können sie im Einzelfall zeitliche Beschränkungen vorsehen, wenn deren Ausgestaltung nach Thema, Themenbehandlung, Gestaltung oder Präsentation in einer Gesamtbewertung einem Verstoß nach Absatz 2 Satz 1 1. Halbsatz gleich kommt.“

cc) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

f) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 8.

g) Es wird folgender Absatz 9 angefügt:

„(9) Die Landesmedienanstalten veröffentlichen erstmals zum 31. Dezember 2001 und danach alle zwei Jahre gemeinsam einen Bericht über die Durchführung der Absätze 1 bis 8, der insbesondere über die Entwicklung der veranstalterseitigen Verschlüsselung und Vorsperrung von Sendungen nach Absatz 5, der Praxis und Akzeptanz in den Haushalten und der Erforderlichkeit von Sendezeitbeschränkungen Auskunft gibt. Der Bericht soll auch eine vergleichende Analyse zu internationalen Entwicklungen enthalten.“

5. Nach § 5 wird folgender § 5 a eingefügt:

„§ 5 a

Übertragung von Großereignissen

(1) Die Ausstrahlung im Fernsehen von Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung (Großereignisse) in der Bundesrepublik Deutschland verschlüsselt und gegen besonderes Entgelt ist nur zulässig, wenn der Fernsehveranstalter selbst oder ein Dritter zu angemessenen Bedingungen ermöglicht, dass das Ereignis zumindest in einem frei empfangbaren und allgemein zugänglichen Fernsehprogramm in der Bundesrepublik Deutschland zeitgleich oder, sofern wegen parallel laufender Einzelereignisse nicht möglich, geringfügig zeitversetzt ausgestrahlt werden kann. Besteht keine Einigkeit über die Angemessenheit der Bedingungen, sollen die Parteien rechtzeitig vor dem Ereignis ein Schiedsverfahren nach §§ 1025 ff. der Zivilprozessordnung vereinbaren; kommt die Vereinbarung eines Schiedsverfahrens aus Gründen, die der Fernsehveranstalter oder der Dritte zu vertreten haben, nicht zustande, gilt die Übertragung nach Satz 1 als nicht zu angemessenen Bedingungen ermöglicht. Als allgemein zugängliches Fernsehprogramm gilt nur ein Programm, das in mehr als zwei Drittel der Haushalte tatsächlich empfangbar ist.

(2) Großereignisse im Sinne dieser Bestimmung sind:

1. Olympische Sommer- und Winterspiele,
2. bei Fußball-Europa- und -Weltmeisterschaften alle Spiele mit deutscher Beteiligung sowie unabhängig von einer deutschen Beteiligung das Eröffnungsspiel, die Halbfinalspiele und das Endspiel,
3. die Halbfinalspiele und das Endspiel um den Vereinspokal des Deutschen Fußball-Bundes,
4. Heim- und Auswärtsspiele der deutschen Fußballnationalmannschaft,

5. Endspiele der europäischen Vereinsmeisterschaften im Fußball (Champions League, UEFA-Cup) bei deutscher Beteiligung.

Bei Großereignissen, die aus mehreren Einzelereignissen bestehen, gilt jedes Einzelereignis als Großereignis. Die Aufnahme oder Herausnahme von Ereignissen in diese Bestimmung ist nur durch Staatsvertrag aller Länder zulässig.

(3) Teilt ein Mitgliedstaat der Europäischen Union seine Bestimmungen über die Ausstrahlung von Großereignissen nach Artikel 3 a der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität in der Fassung der Richtlinie 97/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Kommission mit und erhebt die Kommission nicht binnen drei Monaten seit der Mitteilung Einwände und werden die Bestimmungen des betreffenden Mitgliedstaates im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht, ist die Ausstrahlung von Großereignissen verschlüsselt und gegen Entgelt für diesen Mitgliedstaat nur zulässig, wenn der Fernsehveranstalter nach den im Amtsblatt veröffentlichten Bestimmungen des betreffenden Mitgliedstaates eine Übertragung in einem frei zugänglichen Programm ermöglicht. Satz 1 gilt nicht für die Übertragung von Großereignissen für andere Mitgliedstaaten, an denen Fernsehveranstalter vor dem 30. Juli 1997 Rechte zur ausschließlichen verschlüsselten Übertragung gegen Entgelt für diesen Mitgliedstaat erworben haben.

(4) Sind Bestimmungen eines Staates, der das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 9. September 1998 ratifiziert hat, nach dem Verfahren nach Artikel 9 a Abs. 3 des Übereinkommens veröffentlicht, so gilt diese Regelung für Veranstalter in der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe des Satzes 4, es sei denn, die Ministerpräsidenten der Länder versagen der Regelung innerhalb einer Frist von sechs Monaten durch einstimmigen Beschluss die Anerkennung. Die Anerkennung kann nur versagt werden, wenn die Bestimmungen des betreffenden Staates gegen das Grundgesetz oder die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten verstoßen. Die für Veranstalter in der Bundesrepublik Deutschland nach dem vorbezeichneten Verfahren geltenden Bestimmungen sind in den amtlichen Veröffentlichungsblättern der Länder bekannt zu machen. Mit dem Tag der letzten Bekanntmachung in den Veröffentlichungsblättern der Länder ist die Ausstrahlung von Großereignissen verschlüsselt und gegen Entgelt für diesen betreffenden Staat nur zulässig, wenn der Fernsehveranstalter nach den veröffentlichten Bestimmungen des betreffenden Staates eine Übertragung dort in einem frei zugänglichen Programm ermöglicht.

(5) Verstößt ein Veranstalter gegen die Bestimmungen der Absätze 3 und 4, so kann die Zulassung widerrufen werden. Statt des Widerrufs kann die Zulassung mit Nebenbestimmungen versehen werden, soweit dies ausreicht, den Verstoß zu beseitigen.“

6. §§ 7 und 8 werden wie folgt gefasst:

„§ 7

Inhalte von Werbung und Teleshopping,
Kennzeichnung

(1) Werbung und Teleshopping dürfen nicht irreführen, den Interessen der Verbraucher nicht schaden und nicht Verhaltensweisen fördern, die die Gesundheit oder Sicherheit der Verbraucher sowie den Schutz der Umwelt gefährden. Werbung und Teleshopping, die sich auch an Kinder oder Jugendliche richten oder bei denen Kinder oder Jugendliche

eingesetzt werden, dürfen nicht ihren Interessen schaden oder ihre Unerfahrenheit ausnutzen. Teleshopping darf darüber hinaus Minderjährige nicht dazu anhalten, Kauf- oder Miet- beziehungsweise Pachtverträge für Waren oder Dienstleistungen zu schließen.

(2) Werbung oder Werbetreibende dürfen das übrige Programm inhaltlich und redaktionell nicht beeinflussen. Satz 1 gilt für Teleshopping-Spots, Teleshopping-Fenster und deren Anbieter entsprechend.

(3) Werbung und Teleshopping müssen als solche klar erkennbar sein. Sie müssen im Fernsehen durch optische Mittel, im Hörfunk durch akustische Mittel eindeutig von anderen Programmteilen getrennt sein. In der Werbung und im Teleshopping dürfen keine unterschweligen Techniken eingesetzt werden.

(4) Eine Teilbelegung des ausgestrahlten Bildes mit Werbung ist zulässig, wenn die Werbung vom übrigen Programm eindeutig optisch getrennt und als solche gekennzeichnet ist. Diese Werbung wird auf die Dauer der Spotwerbung nach §§ 15 und 45 angerechnet. § 14 Abs. 1 und § 44 Abs. 1 gelten entsprechend.

(5) Dauerwerbesendungen sind zulässig, wenn der Werbecharakter erkennbar im Vordergrund steht und die Werbung einen wesentlichen Bestandteil der Sendung darstellt. Sie müssen zu Beginn als Dauerwerbesendung angekündigt und während ihres gesamten Verlaufs als solche gekennzeichnet werden.

(6) Schleichwerbung und entsprechende Praktiken sind unzulässig. Die Einfügung virtueller Werbung in Sendungen ist zulässig, wenn

1. am Anfang und am Ende der betreffenden Sendung darauf hingewiesen wird und
2. durch sie eine am Ort der Übertragung ohnehin bestehende Werbung ersetzt wird.

Andere Rechte bleiben unberührt.

(7) In der Fernsehwerbung und beim Teleshopping im Fernsehen dürfen keine Personen auftreten, die regelmäßig Nachrichtensendungen oder Sendungen zum politischen Zeitgeschehen vorstellen.

(8) Werbung politischer, weltanschaulicher oder religiöser Art ist unzulässig. Satz 1 gilt für Teleshopping entsprechend. Unentgeltliche Beiträge im Dienst der Öffentlichkeit einschließlich von Spendenaufrufen zu Wohlfahrtszwecken gelten nicht als Werbung im Sinne von Satz 1. § 42 bleibt unberührt.

§ 8

Sponsoring

(1) Bei Sendungen, die ganz oder teilweise gesponsert werden, muss zu Beginn oder am Ende auf die Finanzierung durch den Sponsor in vertretbarer Kürze deutlich hingewiesen werden; der Hinweis ist in diesem Rahmen auch durch Bewegtbild möglich. Neben oder anstelle des Namens des Sponsors kann auch dessen Firmenemblem oder eine Marke eingeblendet werden.

(2) Inhalt und Programmplatz einer gesponserten Sendung dürfen vom Sponsor nicht in der Weise beeinflusst werden, dass die Verantwortung und die redaktionelle Unabhängigkeit des Rundfunkveranstalters beeinträchtigt werden.

(3) Gesponserte Sendungen dürfen nicht zum Verkauf, zum Kauf oder zur Miete oder Pacht von Erzeugnissen oder Dienstleistungen des Sponsors oder eines Dritten, vor allem durch entsprechende besondere Hinweise, anregen.

(4) Sendungen dürfen nicht von Unternehmen gesponsert werden, deren Haupttätigkeit die Herstellung von Zigaretten und anderen Tabakerzeugnissen ist.

- (5) Beim Sponsoring von Sendungen durch Unternehmen, deren Tätigkeit die Herstellung oder den Verkauf von Arzneimitteln und medizinischen Behandlungen umfasst, darf für den Namen oder das Image des Unternehmens gesponsert werden, nicht jedoch für bestimmte Arzneimittel oder medizinische Behandlungen, die nur auf ärztliche Verordnung erhältlich sind.
- (6) Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen dürfen nicht gesponsert werden.“
7. § 10 wird wie folgt gefasst:
- „§ 10
Berichterstattung, Informationssendungen,
Meinungsumfragen
- (1) Berichterstattung und Informationssendungen haben den anerkannten journalistischen Grundsätzen, auch beim Einsatz virtueller Elemente, zu entsprechen. Sie müssen unabhängig und sachlich sein. Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen. Kommentare sind von der Berichterstattung deutlich zu trennen und unter Nennung des Verfassers als solche zu kennzeichnen.
- (2) Bei der Wiedergabe von Meinungsumfragen, die von Rundfunkveranstaltern durchgeführt werden, ist ausdrücklich anzugeben, ob sie repräsentativ sind.“
8. § 14 wird wie folgt gefasst:
- „§ 14
Einfügung der Werbung
- (1) Übertragungen von Gottesdiensten sowie Sendungen für Kinder dürfen nicht durch Werbung oder Teleshopping-Spots unterbrochen werden.
- (2) Fernsehwerbung und Teleshopping-Spots müssen zwischen den Sendungen eingefügt werden. Einzeln gesendete Werbe- und Teleshopping-Spots müssen die Ausnahme bilden. Unter den in den Absätzen 3 und 4 genannten Voraussetzungen können Werbung und Teleshopping-Spots auch in die laufenden Sendungen eingefügt werden, sofern der gesamte Zusammenhang und der Charakter der Sendung nicht beeinträchtigt werden und sofern nicht gegen die Rechte von Rechteinhabern verstoßen wird.
- (3) Fernsehsendungen von mehr als 45 Minuten Dauer dürfen einmal Werbeeinschaltungen und Teleshopping-Spots enthalten; dies gilt auch bei Unterteilungen der Sendungen. Bei der Übertragung von Ereignissen und Darbietungen, die Pausen enthalten, dürfen Werbung und Teleshopping-Spots nur zwischen den eigenständigen Teilen oder in den Pausen eingefügt werden. Die Berechnung der Dauer einer Sendung richtet sich nach deren programmierter Sendezeit.
- (4) Bei der Übertragung von Sportereignissen, die Pausen enthalten, dürfen Werbung und Teleshopping-Spots abweichend von Absatz 3 Satz 1, jedoch nur in den Pausen, ausgestrahlt werden.
- (5) Richten sich Werbung oder Teleshopping-Spots in einem Fernsehprogramm eigens und häufig an Zuschauer eines anderen Staates, der das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen ratifiziert hat und nicht Mitglied der Europäischen Union ist, so dürfen die für die Fernsehwerbung oder das Teleshopping dort geltenden Vorschriften nicht umgangen werden. Satz 1 gilt nicht, wenn die Vorschriften dieses Staatsvertrages über die Werbung oder das Teleshopping strenger sind als jene Vorschriften, die in dem betreffenden Staat gelten, ferner nicht, wenn mit dem betroffenen Staat Übereinkünfte auf diesem Gebiet geschlossen wurden.“
9. § 15 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 2 wird die Verweisung auf „§ 19 Abs. 4“ ersetzt durch die Verweisung auf „§ 19 Abs. 6“.
- b) Es wird folgender Absatz 4 eingefügt:
- „(4) Hinweise der Rundfunkanstalten auf eigene Programme und auf Begleitmaterialien, die direkt von diesen Programmen abgeleitet sind, sowie unentgeltliche Beiträge im Dienst der Öffentlichkeit einschließlich von Spendenaufrufen zu Wohlfahrtszwecken gelten nicht als Werbung im Sinne der Absätze 1 bis 3.“
- c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
10. § 18 wird wie folgt gefasst:
- „§ 18
Ausschluss von Teleshopping
Teleshopping findet mit Ausnahme von Teleshopping-Spots im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht statt.“
11. § 19 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
- „§ 19
Satellitenfernsehprogramme, digitale Angebote
für ARD und ZDF“
- b) Es werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:
- „(3) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF können im Rahmen ihres Programmauftrages jeweils ihre gesetzlich bestimmten Programme auch in digitaler Technik verbreiten; sie sind darüber hinaus berechtigt, in digitaler Technik weitere Programme zu veranstalten. Die Programme können jeweils zu einem Gesamtangebot unter einem elektronischen Programmführer zusammengefasst werden. In dieses Programmbouquet dürfen auch Programme anderer Veranstalter aufgenommen werden, die in europarechtlich zulässiger Weise verbreitet werden, soweit diese dauerhaft als Programme anderer Veranstalter gekennzeichnet sind; in vertraglichen Vereinbarungen haben ARD und ZDF sicherzustellen, dass das Angebot dieser Programme im Bouquet ihren rundfunkrechtlichen Grundsätzen nicht widerspricht und die zusätzlichen Programmaufwendungen grundsätzlich von den anderen Veranstaltern getragen werden.
- (4) Die nach Absatz 3 bezeichneten Programme oder Programmbouquets dürfen insgesamt für die ARD und das ZDF den Umfang von drei analogen Fernsehkanälen nicht übersteigen. Von den drei analogen Fernsehkanälen erhält die ARD zwei Fernsehkanäle und das ZDF einen Fernsehkanal. ARD und ZDF verständigen sich über die Aufteilung ihrer derzeitigen analogen gemeinsamen Fernsehprogramme auf diese Kanäle. Diese Kanäle dienen der Verbreitung der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrages gesetzlich bestimmten Programme von ARD und ZDF sowie ihrer zu diesem Zeitpunkt veranstalteten zusätzlichen digitalen Angebote oder an deren Stelle anderer ihrem Programmauftrag entsprechenden digitalen Angebote. Der wechselseitige Zugriff durch Programmführer auf die gemeinsamen Programme ist sicherzustellen.“
- c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5 und wie folgt gefasst:
- „(5) Weitere bundesweit verbreitete gemeinsame Fernsehprogramme oder digitale Angebote der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und des ZDF sind nur auf Grundlage besonderer staatsvertraglicher Vereinbarungen aller Länder möglich.“
- d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 6.

- e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 7 und die Worte „nach den Absätzen 1, 2 und 4“ werden ersetzt durch die Worte „und Angebote nach den Absätzen 1 bis 4 und 6“.
12. In § 20 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 „(4) Die Zulassung eines Fernsehveranstalters kann versagt oder widerrufen werden, wenn
1. sich das Programm des Veranstalters ganz oder in wesentlichen Teilen an die Bevölkerung eines anderen Staates richtet, der das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen ratifiziert hat und
 2. der Veranstalter sich zu dem Zweck in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen hat, die Bestimmungen des anderen Staates zu umgehen und
 3. die Bestimmungen des anderen Staates, die der Veranstalter zu umgehen bezweckt, Gegenstand des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen sind.
- Statt der Versagung oder des Widerrufs der Zulassung kann diese auch mit Nebenbestimmungen versehen werden, soweit dies ausreicht, die Umgehung nach Satz 1 auszuschließen.“
13. In § 38 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 „(4) § 47 f Abs. 1 bleibt unberührt.“
14. § 40 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 2 wird das Datum „31. Dezember 2000“ durch das Datum „31. Dezember 2004“ ersetzt und werden die Worte „terrestrischen“ und „gesamten“ gestrichen.
 - b) In Satz 3 werden nach dem Wort „Rundfunk“ die Worte „und Projekte zur Förderung der Medienkompetenz“ eingefügt.
15. § 41 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 wird gestrichen.
 - b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und die Verweisung auf die „Absätze 1 bis 3“ wird ersetzt durch die Verweisung auf die „Absätze 1 und 2“.
16. Der 5. und 6. Unterabschnitt des III. Abschnitts werden wie folgt gefasst:

**„5. Unterabschnitt
 Finanzierung, Werbung, Teleshopping**

§ 43

Finanzierung

Private Veranstalter können ihre Rundfunkprogramme durch Einnahmen aus Werbung und Teleshopping, durch sonstige Einnahmen, insbesondere durch Entgelte der Teilnehmer (Abonnements oder Einzelentgelte), sowie aus eigenen Mitteln finanzieren. Eine Finanzierung privater Veranstalter aus der Rundfunkgebühr ist unzulässig. § 40 bleibt unberührt.

§ 44

Einfügung von Werbung und Teleshopping

- (1) Übertragungen von Gottesdiensten sowie Sendungen für Kinder dürfen nicht durch Werbung oder Teleshopping unterbrochen werden.
- (2) Fernsehwerbung und Teleshopping-Spots müssen zwischen den einzelnen Sendungen eingefügt werden. Einzeln gesendete Werbe- und Teleshopping-Spots müssen die Ausnahme bilden. Unter den in den Absätzen 3 bis 5 genannten Voraussetzungen können die Werbung und die Teleshopping-Spots auch in Sendungen eingefügt werden, sofern der

gesamte Zusammenhang und der Charakter der Sendung nicht beeinträchtigt werden und sofern nicht gegen die Rechte von Rechteinhabern verstoßen wird.

(3) Bei Fernsehsendungen, die aus eigenständigen Teilen bestehen, oder bei Sportsendungen und Sendungen über ähnlich gegliederte Ereignisse und Darbietungen mit Pausen können Werbung und Teleshopping-Spots nur zwischen die eigenständigen Teile oder in die Pausen eingefügt werden. Bei anderen Sendungen soll der Abstand zwischen zwei aufeinanderfolgenden Unterbrechungen innerhalb der Sendung mindestens 20 Minuten betragen. Die Absätze 4 und 5 bleiben unberührt.

(4) Abweichend von Absatz 3 Satz 2 kann die Übertragung audiovisueller Werke wie Kinospielefilme und Fernsehfilme mit Ausnahme von Serien, Reihen, leichten Unterhaltungssendungen und Dokumentarfilmen für jeden vollen Zeitraum von 45 Minuten einmal unterbrochen werden, sofern ihre programmierte Sendezeit mehr als 45 Minuten beträgt. Eine weitere Unterbrechung ist zulässig, wenn die programmierte Sendedauer um mindestens 20 Minuten über zwei oder mehrere volle 45 Minutenzeiträume hinausgeht.

(5) Im Fernsehen dürfen Nachrichtensendungen, Sendungen zum politischen Zeitgeschehen, Dokumentarfilme und Sendungen religiösen Inhalts, die eine programmierte Sendezeit von weniger als 30 Minuten haben, nicht durch Werbung oder Teleshopping unterbrochen werden. Beträgt ihre programmierte Sendezeit mindestens 30 Minuten, so gelten die Bestimmungen der vorangegangenen Absätze.

(6) Richten sich Werbung oder Teleshopping in einem Fernsehprogramm eigens und häufig an Zuschauer eines anderen Staates, der das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen ratifiziert hat und nicht Mitglied der Europäischen Union ist, so dürfen die für die Fernsehwerbung oder das Teleshopping dort geltenden Vorschriften nicht umgangen werden. Satz 1 gilt nicht, wenn die Vorschriften dieses Staatsvertrages über die Werbung oder das Teleshopping strenger sind als jene Vorschriften, die in dem betreffenden Staat gelten, ferner nicht, wenn mit dem betroffenen Staat Übereinkünfte auf diesem Gebiet geschlossen wurden.

§ 45

Dauer der Werbung

(1) Der Anteil an Sendezeit für Teleshopping-Spots, Werbespots und andere Formen der Werbung darf mit Ausnahme von Teleshopping-Fenstern im Sinne des § 45 a 20 vom Hundert der täglichen Sendezeit nicht überschreiten. Die Sendezeit für Werbespots darf 15 vom Hundert der täglichen Sendezeit nicht überschreiten.

(2) Der Anteil an Sendezeit für Werbespots und Teleshopping-Spots innerhalb einer Stunde, gerechnet ab einer vollen Stunde, darf 20 vom Hundert nicht überschreiten.

(3) Hinweise des Rundfunkveranstalters auf eigene Programme und auf Begleitmaterialien, die direkt von diesen Programmen abgeleitet sind, sowie unentgeltliche Beiträge im Dienst der Öffentlichkeit einschließlich von Spendenaufrufen zu Wohlfahrtszwecken gelten nicht als Werbung im Sinne der Absätze 1 und 2.

§ 45 a

Teleshopping-Fenster

(1) Teleshopping-Fenster, die von einem Programm gesendet werden, das nicht ausschließlich für Teleshopping bestimmt ist, müssen eine Mindestdauer von 15 Minuten ohne Unterbrechung haben.

(2) Es sind höchstens acht solcher Fenster täglich zulässig. Ihre Sendedauer darf drei Stunden pro Tag nicht

überschreiten. Die Fenster müssen optisch und akustisch klar als Teleshopping-Fenster gekennzeichnet sein.

§ 45 b

Eigenwerbekanäle

Für Eigenwerbekanäle gelten die §§ 7, 8, 44, 45 und 45 a entsprechend. Bei diesen Kanälen sind andere Formen der Werbung im Rahmen der Beschränkungen nach § 45 Abs. 1 und 2 zulässig.

§ 46

Richtlinien

Die Landesmedienanstalten erlassen gemeinsame Richtlinien zur Durchführung der §§ 3, 7, 8, 44, 45, 45 a und 45 b. Sie stellen hierbei das Benehmen mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem ZDF her und führen einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch in der Anwendung dieser Richtlinien durch.

6. Unterabschnitt

Datenschutz, Revision, Ordnungswidrigkeiten, Strafbestimmung

§ 47

Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Soweit in diesem Staatsvertrag nichts anderes bestimmt ist, sind die jeweils geltenden Vorschriften für den Schutz personenbezogener Daten anzuwenden, auch wenn die Daten nicht in Dateien verarbeitet oder genutzt werden.
- (2) Personenbezogene Daten für die Veranstaltung von Rundfunk dürfen nur erhoben, verarbeitet und genutzt werden, soweit dieser Staatsvertrag oder eine andere Rechtsvorschrift es erlaubt oder soweit der Betroffene eingewilligt hat.
- (3) Der Veranstalter darf für die Veranstaltung von Rundfunk erhobene Daten für andere Zwecke nur verwenden, soweit dieser Staatsvertrag oder eine andere Rechtsvorschrift es erlaubt oder der Betroffene eingewilligt hat.
- (4) Der Veranstalter darf die Nutzung von Programmangeboten nicht von einer Einwilligung des Nutzers in eine Verarbeitung oder Nutzung seiner Daten für andere Zwecke abhängig machen.
- (5) Die Gestaltung und Auswahl technischer Einrichtungen für die Veranstaltung und den Empfang von Rundfunk haben sich an dem Ziel auszurichten, keine oder so wenige personenbezogene Daten wie möglich zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen.
- (6) Der Nutzer ist vor der Erhebung über Art, Umfang, Ort und Zwecke der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung seiner personenbezogenen Daten zu unterrichten. Bei automatisierten Verfahren, die eine spätere Identifizierung des Nutzers ermöglichen und eine Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten vorbereiten, ist der Nutzer vor Beginn dieses Verfahrens zu unterrichten. Der Inhalt der Unterrichtung muss für den Nutzer jederzeit abrufbar sein, soweit dies technisch möglich und zumutbar ist. Der Nutzer kann auf die Unterrichtung verzichten. Die Unterrichtung und der Verzicht sind zu protokollieren. Der Verzicht gilt nicht als Einwilligung im Sinne von Absatz 3.
- (7) Der Nutzer ist vor einer Einwilligung auf sein Recht auf jederzeitigen Widerruf mit Wirkung für die Zukunft hinzuweisen. Absatz 6 Satz 3 gilt entsprechend.
- (8) Die Einwilligung kann auch elektronisch erklärt werden, wenn der Veranstalter sicherstellt, dass
 1. sie nur durch eine eindeutige und bewusste Handlung des Nutzers erfolgen kann,
 2. sie nicht unerkennbar verändert werden kann,

3. ihr Urheber eindeutig erkannt werden kann,
4. die Einwilligung (Tag, Uhrzeit, Inhalt) protokolliert wird und
5. der Inhalt der Einwilligung jederzeit vom Nutzer abgerufen werden kann.

§ 47 a

Datenschutzrechtliche Pflichten des Veranstalters

- (1) Der Veranstalter hat dem Nutzer die Inanspruchnahme einzelner Angebote und ihre Bezahlung anonym oder unter Pseudonym zu ermöglichen, soweit dies technisch möglich und zumutbar ist. Der Nutzer ist über diese Möglichkeit zu informieren.
- (2) Der Veranstalter hat durch technische und organisatorische Vorkehrungen sicherzustellen, dass
 1. der Nutzer seine Verbindung mit dem Veranstalter jederzeit abbrechen kann,
 2. die anfallenden Daten über den Ablauf des Abrufs oder Zugriffs oder der sonstigen Nutzung unmittelbar nach deren Beendigung gelöscht werden, soweit nicht eine längere Speicherdauer für Abrechnungszwecke erforderlich ist,
 3. der Nutzer Rundfunkprogramme gegen Kenntnisnahme Dritter geschützt in Anspruch nehmen kann,
 4. die personenbezogenen Daten eines Nutzers über die Inanspruchnahme von Rundfunk verschiedener Veranstalter getrennt verarbeitet werden; eine Zusammenführung dieser Daten ist unzulässig, soweit dies nicht für Abrechnungszwecke erforderlich ist.
- (3) Die Weitervermittlung zu einem anderen Veranstalter ist dem Nutzer anzuzeigen.
- (4) Nutzungsprofile sind nur bei Verwendung von Pseudonymen zulässig. Unter einem Pseudonym erfasste Nutzungsprofile dürfen nicht mit Daten über den Träger des Pseudonyms zusammengeführt werden.

§ 47 b

Bestandsdaten

- (1) Der Veranstalter darf personenbezogene Daten eines Nutzers erheben, verarbeiten und nutzen, soweit sie für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung oder Änderung eines Vertragsverhältnisses mit ihm über die Nutzung von Rundfunk erforderlich sind (Bestandsdaten).
- (2) Eine Verarbeitung und Nutzung der Bestandsdaten für Zwecke der Werbung oder der Marktforschung des Veranstalters ist nur zulässig, soweit der Nutzer in diese ausdrücklich eingewilligt hat. Eine Verarbeitung von Bestandsdaten für Zwecke der Beratung oder zur bedarfsgerechten Gestaltung technischer Einrichtungen des Veranstalters ist zulässig, soweit der Kunde nicht widersprochen hat. Der Veranstalter hat den Kunden auf sein Widerspruchsrecht hinzuweisen.

§ 47 c

Nutzungs- und Abrechnungsdaten

- (1) Der Veranstalter darf personenbezogene Daten über die Inanspruchnahme von Rundfunk nur erheben, verarbeiten und nutzen, soweit dies erforderlich ist,
 1. um dem Nutzer die Inanspruchnahme von Rundfunk zu ermöglichen (Nutzungsdaten) oder
 2. um die Nutzung von Rundfunk abzurechnen (Abrechnungsdaten).
- (2) Zu löschen hat der Veranstalter
 1. Nutzungsdaten frühestmöglich, spätestens unmittelbar nach Ende der jeweiligen Nutzung, soweit es sich nicht um Abrechnungsdaten handelt,

2. Abrechnungsdaten, sobald sie für Zwecke der Abrechnung nicht mehr erforderlich sind; nutzerbezogene Abrechnungsdaten, die für die Erstellung von Einzelnachweisen über die Inanspruchnahme bestimmter Angebote auf Verlangen des Nutzers gemäß Absatz 5 gespeichert werden, sind spätestens 80 Tage nach Versendung des Einzelnachweises zu löschen, es sei denn, die Entgeltforderung wird innerhalb dieser Frist bestritten oder trotz Zahlungsaufforderung nicht beglichen.
- (3) Die Übermittlung von Nutzungs- oder Abrechnungsdaten an andere Veranstalter oder Dritte ist unzulässig. Wer den Zugang zu Rundfunk vermittelt, darf Veranstaltern, deren Programmangebote der Nutzer in Anspruch genommen hat, lediglich übermitteln
 1. anonymisierte Nutzungsdaten zu Zwecken von deren Marktforschung,
 2. Abrechnungsdaten, soweit diese zum Zwecke der Einziehung einer Forderung erforderlich sind.
- (4) Hat der Veranstalter mit einem Dritten einen Vertrag über die Abrechnung des Entgelts geschlossen, so darf er diesem Dritten Abrechnungsdaten übermitteln, soweit es für diesen Zweck erforderlich ist.
- (5) Die Abrechnung über die Inanspruchnahme von Rundfunk darf Veranstalter, Zeitpunkt, Dauer, Art, Inhalt und Häufigkeit bestimmter von einem Nutzer in Anspruch genommener einzelner Programmangebote nicht erkennen lassen, es sei denn, der Nutzer verlangt einen Einzelnachweis.

§ 47 d

Auskunftsrecht des Nutzers

- (1) Der Nutzer ist berechtigt, jederzeit unentgeltlich vom Veranstalter Auskunft über die zu seiner Person oder zu seinem Pseudonym gespeicherten Daten zu verlangen. Die Auskunft ist auf Verlangen des Nutzers auch elektronisch zu erteilen, soweit dies technisch möglich und zumutbar ist. Das Auskunftsrecht ist im Falle einer kurzfristigen Speicherung im Sinne von § 33 Abs. 2 Nr. 5 des Bundesdatenschutzgesetzes nicht nach § 34 Abs. 4 des Bundesdatenschutzgesetzes ausgeschlossen.
- (2) Werden über Angebote personenbezogene Daten von einem Veranstalter ausschließlich zu eigenen journalistisch-redaktionellen Zwecken verarbeitet und wird der Betroffene dadurch in seinen schutzwürdigen Interessen beeinträchtigt, kann er Auskunft über die zugrundeliegenden, zu seiner Person gespeicherten Daten verlangen. Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden, soweit durch die Mitteilung die journalistische Aufgabe des Veranstalters durch Ausforschung des Informationsbestandes beeinträchtigt würde oder aus den Daten
 1. auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung mitgewirkt haben, oder
 2. auf die Person des Einsenders oder des Gewährsträgers von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil
 geschlossen werden kann. Der Betroffene kann die Berichtigung unrichtiger Daten oder die Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang verlangen.

§ 47 e

Datenschutz – Audit

Zur Verbesserung von Datenschutz und Datensicherheit können Veranstalter ihr Datenschutzkonzept sowie ihre technischen Einrichtungen durch unabhängige und zugelassene Gutachter prüfen und bewerten sowie das Ergebnis der Prüfung veröffentlichen lassen. Die näheren Anforderungen an die Prüfung und Bewertung, das Verfahren sowie die

Auswahl und Zulassung der Gutachter werden durch besonderes Gesetz geregelt.

§ 47 f

Aufsicht

- (1) Die Zuständigkeit für die Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 47 bis 47 e richtet sich nach Landesrecht.
- (2) Der Abruf von Angeboten oder der Zugriff auf Angebote im Rahmen der Aufsicht ist unentgeltlich. Veranstalter haben dies sicherzustellen. Der Veranstalter darf seine Angebote nicht gegen den Abruf oder Zugriff durch die zuständige Aufsichtsbehörde sperren.

§ 48

Revision zum Bundesverwaltungsgericht

In einem gerichtlichen Verfahren kann die Revision zum Bundesverwaltungsgericht auch darauf gestützt werden, dass das angefochtene Urteil auf der Verletzung der Bestimmungen dieses Staatsvertrages beruhe.

§ 49

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer als Veranstalter von bundesweit verbreitetem privaten Rundfunk vorsätzlich oder fahrlässig
 1. Sendungen entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 1 verbreitet, die wegen Verstoßes gegen das Strafgesetzbuch unzulässig sind, sofern diese Handlung nicht bereits nach dem Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht ist,
 2. Sendungen entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 2 verbreitet, die wegen Kriegsverherrlichung unzulässig sind,
 3. Sendungen entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 4 verbreitet, die unzulässig sind, weil sie Menschen, die sterben oder schweren körperlichen oder seelischen Leiden ausgesetzt sind oder waren, in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen und ein tatsächliches Geschehen wiedergeben, ohne dass ein überwiegendes berechtigtes Interesse gerade an dieser Form der Berichterstattung vorliegt,
 4. Sendungen entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 5 verbreitet, die unzulässig sind, weil sie in sonstiger Weise die Menschenwürde verletzen,
 5. Sendungen, die geeignet sind, das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, entgegen § 3 Abs. 2 Satz 1 verbreitet, ohne aufgrund der Sendezeit oder auf andere Weise Vorsorge getroffen zu haben, dass Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufen die Sendungen üblicherweise nicht wahrnehmen,
 6. Sendungen entgegen § 3 Abs. 2 Sätze 2 und 3 verbreitet, in den Fällen des § 3 Abs. 2 Satz 3, ohne dass die nach Landesrecht zuständige Stelle dies nach § 3 Abs. 7 gestattet hat,
 7. Sendungen entgegen § 3 Abs. 3 Satz 1 verbreitet, ohne dass die nach Landesrecht zuständige Stelle dies nach § 3 Abs. 3 Satz 2 gestattet hat,
 8. entgegen § 3 Abs. 4 Sendungen, die nach § 3 Abs. 2, 3 oder 5 Sendezeitbeschränkungen unterliegen, verbreitet, ohne ihre Ausstrahlung durch akustische Zeichen anzukündigen oder durch optische Mittel während der gesamten Sendung kenntlich zu machen,
 9. entgegen § 3 Abs. 5 Satz 2 nicht sicherstellt, dass eine Entschlüsselung nur für die Dauer der jeweiligen Sendung oder des jeweiligen Films möglich ist,
 10. Programmankündigungen mit Bewegtbildern zu Sendungen, die nach § 3 Abs. 2, 3 oder 5 Sendezeitbe-

- schränkungen unterliegen, entgegen § 3 Abs. 6 außerhalb dieser Zeiten ausstrahlt,
11. Sendeformate entgegen Sendezeitbeschränkungen nach § 3 Abs. 7 Satz 2 ausstrahlt,
 12. entgegen § 4 Satz 1 einen Jugendschutzbeauftragten nicht beruft,
 13. Großereignisse entgegen § 5 a Abs. 1 oder 3 verschlüsselt und gegen besonderes Entgelt ausstrahlt,
 14. Werbung oder Teleshopping entgegen § 7 Abs. 3 Satz 2 nicht von anderen Programmteilen trennt,
 15. in der Werbung oder im Teleshopping entgegen § 7 Abs. 3 Satz 3 unterschwellige Techniken einsetzt,
 16. entgegen § 7 Abs. 4 eine Teilbelegung des ausgestrahlten Bildes mit Werbung vornimmt, ohne die Werbung vom übrigen Programm eindeutig optisch zu trennen und als solche zu kennzeichnen,
 17. entgegen § 7 Abs. 5 Satz 2 eine Dauerwerbesendung nicht kennzeichnet,
 18. entgegen § 7 Abs. 6 Satz 1 Schleichwerbung oder entsprechende Praktiken verbreitet,
 19. entgegen § 7 Abs. 6 Satz 2 virtuelle Werbung in Sendungen einfügt,
 20. entgegen § 7 Abs. 8 Werbung oder Teleshopping politischer, weltanschaulicher oder religiöser Art verbreitet,
 21. entgegen § 8 Abs. 1 Satz 1 nicht zu Beginn oder am Ende der Sponsorsendung auf den Sponsor hinweist,
 22. unzulässige Sponsorsendungen (§ 8 Abs. 3 bis 6) ausstrahlt,
 23. entgegen § 9 Abs. 1 Satz 2 der Informationspflicht nicht nachkommt,
 24. entgegen § 20 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 ohne Zulassung Rundfunkprogramme veranstaltet,
 25. entgegen § 21 Abs. 6 eine Änderung der maßgeblichen Umstände nach Antragstellung oder nach Erteilung der Zulassung nicht unverzüglich der zuständigen Landesmedienanstalt mitteilt; dies gilt auch für sonstige im Rahmen des Zulassungsverfahrens auskunfts- und vorlagepflichtige Personen,
 26. entgegen § 21 Abs. 7 nicht unverzüglich nach Ablauf eines Kalenderjahres der zuständigen Landesmedienanstalt gegenüber eine Erklärung darüber abgibt, ob und inwieweit innerhalb des abgelaufenen Kalenderjahres bei den nach § 28 maßgeblichen Beteiligungs- und Zurechnungstatbeständen eine Veränderung eingetreten ist; dies gilt auch für die am Veranstalter unmittelbar oder mittelbar im Sinne des § 28 Beteiligten,
 27. entgegen § 23 Abs. 1 seinen Jahresabschluss samt Anhang und Lagebericht nicht fristgerecht erstellt und bekannt macht; dies gilt auch für die am Veranstalter unmittelbar oder mittelbar im Sinne des § 28 Beteiligten,
 28. entgegen § 23 Abs. 2 nicht fristgemäß die Aufstellung der Programmbezugsquellen der zuständigen Landesmedienanstalt vorlegt,
 29. entgegen § 29 Satz 1 es unterlässt, geplante Veränderungen anzumelden; dies gilt auch für die am Veranstalter unmittelbar oder mittelbar im Sinne des § 28 Beteiligten,
 30. entgegen § 34 Satz 2 die bei ihm vorhandenen Daten über Zuschaueranteile auf Anforderung der KEK nicht zur Verfügung stellt,
 31. entgegen § 44 Abs. 1 Gottesdienste oder Sendungen für Kinder durch Werbung oder Teleshopping unterbricht, entgegen § 44 Abs. 3 in Fernsehsendungen, die aus eigenständigen Teilen bestehen, oder in Sportsendungen und ähnlich gegliederte Sendungen über Ereignisse und Darbietungen, die Pausen enthalten, Werbung oder Teleshopping-Spots nicht zwischen den eigenständigen Teilen oder in den Pausen einfügt oder entgegen den in § 44 Abs. 4 und 5 genannten Voraussetzungen andere Sendungen durch Werbung oder Teleshopping unterbricht,
 32. entgegen § 45 die zulässige Dauer der Werbung überschreitet,
 33. entgegen § 45 a Abs. 1 Teleshopping-Fenster ausstrahlt, die keine Mindestdauer von 15 Minuten ohne Unterbrechung haben, entgegen § 45 a Abs. 2 Satz 1 mehr als acht Teleshopping-Fenster täglich ausstrahlt, entgegen § 45 a Abs. 2 Satz 2 Teleshopping-Fenster ausstrahlt, deren Gesamtsendedauer drei Stunden pro Tag überschreitet, oder entgegen § 45 a Abs. 2 Satz 3 Teleshopping-Fenster ausstrahlt, die nicht optisch und akustisch klar als solche gekennzeichnet sind,
 34. entgegen § 47 Abs. 4 die Nutzung von Programmangeboten von einer Einwilligung des Nutzers in eine Verarbeitung oder Nutzung seiner Daten für andere Zwecke abhängig macht,
 35. den Nutzer nicht nach Maßgabe des § 47 Abs. 6 Sätze 1 oder 2 unterrichtet,
 36. entgegen § 47 Abs. 8 die Voraussetzungen für die Möglichkeit einer elektronisch erklärten Einwilligung nicht beachtet,
 37. entgegen § 47 a Abs. 1 Satz 1 die Inanspruchnahme von Rundfunk und seine Bezahlung nicht anonym oder unter Pseudonym ermöglicht,
 38. die in § 47 a Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 genannten technischen und organisatorischen Vorkehrungen nicht trifft,
 39. entgegen § 47 a Abs. 4 Satz 2 unter einem Pseudonym erfasste Nutzungsprofile mit Daten über den Träger des Pseudonyms zusammenführt,
 40. personenbezogene Daten entgegen § 47 b oder § 47 c erhebt, verarbeitet, nutzt, nicht löscht oder übermittelt,
 41. entgegen § 47 f Abs. 2 Satz 3 Angebote gegen den Abruf oder Zugriff durch die zuständige Aufsichtsbehörde sperrt.
- Ordnungswidrig handelt auch, wer
1. entgegen § 52 Abs. 3 die erforderlichen Übertragungskapazitäten für die zu verbreitenden Programme nicht oder in nicht ausreichendem Umfang oder nicht zu den vorgesehenen Bedingungen zur Verfügung stellt oder entgegen § 52 Abs. 5 Satz 1 die Weiterverbreitung von Fernsehprogrammen oder Mediendiensten nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
 2. entgegen § 53 Abs. 1 Satz 1 Dienste nicht zu chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen anbietet, entgegen § 53 Abs. 2 Navigatoren nicht zu chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen betreibt, entgegen § 53 Abs. 3 als Anbieter mit einer marktbeherrschenden Stellung andere Nachfrager ohne sachlich gerechtfertigten Grund unmittelbar oder mittelbar unterschiedlich behandelt, entgegen § 53 Abs. 4 Satz 1 die Aufnahme eines Dienstes nach § 53 Abs. 1 oder 2 der zuständigen Landesmedienanstalt nicht unverzüglich anzeigt, entgegen § 53 Abs. 4 Satz 2, 3 oder 4 als Anbieter eines Dienstes nach § 53 Abs. 1 oder 2 bei Einführung des Dienstes oder bei seiner Änderung die technischen Parameter des Dienstes oder die Entgelte nicht oder in nicht ausreichendem Maße offenlegt oder

entgegen § 53 Abs. 4 Satz 6 der zuständigen Landesmedienanstalt auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte nicht oder in nicht ausreichendem Maße erteilt.

Weitere landesrechtliche Bestimmungen über Ordnungswidrigkeiten bleiben unberührt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu einer Million Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Landesmedienanstalt des Landes, in dem die Zulassung erteilt oder beantragt wurde, soweit nicht nach Landesrecht für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nr. 34 bis 41 eine andere Behörde als zuständige Verwaltungsbehörde bestimmt ist. Über die Einleitung eines Verfahrens hat die zuständige Verwaltungsbehörde die übrigen Landesmedienanstalten unverzüglich zu unterrichten. Soweit ein Verfahren nach dieser Vorschrift in mehreren Ländern eingeleitet wurde, stimmen sich die beteiligten Behörden über die Frage ab, welche Behörde das Verfahren fortführt.

(4) Die Landesmedienanstalt des Landes, die einem Veranstalter eines bundesweit verbreiteten Rundfunkprogramms die Zulassung erteilt hat, kann bestimmen, dass Beanstandungen nach einem Rechtsverstoß gegen Regelungen dieses Staatsvertrages sowie rechtskräftige Entscheidungen in einem Ordnungswidrigkeitsverfahren nach Absatz 1 von dem betroffenen Veranstalter in seinem Rundfunkprogramm verbreitet werden. Inhalt und Zeitpunkt der Bekanntgabe sind durch diese Landesmedienanstalt nach pflichtgemäßem Ermessen festzulegen. Absatz 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 49 a

Strafbestimmung

Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 3 Sendungen verbreitet, die wegen ihrer offensichtlichen Eignung, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden, unzulässig sind. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Freiheitsstrafe bis zu sechs Monate oder die Geldstrafe bis zu 180 Tagesstrafen.“

17. Die §§ 52 und 53 werden wie folgt gefasst:

„§ 52

Weiterverbreitung

(1) Die zeitgleiche und unveränderte Weiterverbreitung von bundesweit empfangbaren Fernsehprogrammen, die in Europa in rechtlich zulässiger Weise und entsprechend den Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen veranstaltet werden, ist durch Landesrecht im Rahmen der vorhandenen technischen Möglichkeiten zu gestatten. Die Weiterverbreitung von Fernsehprogrammen kann unter Beachtung europäischer rundfunkrechtlicher Regelungen ausgesetzt werden. Einzelheiten, insbesondere die Rangfolge bei der Belegung der Kabelkanäle, regelt das Landesrecht.

(2) Soweit Betreiber von digitalisierten Kabelanlagen Fernsehprogramme oder Mediendienste verbreiten, gelten hierfür die Bestimmungen der Absätze 3 bis 5.

(3) Der Betreiber einer Kabelanlage hat sicherzustellen, dass

1. die erforderlichen Übertragungskapazitäten für die für das jeweilige Land gesetzlich bestimmten Fernsehprogramme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einschließlich seiner Programmbouquets zur Verfügung stehen,

2. die Übertragungskapazität eines analogen Fernsehkanals für die im jeweiligen Land zugelassenen regionalen und lokalen Fernsehprogramme sowie die Offenen Kanäle zur Verfügung steht; soweit diese Übertragungskapazität danach nicht ausgeschöpft ist, richtet sich die Belegung nach Landesrecht; die landesrechtlichen Sondervorschriften für Offene Kanäle und vergleichbare Angebote bleiben unberührt,

3. die technischen Übertragungskapazitäten nach Nummern 1 und 2 im Verhältnis zu anderen digitalen Kanälen technisch gleichwertig sind,

4. Entgelte und Tarife für die Programme nach Nummern 1 und 2 offengelegt werden; Entgelte und Tarife sind im Rahmen des Telekommunikationsgesetzes so zu gestalten, dass auch regionale und lokale Angebote zu angemessenen und chancengleichen Bedingungen verbreitet werden können; die landesrechtlichen Sondervorschriften für Offene Kanäle und vergleichbare Angebote bleiben unberührt.

(4) Die Entscheidung über die nach Absatz 3 hinausgehende Belegung mit in digitaler Technik verbreiteten Fernsehprogrammen und Mediendiensten trifft der Betreiber

1. innerhalb einer weiteren Übertragungskapazität im Umfang von einem Drittel der für die digitale Verbreitung zur Verfügung stehenden Gesamtkapazität, soweit er darin unter Berücksichtigung der Interessen der angeschlossenen Teilnehmer eine Vielzahl von Programmveranstaltern sowie ein vielfältiges Programmangebot an Vollprogrammen, nicht entgeltfinanzierten Programmen, Spartenprogrammen und Fremdsprachenprogrammen einbezieht sowie Mediendienste angemessen berücksichtigt,

2. innerhalb darüber hinausgehender Übertragungskapazitäten allein nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze.

(5) Der Betreiber einer Kabelanlage hat die Weiterverbreitung von Fernsehprogrammen oder Mediendiensten der zuständigen Landesmedienanstalt mindestens zwei Monate vor ihrem Beginn unter Vorlage eines Belegungsplanes sowie in den Fällen des Absatzes 3 seiner Vertragsbedingungen anzuzeigen. Werden die Voraussetzungen des Absatzes 3 und des Absatzes 4 Nr. 1 durch den Betreiber einer Kabelanlage nicht erfüllt, erfolgt die Auswahl der weiterverbreiteten digitalen Fernsehprogramme und die Belegung der digitalen Kanäle nach Maßgabe des Landesrechts. Zuvor ist dem Betreiber einer Kabelanlage eine angemessene Frist zur Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen zu setzen. Bei Änderungen der Belegung gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend.

(6) Die Belegung einer Kabelanlage mit Hörfunkprogrammen richtet sich nach Landesrecht.

§ 53

Zugangsfreiheit

(1) Anbieter von Diensten mit Zugangsberechtigung, die Zugangsdienste zu Fernsehdiensten herstellen oder vermarkten, müssen allen Veranstaltern zu chancengleichen, angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen technische Dienste anbieten, die es gestatten, dass deren Fernsehdienst von zugangsberechtigten Zuschauern mit Hilfe von Dekodern, die von den Anbietern von Diensten verwaltet werden, empfangen werden können. Die Diskriminierungsfreiheit ist nur dann gewährleistet, wenn die Dekoder über zugangsoffene Schnittstellen verfügen, die Dritten die Herstellung und den Betrieb eigener Anwendungen erlauben. Die Schnittstellen müssen dem Stand der Technik, insbesondere einheitlich normierten europäischen Standards entsprechen.

(2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 gilt für Anbieter von Systemen entsprechend, die auch die Auswahl von Fernsehprogrammen steuern und die als übergeordnete Benutzeroberfläche für alle über das System angebotenen Dienste verwendet werden (Navigatoren). Navigatoren müssen nach dem Stand der Technik ermöglichen, dass im ersten Nutzungsschritt auf das öffentlich-rechtliche und private Programmangebot gleichgewichtig hingewiesen und ein unmittelbares Einschalten der einzelnen Programme ermöglicht wird.

(3) Ein Anbieter, der bei der Bündelung und Vermarktung von Programmen eine marktbeherrschende Stellung innehat, darf andere Anbieter, die einen solchen Dienst nachfragen, weder unmittelbar noch mittelbar unbillig behindern oder gegenüber gleichartigen Anbietern ohne sachlich gerechtfertigten Grund unmittelbar oder mittelbar unterschiedlich behandeln.

(4) Anbieter nach den Absätzen 1 und 2 haben die Aufnahme des Dienstes der zuständigen Landesmedienanstalt unverzüglich anzuzeigen. Sie haben zugleich der Landesmedienanstalt und Dritten, die ein berechtigtes Interesse geltend machen, alle technischen Parameter offenzulegen, deren Kenntnis erforderlich ist, um den Zugang nach den Absätzen 1 und 2 zu ermöglichen. Jede Änderung ist ebenfalls unverzüglich offenzulegen. Die Anbieter haben ferner die für die einzelnen Dienstleistungen geforderten Entgelte offenzulegen. Satz 3 gilt entsprechend. Der zuständigen Landesmedienanstalt sind hinsichtlich der Bedingungen der Absätze 1 bis 3 sowie hinsichtlich der technischen Parameter und Entgelte auf Verlangen jederzeit die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(5) Die zuständige Landesmedienanstalt prüft, ob der Dienst oder das System den Anforderungen der Absätze 1 bis 4 entspricht. Sie stellt dies durch Bescheid fest. Der Bescheid kann mit Auflagen verbunden werden, die notwendig sind, um die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 4 zu erfüllen. Kann dies auch durch Auflagen nicht erreicht werden oder werden Auflagen trotz Fristsetzung nicht erfüllt, untersagt die Landesmedienanstalt das Angebot des Dienstes oder des Systems.

(6) Veranstalter können bei der zuständigen Landesmedienanstalt Beschwerde einlegen, wenn ein Anbieter von Diensten ihnen gegenüber eine der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 verletzt. Die Landesmedienanstalt hört den Anbieter des Dienstes an. Hält sie die Beschwerde für begründet, gibt sie dem Anbieter unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit, der Beschwerde abzuweichen. Wird der Beschwerde nicht oder nicht fristgerecht abgeholfen, trifft die Landesmedienanstalt nach Maßgabe von Absatz 5 die erforderlichen Entscheidungen.

(7) Die Landesmedienanstalten regeln durch übereinstimmende Satzungen Einzelheiten zur inhaltlichen und verfahrensmäßigen Konkretisierung der Absätze 1 bis 6. Die Regelungen der Satzungen müssen geeignet und erforderlich sein, für alle Veranstalter chancengleiche, angemessene und nichtdiskriminierende Bedingungen für technische Dienste oder Systeme nach den Absätzen 1 bis 3 zu gewährleisten und die Offenlegung technischer Parameter und Entgelte nach Absatz 4 zu sichern. Den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem ZDF ist vor Erlass der Satzungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

18. Es wird folgender § 53 a eingefügt:

„§ 53 a

Übergangsbestimmung

§ 3 Abs. 5 gilt versuchsweise bis zum 31. Dezember 2002. Zum 1. Januar 2003 tritt § 3 Abs. 5 außer Kraft.“

19. § 54 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) § 5 a Abs. 1 und 2 kann von jedem der vertragsschließenden Länder auch gesondert zum Schluss des Kalenderjahres mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. Die Kündigung kann erstmals zum 31. Dezember 2004 erfolgen. Wird § 5 a Abs. 1 und 2 zu diesem Zeitpunkt nicht gekündigt, kann die Kündigung mit gleicher Frist jeweils zu einem zwei Jahre späteren Zeitpunkt erfolgen. Die Kündigung ist gegenüber dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz schriftlich zu erklären. Kündigt ein Land, kann jedes Land innerhalb von drei Monaten nach Eingang der Kündigungserklärung § 5 a Abs. 1 und 2 zum gleichen Zeitpunkt kündigen. Die Kündigung eines Landes lässt die gekündigten Bestimmungen dieses Staatsvertrages im Verhältnis der übrigen Länder zueinander unberührt.“

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und die Verweisung in Satz 1 und 3 auf „§ 15 Abs. 1, 2 und 4“ jeweils ersetzt durch die Verweisung auf „§ 15 Abs. 1, 2 und 5“.

c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

Artikel 2

Änderung des ARD-Staatsvertrages

In § 4 des ARD-Staatsvertrages vom 31. August 1991, geändert durch den Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 26. August bis 11. September 1996, wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten sind berechtigt, gemeinsam im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung Mediendienste im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 4 Mediendienste-Staatsvertrag mit vorwiegend programmbezogenem Inhalt anzubieten. Werbung und Sponsoring finden in diesen Mediendiensten nicht statt.“

Artikel 3

Änderung des ZDF-Staatsvertrages

Der ZDF-Staatsvertrag vom 31. August 1991, zuletzt geändert durch den Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 26. August bis 11. September 1996, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Das ZDF ist berechtigt, im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung Mediendienste im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 4 Mediendienste-Staatsvertrag mit vorwiegend programmbezogenem Inhalt anzubieten. Werbung und Sponsoring finden in diesen Mediendiensten nicht statt.“

2. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Sendungen sind unzulässig, wenn sie

1. gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstoßen,
2. den Krieg verherrlichen,
3. offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden,
4. Menschen, die sterben oder schweren körperlichen oder seelischen Leiden ausgesetzt sind oder waren, in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen und ein tatsächliches Geschehen wiedergeben, ohne dass ein überwiegendes berechtigtes Interesse

gerade an dieser Form der Berichterstattung vorliegt; eine Einwilligung ist unbeachtlich,

5. in sonstiger Weise die Menschenwürde verletzen.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Sendungen, die ganz oder im Wesentlichen mit Schriften inhaltsgleich sind, die in die Liste nach § 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte aufgenommen sind, sind unzulässig. Auf Antrag des Intendanten können die zuständigen Organe des ZDF eine Ausstrahlung abweichend von Satz 1 zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr gestatten, wenn die mögliche sittliche Gefährdung von Kindern oder Jugendlichen unter Berücksichtigung aller Umstände nicht als schwer angesehen werden kann. Im Falle der Ablehnung einer Ausnahme von Satz 1 kann ein erneuter Ausnahmeantrag gestellt werden, wenn durch Bearbeitung solche Teile verändert worden sind, die die Indizierung offenkundig veranlasst haben.“

c) Es wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Sendungen, die nach den vorstehenden Bestimmungen nur zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr verbreitet werden dürfen, müssen durch akustische Zeichen angekündigt oder durch optische Mittel während der gesamten Sendung kenntlich gemacht werden.“

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und es werden zweimal die Worte „und Absatz 3“ gestrichen.

3. In § 20 Abs. 3 Satz 3 wird die Verweisung auf „§ 19 Abs. 4“ ersetzt durch die Verweisung auf „§ 19“.

4. § 21 Abs. 9 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden hinter dem Wort „Rundfunkanstalten“ die Worte „, , eine Landesmedienanstalt oder einen privaten Veranstalter“ eingefügt.

b) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Dies gilt nicht für eine gelegentliche Tätigkeit, die die Unabhängigkeit des Mitglieds nicht berührt.“

c) In Satz 5 wird das Wort „solche“ gestrichen.

d) Es wird folgender Satz 6 angefügt:

„Im Zweifel stellt der Fernsehrat fest, ob eine Interessenkollision vorliegt.“

5. In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Verweisung auf „§ 54 Abs. 4“ des Rundfunkstaatsvertrages ersetzt durch die Verweisung auf „§ 54 Abs. 5“ des Rundfunkstaatsvertrages.

Artikel 4

Änderung des Deutschlandradio-Staatsvertrages

Der Deutschlandradio-Staatsvertrag vom 17. Juni 1993, zuletzt geändert durch den Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 26. August bis 11. September 1996, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Das Deutschlandradio ist berechtigt, im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung Mediendienste im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 4 Mediendienste-Staatsvertrag mit vorwiegend programmbezogenem Inhalt anzubieten. Werbung und Sponsoring finden in diesen Mediendiensten nicht statt.“

2. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Sendungen sind unzulässig, wenn sie

1. gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstoßen,

2. den Krieg verherrlichen,

3. offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden,

4. Menschen, die sterben oder schweren körperlichen oder seelischen Leiden ausgesetzt sind oder waren, in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen und ein tatsächliches Geschehen wiedergeben, ohne dass ein überwiegendes berechtigtes Interesse gerade an dieser Form der Berichterstattung vorliegt; eine Einwilligung ist unbeachtlich,

5. in sonstiger Weise die Menschenwürde verletzen.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Sendungen, die ganz oder im Wesentlichen mit Schriften inhaltsgleich sind, die in die Liste nach § 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte aufgenommen sind, sind unzulässig. Auf Antrag des Intendanten können die zuständigen Organe der Körperschaft eine Ausstrahlung abweichend von Satz 1 zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr gestatten, wenn die mögliche sittliche Gefährdung von Kindern oder Jugendlichen unter Berücksichtigung aller Umstände nicht als schwer angesehen werden kann. Im Falle der Ablehnung einer Ausnahme von Satz 1 kann ein erneuter Ausnahmeantrag gestellt werden, wenn durch Bearbeitung solche Teile verändert worden sind, die die Indizierung offenkundig veranlasst haben.“

c) Absatz 4 wird gestrichen.

3. § 21 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

a) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Dies gilt nicht für eine gelegentliche Tätigkeit, die die Unabhängigkeit des Mitglieds nicht berührt.“

b) In Satz 5 wird das Wort „solche“ gestrichen.

c) Es wird folgender Satz 6 eingefügt:

„Im Zweifel stellt der Hörfunkrat fest, ob eine Interessenkollision vorliegt.“

d) Die bisherigen Sätze 6 und 7 werden die Sätze 7 und 8.

4. In § 36 Abs. 2 Satz 2 wird die Verweisung auf „§ 54 Abs. 4“ des Rundfunkstaatsvertrages ersetzt durch die Verweisung auf „§ 54 Abs. 5“ des Rundfunkstaatsvertrages.

Artikel 5

Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages

Der Rundfunkgebührenstaatsvertrag vom 31. August 1991, geändert durch den Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 26. August bis 11. September 1996, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach „§ 5 Zweitgeräte, gebührenbefreite Geräte“ „§ 5a Rundfunkwiedergabe aus dem Internet“ eingefügt.

2. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 5 wird gestrichen.

b) Die Absätze 6 und 7 werden die Absätze 5 und 6.

3. Es wird folgender § 5 a eingefügt:

„§ 5 a

Rundfunkwiedergabe aus dem Internet

Bis zum 31. Dezember 2003 sind für Rechner, die Rundfunkprogramme ausschließlich über Angebote aus dem Internet wiedergeben können, Gebühren nicht zu entrichten.“

4. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF)“ durch das Wort „Deutschlandradio“ ersetzt.

- b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Bezeichnung „ZDF“ ersetzt durch die Bezeichnung „Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF)“.
- c) In Absatz 4 Satz 3 werden hinter dem Wort „ZDF“ die Worte „ , das Deutschlandradio“ eingefügt.

Artikel 6

Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages

Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag vom 26. August bis 11. September 1996 wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 3 wird folgender Satz 2 angefügt:
„Gleiches gilt für Personen, bei denen aufgrund ihrer ständigen oder regelmäßigen Tätigkeit für die in Satz 1 genannten Institutionen die Gefahr einer Interessenkollision besteht.“
2. § 6 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Die Kosten der KEF und ihrer Geschäftsstelle werden vorab aus der Rundfunkgebühr gedeckt. Das Deutschlandradio trägt 2,471 % der Kosten, die übrigen Kosten tragen die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF jeweils zur Hälfte.“
3. § 9 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Das Aufkommen aus der Grundgebühr unter Abzug des auf das Deutschlandradio entfallenden Anteils erhalten die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten. Das Deutschlandradio erhält aus der Grundgebühr das Aufkommen aus einem Betrag von monatlich 0,698 Deutsche Mark.“

Artikel 7

Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages

Der Mediendienste-Staatsvertrag vom 20. Januar bis 12. Februar 1997 wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach „§ 20 Ordnungswidrigkeiten“ „§ 20 a Strafbestimmung“ eingefügt.
2. § 2 Abs. 2 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:
„1. Verteildienste in Form von direkten Angeboten an die Öffentlichkeit für den Absatz von Waren oder Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt (Teleshopping),“.
3. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Angebote sind unzulässig, wenn sie
 1. gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstoßen,
 2. den Krieg verherrlichen,
 3. offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden,
 4. Menschen, die sterben oder schweren körperlichen oder seelischen Leiden ausgesetzt sind oder waren, in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen und ein tatsächliches Geschehen wiedergeben, ohne dass ein überwiegendes berechtigtes Interesse gerade an dieser Form der Berichterstattung vorliegt; eine Einwilligung ist unbeachtlich,
 5. in sonstiger Weise die Menschenwürde verletzen.“
 - b) Es wird folgender Absatz 3 eingefügt:
„(3) Angebote für Verteildienste nach § 2 Abs. 2 Nr. 1, die geeignet sind, das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, dürfen nur verbreitet werden, wenn ihre Verbreitung durch akustische Zeichen angekündigt oder durch opti-

sche Mittel während des gesamten Angebots kenntlich gemacht wird.“

- c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.
4. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender Absatz 3 eingefügt:
„(3) Für Verteildienste nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 gelten §§ 7, 8, 44, 45 und 45 a des Rundfunkstaatsvertrages entsprechend.“
 - b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.
 5. § 20 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Nummern 2 und 3 werden wie folgt gefasst:
„2. Mediendienste entgegen § 8 Abs. 1 Nr. 1 angeboten, die wegen Verstoßes gegen das Strafgesetzbuch unzulässig sind, sofern diese Handlung nicht bereits durch das Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht ist,
 3. Mediendienste entgegen § 8 Abs. 1 Nr. 2 angeboten, die wegen Kriegsverherrlichung unzulässig sind,“.
 - bb) In Nummer 4 wird die Verweisung auf „§ 8 Abs. 1 Nr. 6“ durch die Verweisung auf „§ 8 Abs. 1 Nr. 4“.
 - cc) Es wird folgende Nummer 5 eingefügt:
„5. Mediendienste entgegen § 8 Abs. 1 Nr. 5 angeboten, die unzulässig sind, weil sie in sonstiger Weise die Menschenwürde verletzen,“
 - dd) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6.
 - ee) Es wird folgende Nummer 7 eingefügt:
„7. Mediendienste nach § 2 Abs. 2 Nr. 1, die geeignet sind, das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, entgegen § 8 Abs. 3 verbreitet, ohne dass ihre Verbreitung durch akustische Zeichen angekündigt oder durch optische Mittel während des gesamten Angebots kenntlich gemacht wird,“
 - ff) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 8 und die Verweisung auf „§ 8 Abs. 3“ wird ersetzt durch die Verweisung auf „§ 8 Abs. 4“.
 - gg) Die bisherige Nummer 7 wird Nummer 9 und die Verweisung auf „§ 8 Abs. 4“ wird ersetzt durch die Verweisung auf „§ 8 Abs. 5“.
 - hh) Die bisherigen Nummern 8 bis 16 werden die Nummern 10 bis 18.
 - b) In Absatz 2 werden die Worte „fünfhunderttausend Deutsche Mark“ ersetzt durch die Worte „einer Million Deutsche Mark“.
6. Es wird folgender § 20 a eingefügt:
„§ 20 a
Strafbestimmung
Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 8 Abs. 1 Nr. 3 Mediendienste anbietet, die wegen ihrer offensichtlichen Eignung, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden, unzulässig sind. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Freiheitsstrafe bis zu sechs Monate oder die Geldstrafe bis zu 180 Tagesätze.“

Artikel 8
Übergangsbestimmung, Kündigung,
In-Kraft-Treten, Neubekanntmachung

(1) Für die Kündigung der in Artikel 1 bis 7 geänderten Staatsverträge sind die dort vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.

(2) Dieser Staatsvertrag tritt mit Ausnahme des Artikels 1 §§ 5 a Abs. 4 und 20 Abs. 4 sowie hinsichtlich des Teleshoppings § 44 Abs. 6 am 1. April 2000 in Kraft. Artikel 1 §§ 5 a Abs. 4 und 20 Abs. 4 sowie hinsichtlich des Teleshopping § 44 Abs. 6 tritt erst zu dem Zeitpunkt in Kraft, an dem das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 9. September 1998 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Der Tag des In-Kraft-Tretens ist in den Veröffentlichungsblättern der Länder bekannt zu machen. Sind bis zum 31. März 2000 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(3) Die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(4) Die Staatskanzleien der Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Rundfunkstaatsvertrages, des ARD-Staatsvertrages, des ZDF-Staatsvertrages, des Deutschlandradio-Staatsvertrages, des Rundfunkgebührenstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages in der Fassung, die sich aus den Artikeln 1 bis 7 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.

Für das Land Baden-Württemberg: Erwin Teufel
22. Juli 1999

Für den Freistaat Bayern: Edmund Stoiber
4. August 1999

Für das Land Berlin: Eberhard Diepgen
24. August 1999

Für das Land Brandenburg: Manfred Stolpe
12. August 1999

Für die Freie Hansestadt Bremen: Henning Scherf
20. Juli 1999

Für die Freie und Hansestadt Hamburg: Ortwin Runde
31. Juli 1999

Für das Land Hessen: R. Koch
16. August 1999

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern: H. Ringstorff
31. Juli 1999

Für das Land Niedersachsen: Gerhard Glogowski
20. Juli 1999

Für das Land Nordrhein-Westfalen: Wolfgang Clement
16. August 1999

Für das Land Rheinland-Pfalz: Kurt Beck
16. August 1999

Für das Saarland: Reinhard Klimmt
30. Juli 1999

Für den Freistaat Sachsen: Kurt Biedenkopf
19. Juli 1999

Für das Land Sachsen-Anhalt: Reinhard Höppner
16. Juli 1999

Für das Land Schleswig-Holstein: Heide Simonis
20. Juli 1999

Für den Freistaat Thüringen: Bernhard Vogel
19. Juli 1999

Protokollerklärungen:

Protokollerklärung des Landes Berlin, der Freien Hansestadt Bremen, des Saarlandes und des Landes Sachsen-Anhalt zum Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag:

Die Regierungschefs des Landes Berlin, der Freien Hansestadt Bremen, des Saarlandes und des Landes Sachsen-Anhalt gehen davon aus, dass in einem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag, über dessen wesentliche Inhalte eine Verständigung anlässlich der Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz im Herbst diesen Jahres zu Fragen der ARD-Strukturreform sowie der Werbung und des Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk erreicht werden sollte, eine Regelung gefunden wird, die eine funktionsgerechte Finanzausstattung sämtlicher bestehender Landesrundfunkanstalten auch über den 31. Dezember 2000 hinaus gewährleistet und damit betriebsbedingte Kündigungen bei einzelnen Landesrundfunkanstalten vermeidet.

Protokollerklärung des Landes Baden-Württemberg, des Freistaates Bayern, des Landes Hessen und der Freistaaten Sachsen und Thüringen:

Die Regierungschefs des Landes Baden-Württemberg, des Freistaates Bayern, des Landes Hessen und der Freistaaten Sachsen und Thüringen weisen auf das Ergebnis der Medienklausurtagung der Regierungschefs der Länder vom 13./14. Oktober 1995 in Bad Neuenahr hin. Dort wurde einvernehmlich unter anderem Folgendes vereinbart:

„Eine auf einzelne Anstalten bezogene Veränderung der ARD-Struktur wird von den jeweils betroffenen Ländern mit dem Ziel geprüft, innerhalb der oben definierten Gebührenperiode (d.h. 31. Dezember 2000) konkrete Lösungen anzustreben, die eine zügige Umsetzung ermöglichen.“

Die Regierungschefs des Landes Baden-Württemberg, des Freistaates Bayern, des Landes Hessen und der Freistaaten Sachsen und Thüringen bekräftigen, dass sie weiterhin an dieser Übereinkunft festhalten. Sie weisen darauf hin, dass die in Bad Neuenahr ebenfalls vereinbarte Möglichkeit der gesonderten Kündigung der Regelungen über den Finanzausgleich durch den Abschluss des Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrages unberührt bleibt. Die Entscheidung über eine Kündigung wird im Hinblick auf die einzuhaltende Kündigungsfrist unter Berücksichtigung des Stands der Beratungen zu einem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag getroffen.

Protokollerklärung aller Länder zu § 5 a Abs. 2 Nr. 5 Rundfunkstaatsvertrag:

Die Regierungschefs der Länder sind sich einig, dass unter den Begriff europäische Vereinsmeisterschaften auch solche Wettbewerbe fallen, die den bisher bezeichneten Wettbewerben nachfolgen oder ihnen vergleichbar sind.

Protokollerklärung des Landes Baden-Württemberg, des Freistaates Bayern, des Landes Hessen und der Freistaaten Thüringen und Sachsen zu § 5 a Rundfunkgebühren-Staatsvertrag:

Die Regierungschefs des Landes Baden-Württemberg, des Freistaates Bayern, des Landes Hessen und der Freistaaten Thüringen und Sachsen vertreten die Auffassung, dass Rechner, die Rundfunkprogramme ausschließlich über Angebote aus dem Internet wiedergeben bzw. abrufen können, keine Rundfunkempfangsgeräte sind. Sie gehen daher davon aus, dass frühestmöglich, jedoch spätestens zum 31. Dezember 2003, der Rundfunkgebühren-Staatsvertrag entsprechend angepasst wird.

Protokollerklärung aller Länder zu § 18 Mediendienste-Staatsvertrag:

Die Regierungschefs der Länder begrüßen die Einrichtung der gemeinsamen staatlichen Stelle Jugendschutz aller Länder (jugendschutz.net) durch die Obersten Landesjugendbehörden. Sie sehen darin einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Jugendschutzes im Bereich der neuen Medien und Dienste auf nationaler und internationaler Ebene. Sie halten eine dauerhafte und einheitliche Begleitung und Beobachtung dieses Bereiches unter den Gesichtspunkten des Jugendschutzes für erforderlich. Die gemeinsame Stelle Jugendschutz soll deshalb auch in Zukunft die Behörden in den einzelnen Ländern bei deren Vollzugsaufgaben unterstützen.



Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei

Jahresinhaltsverzeichnis 1999

Reihenfolge der Ausgabe

Tag der Ausgabe Titel	Nr. des Blattes	Seite
22. 01. 99	1/1999	
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Verordnung zur Vereinigung der Innungskrankenkassen im Freistaat Sachsen zu einer Innungskrankenkasse Sachsen <i>Vom 12. Januar 1999</i>		1
Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das In-Kraft-Treten von Staatsverträgen <i>Vom 18. Dezember 1998</i>		2
Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das In-Kraft-Treten von Staatsverträgen <i>Vom 4. Januar 1999</i>		2
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über Dienstkleidung und Kleidergeld der Polizeibeamten (<i>Polizeidienstkleidungsverordnung – PolDKIVO</i>) <i>Vom 20. Oktober 1998</i>		2
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren Lebensmittelkontrolldienst (<i>SächsmlKdAPVO</i>) <i>Vom 4. Dezember 1998</i>		3
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 10. Dezember 1998</i>		9
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 14. Dezember 1998</i>		11
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur einstweiligen Sicherstellung des Naturschutzgebietes „Moorwald am Pechfluß bei Medingen“ vom 14. November 1995 (<i>SächsABl. 1996 S. 38</i>) <i>Vom 23. Dezember 1998</i>		11
Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaats Sachsen <i>Vom 23. Dezember 1998</i>		11
03. 02. 99	2/1999	
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Verordnung über Reise- und Umzugskostenvergütungen sowie sonstige Entschädigungen für Mitglieder der Staatsregierung <i>Vom 13. Januar 1999</i>		13
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes des Freistaat Sachsen (<i>SächsVerfGHAufwEntschVO</i>) <i>Vom 21. Januar 1999</i>		14
Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Erklärung der Stadt Zschopau zur Großen Kreisstadt <i>Vom 4. Januar 1999</i>		15
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Sächsischen Studienplatzvergabeordnung <i>Vom 11. Januar 1999</i>		15
Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zur Änderung der Schulordnung Fachschule <i>Vom 22. Dezember 1998</i>		16
Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus der Neufassung der Schulordnung berufliche Gymnasien <i>Vom 10. November 1998</i>		16
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über berufliche Gymnasien im Freistaat Sachsen (<i>Schulordnung berufliche Gymnasien – BGySO</i>)		17
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Pauschalvergütung nach § 5 SächsInsOAG (<i>SächsInsOAGVO</i>) <i>Vom 7. Januar 1999</i>		31
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Führung der Wasserbücher (<i>Sächsische Wasserbuchverordnung – SächsWabuV</i>) <i>Vom 8. Januar 1999</i>		31
Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes „Mulden- und Chemnitztal“ <i>Vom 14. Dezember 1998</i>		32
Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz zur einstweiligen Sicherstellung des Naturschutzgebietes „Mothäuser Heide – Erweiterung“ <i>Vom 14. Januar 1999</i>		34
Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Bundesautobahn 38, Südumgehung Leipzig (Planungsgebiet Stadt Leipzig – Gemarkung Hartmannsdorf) <i>Vom 13. Januar 1999</i>		38
04. 03. 99	3/1999	
Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen über die Aufnahme der Mitglieder der Architektenkammer Thüringen in das Versorgungswerk der Architektenkammer Sachsen <i>Vom 12. Februar 1999</i>		42

Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen über die Aufnahme der Mitglieder der Architektenkammer Thüringen in das Versorgungswerk der Architektenkammer Sachsen	42
Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten Vom 12. Februar 1999	44
Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten	44
Gesetz über Versorgungsrücklagen im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen Vom 17. Februar 1999	46
Artikel 1 Gesetz über Versorgungsrücklagen im Freistaat Sachsen (Versorgungsrücklagengesetz – VersRücklG)	46
Artikel 2 Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen	48
Artikel 3 In-Kraft-Treten	48
Gesetz zur Durchführung der Erwerbsstatistik im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Sächsischen Statistikgesetzes Vom 12. Februar 1999	49
Artikel 1 Gesetz über eine repräsentative Statistik der Erwerbssituation im Freistaat Sachsen (Sächsisches Erwerbsstatistikgesetz – SächsErwStatG)	49
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Statistikgesetzes	51
Artikel 3 In-Kraft-Treten	52
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes Vom 17. Februar 1999	52
Artikel 1 Änderung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes	52
Artikel 2 Neufassung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes	59
Artikel 3 Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes	59
Artikel 4 In-Kraft-Treten	59
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die gleichzeitige Durchführung der Europawahl und der Kommunalwahlen am 13. Juni 1999 (<i>Wahlanpassungsverordnung – WahlAnpVO</i>) Vom 4. Februar 1999	60
Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kommunalwahlordnung Vom 10. Februar 1999	61
Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der ÖbV-Verordnung Vom 24. Januar 1999	62
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und Zuständigkeit der Finanzämter (<i>Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustVO</i>) Vom 11. Februar 1999	62
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zum Neuerlass der Anlage zu § 8 Abs. 3 Sächsisches Landesplanungsgesetz Vom 8. Februar 1999	80
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung über die Wasserentnahmeabgabe nach § 23 Sächsisches Wassergesetz Vom 18. Januar 1999	81
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes Gompitz/Altfranken zur Sicherung der Planung für den Bau der Ortsumgehung Kesselsdorf im Zuge der Bundesstraße 173 Vom 11. Februar 1999	82
Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das In-Kraft-Treten von Staatsverträgen Vom 1. Februar 1999	82
Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen Vom 18. Januar 1999	82
Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen Vom 19. Januar 1999	83
30. 03. 99 4/1999	
Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen Vom 18. März 1999	86
Artikel 1 Sächsische Bauordnung (SächsBO)	86
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Bestattungsgesetzes	115
Artikel 3 Änderung des Sächsischen Naturschutzgesetzes	115
Artikel 4 Gesetz zur Durchführung des Wohngeldverfahrens (DGWoG)	115
Artikel 5 Außerkrafttreten des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch (SächsBauGBAG)	115
Artikel 6 Inkrafttreten	115
31. 03. 99 5/1999	
Gesetz zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes im Freistaat Sachsen Vom 18. März 1999	118
Artikel 1 Sächsisches Ausführungsgesetz zum Geflügelfleischhygienegesetz (SächsGFIHGAG)	118
Artikel 2 Sächsisches Ausführungsgesetz zum Fleischhygienegesetz (SächsFIHGAG)	119
Artikel 3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes im Freistaat Sachsen	120
Artikel 4 In-Kraft-Treten und Außer-Kraft-Treten	120
Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften Vom 16. März 1999	121
Artikel 1 Änderung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen	121
Artikel 2 Änderung des Richtergesetzes des Freistaates Sachsen	125
Artikel 3 Änderung der Disziplinarordnung für den Freistaat Sachsen	127
Artikel 4 Neufassung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen	127
Artikel 5 Inkrafttreten	127
Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern (<i>BezügeZustVO</i>) Vom 22. Februar 1999	127

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern (<i>BezügeZustVO</i>)	128
Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zum Fraktionsrechtsstellungsgesetz Vom 17. Februar 1999	130
Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Bekanntmachung der Neufassung der Schulordnung berufliche Gymnasien Vom 17. Februar 1999	130
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zur Außerkraftsetzung der Verordnung zur Übertragung von Aufgaben der Gesundheitsämter sowie Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter Vom 25. Februar 1999	130
Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten für den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der arzneimittel-, betäubungsmittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften Vom 29. Januar 1999	131
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dung und Silagesickersäften (<i>Sächsische Dung- und Silagesickersaftanlagenverordnung – SächsDuSVO</i>) Vom 26. Februar 1999	131
Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz zur Aufhebung des Wasserschutzgebietes für die Trinkwassertalsperre Wolfersgrün Vom 3. März 1999	136
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über die Festlegung eines Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Ortsumgehung Kesselsdorf im Zuge der Bundesstraße B 173 Freiberg – Dresden, in der Stadt Wilsdruff, Ortsteil Grumbach Vom 10. Februar 1999	136
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über die Festlegung eines Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Ortsumgehung Kesselsdorf im Zuge der Bundesstraße B 173 Freiberg – Dresden, in Wilsdruff/Ortsteil Kaufbach Vom 10. Februar 1999	138
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über die Festlegung des Planungsgebietes Kesselsdorf zur Sicherung der Planung für den Bau der Ortsumgehung Kesselsdorf im Zuge der Bundesstraße B 173 Vom 10. Februar 1999	140
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur einstweiligen Sicherstellung des Naturschutzgebietes „Waldmoore bei Großdittmannsdorf“ vom 12. März 1996 Vom 24. Februar 1999	142
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes Großenhain vom 21. Februar 1997 zur Sicherung der Planung für die Beseitigung des Bahnüberganges im Zuge der B 101 in Großenhain Vom 10. März 1999	142
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes Großenhain zur Sicherung der Planung für die Beseitigung des Bahnüberganges im Zuge der Bundesstraße 101 Vom 12. März 1999	144
16. 04. 99 6/1999	
Bekanntmachung der Neufassung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes Vom 24. März 1999	145
Gesetz über den Katastrophenschutz im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Katastrophenschutzgesetz – SächsKatSG</i>)	145
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die gemeinsame Unterrichtung von behinderten und nicht-behinderten Schülern in öffentlichen Schulen im Freistaat Sachsen (<i>Schulintegrationsverordnung – SchIVO</i>) Vom 3. März 1999	153
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Übertragung der Aufgaben des Schienenpersonennahverkehrs im Gebiet der Landkreise Delitzsch, Döbeln, Muldentalkreis, Leipziger Land und Torgau-Oschatz sowie der Kreisfreien Stadt Leipzig auf den Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig Vom 12. März 1999	155
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Übertragung der Aufgaben des Schienenpersonennahverkehrs im Gebiet der Landkreise Annaberg, Aue-Schwarzenberg, Chemnitzer Land, Freiberg, Mittlerer Erzgebirgskreis, Mittweida, Stollberg, Zwickauer Land sowie der Kreisfreien Städte Chemnitz und Zwickau auf den Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen Vom 12. März 1999	155
Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Bundesautobahn 38, Südumgehung Leipzig, Autobahndreieck A 14/A 38 Vom 16. März 1999	156
Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen Vom 15. März 1999	156
30. 04. 99 7/1999	
Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Sorbengesetz – SächsSorbG</i>) Vom 31. März 1999	161
Zakoń wo prawach Serbow w Swobodnym staće Sakskej (<i>Sakski serbski zakon – SSZ</i>) Vom 31. März 1999	173
Gesetz zur Ergänzung der Rechtsgrundlagen des Verwaltungsaufbaus gemäß Artikel 83 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen (<i>Sächsisches Verwaltungsaufbauergänzungsgesetz – SächsVwAufbErgG</i>) Vom 16. April 1999	184
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Sicherheitswachterprobungsgesetzes Vom 16. April 1999	186
Berichtigung der Sächsischen Staatskanzlei zum Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen Vom 15. April 1999	186
Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern gemäß Artikel 2 der Dritten Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung Az.: 11-0312.1/98 Vom 7. April 1999	186
Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen (<i>2. VermGZuVO</i>) Vom 30. März 1999	187
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Erhebung von Benutzungsgebühren des Forschungsinstituts für Balneologie und Kurortwissenschaft Bad Elster (<i>FBK-Benutzungsgebührenverordnung – FBKBenGebVO</i>) Vom 26. März 1999	187

Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das In-Kraft-Treten von Staatsverträgen <i>Vom 8. April 1999</i>	188
21. 05. 99 8/1999	
Gesetz zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH <i>Vom 3. Mai 1999</i>	190
Artikel 1 Gesetz über den Sachsen-Finanzverband	190
Artikel 2 Sparkassengesetz des Freistaates Sachsen (SächsSparkG)	195
Artikel 3 Änderung des Landesbankgesetzes	203
Artikel 4 Änderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen	205
Artikel 5 Besonderer Kündigungsschutz	205
Artikel 6 Schlussbestimmungen, In-Kraft-Treten	206
Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Hochschulmedizinengesetz – SHMG</i>) <i>Vom 6. Mai 1999</i>	207
Artikel 1 Gesetz über das Universitätsklinikum Leipzig an der Universität Leipzig und das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden an der Technischen Universität Dresden (Universitätsklinik-Gesetz – UKG)	207
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Hochschulgesetzes	210
Artikel 3 Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes	213
Artikel 4 Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes	213
Artikel 5 Änderung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft	213
Artikel 6 In-Kraft-Treten	213
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Einrichtung, Organisation und Besetzung der Vergabekammern des Freistaates Sachsen (<i>SächsVgKVO</i>) <i>Vom 23. März 1999</i>	214
Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Sächsischen Meldegesetzes (<i>Meldevordruckverordnung – MVVO</i>) <i>Vom 24. März 1999</i>	215
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Prüfung für Lehrgänge über künstliche Besamung und Embryotransfer nach dem Tierzuchtgesetz (<i>Tierzuchtprüfungsverordnung – TierzPrüfVO</i>) <i>Vom 30. März 1999</i>	231
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Lauta-Hoyerswerda-Wittichenau“ <i>Vom 23. März 1999</i>	237
Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Bundesautobahn 38, Südumgehung Leipzig, Planungsgebiet Großpösna, Liebertwolkwitz <i>Vom 28. April 1999</i>	242
15. 06. 99 9/1999	
Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen <i>Vom 17. Mai 1999</i>	246
Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden des Freistaates Sachsen (<i>Sächsisches Schiedsstellengesetz – SächsSchiedsStG</i>) <i>Vom 27. Mai 1999</i>	247
Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes <i>Vom 20. Mai 1999</i>	255
Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im Freistaat Sachsen <i>Vom 20. Mai 1999</i>	256
Bekanntmachung der Neufassung des Ersten Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im Freistaat Sachsen <i>Vom 31. Mai 1999</i>	261
Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (<i>SächsABG</i>)	262
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 17. Mai 1999</i>	267
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 20. Mai 1999</i>	270
24. 06. 99 10/1999	
Gesetz über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (<i>SächsFöDaG</i>) <i>Vom 10. Juni 1999</i>	273
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksantrag, Volksbegehren und Volksbescheid <i>Vom 1. Juni 1999</i>	275
Gesetz über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Berufsakademiegesetz – SächsBAG</i>) <i>Vom 11. Juni 1999</i>	276
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über gerichtliche Zuständigkeiten und Zuständigkeiten in Justizverwaltungssachen (<i>Justizzuständigkeitsverordnung – JuZustVO</i>) <i>Vom 6. Mai 1999</i>	281
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Aufteilung der Schlüsselmassen nach § 4 des Finanzausgleichsgesetzes infolge des Gebietswechsels kreisangehöriger Gemeinden zu den kreisfreien Städten im Jahr 1999 <i>Az.: 23-FV 6000-18/69-27893 Vom 1. Juni 1999</i>	290
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Ausgleichszahlungen zur Durchführung des Zentralitätsausgleichsprogrammes <i>Vom 10. Juni 1999</i>	291
Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung über Jagd- und Schonzeiten <i>Vom 27. Mai 1999</i>	292
25. 06. 99 11/1999	
Gesetz über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHG</i>) <i>Vom 11. Juni 1999</i>	294
30. 06. 99 12/1999	
Zweites Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen <i>Vom 21. Juni 1999</i>	330
Artikel 1 Änderung des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen	330
Artikel 2 Änderung des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen	333

Artikel 3	Änderung des Gesetzes über die sicherheits- und ordnungsrechtlichen Befugnisse des Justizwachmeisterdienstes	333
Artikel 4	Neufassung des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen	333
Artikel 5	In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten	333
Ausführungsgesetz zum Berufsvormündervergütungsgesetz (<i>BVormVGAG</i>) Vom 23. Juni 1999		
Gesetz	über das Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Steuerberaterversorgungsgesetz – SächsStBVG</i>) Vom 16. Juni 1999	334
Gesetz	zur Änderung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen Vom 23. Juni 1999	338
Artikel 1	Änderung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen	338
Artikel 2	Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes	339
Artikel 3	Neufassung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen	340
Gesetz	über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Ernährungssicherstellung und Ernährungsvorsorge Vom 21. Juni 1999	340
Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Fischereiverordnung Vom 21. Mai 1999	341
Verordnung	des Regierungspräsidiums Leipzig zur Verlängerung der Geltungsdauer der einstweiligen Sicherstellung des Naturschutzgebietes „Muldenaue nördlich Eilenburg“ Vom 16. Juni 1999	342
09. 07. 99	13/1999	
Bekanntmachung	der Neufassung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen Vom 14. Juni 1999	345
	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (<i>SächsGemO</i>)	346
16. 06. 99	14/1999	
Bekanntmachung	der Neufassung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen Vom 14. Juni 1999	370
	Beamtengesetz für den Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Beamtengesetz – SächsBG</i>)	370
Gesetz	zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts Vom 25. Juni 1999	398
Artikel 1	Änderung des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen	398
Artikel 2	Änderung des Sächsischen Spätaussiedlereingliederungsgesetzes	398
Artikel 3	Änderung des Sächsischen Wassergesetzes	398
Artikel 4	Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes	398
Artikel 5	Änderung der Privatwaldordnung	398
Artikel 6	Änderung des Ersten Gesetzes zur Euro-bedingten Änderung des sächsischen Landesrechts	399
Artikel 7	Änderung des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit	399
Artikel 8	Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang	399
Artikel 9	In-Kraft-Treten	399
Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zu den Wahlen nach dem Richtergesetz des Freistaates Sachsen (<i>SächsRiGWO</i>) Vom 14. Juni 1999	400
Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung Vom 6. Juli 1999	403
Zweite Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Verordnung über den Erwerb einer Lehrbefähigung in einem weiteren Fach Vom 21. Mai 1999	407
Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen im Studienjahr 1999/2000 (<i>Sächsische Zulassungszahlenverordnung 1999/2000 – SächsZZVO 1999/2000</i>) Vom 15. Juni 1999	411
Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die örtliche Zuständigkeit der Ämter für die Ausbildungsförderung bei den Studentenwerken im Freistaat Sachsen (<i>SächsBAföG-ZuVO</i>) Vom 24. Juni 1999	417
Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Eigenkontrollverordnung Vom 15. Juni 1999	417
Verordnung	des Regierungspräsidiums Dresden über die Festlegung des Planungsgebietes „Westtangente Bautzen“ für die Sicherung der Planung der Straßenbaumaßnahme B 96/B 6, Westtangente Bautzen im Stadtgebiet der Stadt Bautzen Vom 10. Juni 1999	419
	Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen Vom 27. Mai 1999	426
13. 08. 99	15/1999	
Bekanntmachung	der Neufassung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes Vom 25. Juni 1999	430
	Sächsisches Personalvertretungsgesetz (<i>SächsPersVG</i>)	430
Zweite Verordnung	des Ministerpräsidenten zur Änderung der Ernennungsverordnung Vom 20. Juli 1999	447
Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums des Innern und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst Vom 9. Juli 1999	448
Dritte Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Sächsischen Trennungsgeldverordnung Vom 22. Juli 1999	448
Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung Vom 26. Juli 1999	450
Gemeinsame Verordnung	des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung BbergG und der Verordnung über die grundbuchmäßige Behandlung von Bergwerkseigentum Vom 29. Juni 1999	451
Verordnung	des Regierungspräsidiums Dresden über das Verbot der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in der Landeshauptstadt Dresden Vom 1. Juli 1999	453

Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Verordnung über die Festlegung der Planungsgebiete Fischergasse I, Klostersgasse I sowie Obermeisa III vom 12. November 1997 zur Sicherung der Planung für die Straßenbaumaßnahme „B 101 – Ortsumgehung Meißen“ in der Stadt Meißen <i>Vom 15. Juli 1999</i>	454
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Elbhänge Dresden-Pirna und Schönfelder Hochland“ <i>Vom 20. Juli 1999</i>	454
Bekanntmachung über die erneute Verkündung der Verordnung des Landratsamtes des Niederschlesischen Oberlausitzkreises zur vorläufigen Festsetzung eines Wasserschutzgebietes (Deschka-Zentendorf) vom 25. August 1995 <i>Vom 27. Juli 1999</i>	457
Verordnung des Landratsamtes des Niederschlesischen Oberlausitzkreises zur vorläufigen Festsetzung eines Wasserschutzgebietes (Deschka-Zentendorf) vom 25. April 1995	457
Bekanntmachung über die erneute Verkündung der Verordnung zur vorläufigen Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes Bärwalde (ehemals im Landkreis Hoyerswerda gelegen und durch das Landratsamt Hoyerswerda verkündet, nunmehr zum Niederschlesischen Oberlausitzkreis zugehörig und in der Gemarkung Neustadt vom Landkreis Kamenz berührt) <i>Vom 27. Juli 1999</i>	460
Verordnung des Landratsamtes Hoyerswerda zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Trinkwassergewinnungsanlage Bärwalde vom 17. Juli 1995	461
Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen <i>Vom 9. Juli 1999</i>	463
15. 09. 99 16/1999	
Bekanntmachung der Neufassung des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen <i>Vom 13. August 1999</i>	466
Polizeigesetz des Freistaates Sachsen (<i>SächsPolG</i>)	466
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung und der Prüfung in besonderen Fällen bei Sparkassen mit kommunalem Träger (<i>Sächsische Sparkassenprüfungsverordnung – SächsSparkPrüfVO</i>) <i>Vom 22. Juli 1999</i>	480
Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Zweiten Verordnung über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen <i>Vom 13. August 1999</i>	481
Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Gesetz zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH vom 3. Mai 1999 <i>Vom 3. August 1999</i>	481
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Sächsischen Straßengesetz <i>Vom 5. August 1999</i>	481
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Vergütung von Leistungen der Hebamme und des Entbindungspflegers außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (<i>Sächsische Hebammenhilfe-Gebührenverordnung – SächsHebGebVO</i>) <i>Vom 15. Juli 1999</i>	483
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über die Festlegung des Planungsgebietes Rippien/Goppeln zur Sicherung der Planung für die Verlegung der Staatsstraße S 191 nördlich Rippien/Goppeln <i>Vom 6. August 1999</i>	483
Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen <i>Vom 9. August 1999</i>	493
21. 09. 99 17/1999	
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über den Fachlichen Entwicklungsplan Verkehr des Freistaates Sachsen <i>Vom 27. August 1999</i>	498
Fachlicher Entwicklungsplan Verkehr des Freistaates Sachsen Stand: 24. Juni 1999	498
01. 10. 99 18/1999	
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der vertraglichen Rechtshilfe in Zivilsachen (<i>SächsZRHZuVO</i>) <i>Vom 16. September 1999</i>	513
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über Prüfungen nach dem Berufsvormündervergütungsgesetz (<i>Berufsvormünderprüfungsverordnung – BVormPrüfVO</i>) <i>Vom 2. September 1999</i>	514
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Berufsfachschule im Freistaat Sachsen (<i>Schulordnung Berufsfachschule – BFSO</i>) <i>Vom 11. August 1999</i>	517
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Abgrenzung des Nationalparks „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 14. September 1999</i>	537
Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung über Jagd- und Schonzeiten <i>Vom 13. September 1999</i>	541
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 30. August 1999</i>	541
Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig zur Verlängerung der Geltungsdauer der einstweiligen Sicherstellung des Naturschutzgebietes „Muldeau nördlich Eilenburg“ <i>Vom 20. August 1999</i>	544
29. 10. 99 19/1999	
Bekanntmachung der Neufassung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen <i>Vom 24. September 1999</i>	545
Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen (<i>SächsVwKG</i>)	545
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Schiedsstelle in der Jugendhilfe (<i>SchiedJugVO</i>) <i>Vom 13. Oktober 1999</i>	550
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung der Sächsischen Bauordnung (<i>Durchführungsverordnung zur SächsBO – SächsBO-DurchführVO</i>) <i>Vom 15. September 1999</i>	553
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über die Festlegung des Planungsgebietes „Ortsumgehung Pirna, 2. Bauabschnitt“ für die Sicherung der Planung der Straßenbaumaßnahmen B 172/Ortsumgehung Pirna, 2. BA, und B 172a Neubau Autobahnzubringer A 17 <i>Vom 30. September 1999</i>	566
Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen <i>Vom 22. September 1999</i>	572

03. 12. 99	20/1999	
Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen (<i>Drittes Sächsisches Kostenverzeichnis – 3. SächsKVZ</i>) Vom 28. September 1999		573
21. 12. 99	21/1999	
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Vertretungsverordnung Vom 11. September 1999		798
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Aufhebung der Smog-Verordnung Vom 21. Oktober 1999		798
Bekanntmachung der Sächsischen Staatsregierung über die Änderung der Geschäftsbereiche und die Änderung der Bezeichnung eines Staatsministeriums gemäß § 4 des Gesetzes zur Ergänzung der Rechtsgrundlagen des Verwaltungsaufbaus gemäß Artikel 83 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen – Sächsisches Verwaltungsaufbauergänzungsgesetz – SächsVwAufbErgG – vom 16. April 1999 (SächsGVBl. S. 184) Vom 15. Dezember 1999		799
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Laufbahn der Polizeibeamten des Freistaates Sachsen (<i>Laufbahnverordnung der Polizeibeamten – SächsLVOPol</i>) Vom 22. November 1999		799
Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Erklärung der Stadt Löbau zur Großen Kreisstadt Vom 15. November 1999		807
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Zusammenlegung der Staatlichen Liegenschaftsämter mit Staatshochbauämtern und zur Übertragung von Zuständigkeiten in der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung Vom 27. September 1999		807
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Verordnung über Ausgleichszahlungen zur Durchführung des Zentralitätsausgleichsprogrammes Vom 23. November 1999		808
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Höhe des Anteils der Gemeinden am Spielbankabgabebaufkommen Vom 8. Dezember 1999		809
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zuständigkeit zum Vollzug des Produktsicherheitsgesetzes (<i>Produktsicherheitsgesetz-Zuständigkeitsverordnung – ProdSGZuVO</i>) Vom 28. Oktober 1999		809
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung der Planungsgebiete Fischergasse I, Klostergasse I sowie Obermeisa III zur Sicherung der Planung für den Bau der Ortsdurchfahrt Meißen im Zuge der B 101 Vom 19. November 1999		810
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über die Festlegung des Planungsgebietes Gompitz/Altfranken Teil III zur Sicherung der Planung für den Neubau der Ortsumgehung Kesselsdorf im Zuge der B 173 in der Landeshauptstadt Dresden Vom 12. Oktober 1999		810
Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ Vom 5. November 1999		812
Achte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung Vom 7. Dezember 1999		815
Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen Vom 12. Oktober 1999		815

Kurztitel und amtliche Kurzbenennungen

Kurztitel/amtliche Kurzbenennung Titel	Tag der Ausgabe	Nr. des Blattes	Seite
2. SächsKVZ Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Zweiten Verordnung über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen <i>Vom 13. August 1999</i>	15. 09.	16	481
2. VermGZuVO Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen (<i>2. VermGZuVO</i>) <i>Vom 30. März 1999</i>	30. 04.	7	187
3. SächsKVZ Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen (<i>Drittes Sächsisches Kostenverzeichnis – 3. SächsKVZ</i>) <i>Vom 28. September 1999</i>	03. 12.	20	573
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst <i>Vom 9. Juli 1999</i>	13. 08.	15	448
BergZustVO Gemeinsame Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung BBergG und der Verordnung über die grundbuchmäßige Behandlung von Bergwerkseigentum <i>Vom 29. Juni 1999</i>	13. 08.	15	451
Berufsvormünderprüfungsverordnung Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über Prüfungen nach dem Berufsvormündervergütungsgesetz (<i>Berufsvormünderprüfungsverordnung – BVormPrüfVO</i>) <i>Vom 2. September 1999</i>	01. 10.	18	514
BezügeZustVO Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern (<i>BezügeZustVO</i>) <i>Vom 22. Februar 1999</i>	31. 03.	5	127
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern (<i>BezügeZustVO</i>)	31. 03.	5	128
BFSO Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Berufsfachschule im Freistaat Sachsen (<i>Schulordnung Berufsfachschule – BFSO</i>) <i>Vom 11. August 1999</i>	01. 10.	18	517
BGySO Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus der Neufassung der Schulordnung berufliche Gymnasien <i>Vom 10. November 1998</i>	03. 02.	2	16
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über berufliche Gymnasien im Freistaat Sachsen (<i>Schulordnung berufliche Gymnasien – BGySO</i>)	03. 02.	2	17
Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Bekanntmachung der Neufassung der Schulordnung berufliche Gymnasien <i>Vom 17. Februar 1999</i>	31. 03.	5	130
BVormPrüfVO Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über Prüfungen nach dem Berufsvormündervergütungsgesetz (<i>Berufsvormünderprüfungsverordnung – BVormPrüfVO</i>) <i>Vom 2. September 1999</i>	01. 10.	18	514
BVormVGAG Ausführungsgesetz zum Berufsvormündervergütungsgesetz (<i>BVormVGAG</i>) <i>Vom 23. Juni 1999</i>	30. 06.	12	333
DGwoG Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen <i>Vom 18. März 1999</i>	30. 03.	4	86
Artikel 4 Gesetz zur Durchführung des Wohngeldverfahrens (DGWoG)			115
Drittes Sächsisches Kostenverzeichnis Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen (<i>Drittes Sächsisches Kostenverzeichnis – 3. SächsKVZ</i>) <i>Vom 28. September 1999</i>	03. 12.	20	573
Durchführungsverordnung zur SächsBO Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung der Sächsischen Bauordnung (<i>Durchführungsverordnung zur SächsBO – SächsBO-DurchführVO</i>) <i>Vom 15. September 1999</i>	29. 10.	19	553
EGAB Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im Freistaat Sachsen <i>Vom 20. Mai 1999</i>	15. 06.	9	256

Bekanntmachung der Neufassung des Ersten Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im Freistaat Sachsen <i>Vom 31. Mai 1999</i>	15. 06.	9	261
Eigenkontrollverordnung			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Eigenkontrollverordnung <i>Vom 15. Juni 1999</i>	16. 06.	14	417
EigenkontrollVO			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Eigenkontrollverordnung <i>Vom 15. Juni 1999</i>	16. 06.	14	417
Ernennungsverordnung			
Zweite Verordnung des Ministerpräsidenten zur Änderung der Ernennungsverordnung <i>Vom 20. Juli 1999</i>	13. 08.	15	447
ErnVO			
Zweite Verordnung des Ministerpräsidenten zur Änderung der Ernennungsverordnung <i>Vom 20. Juli 1999</i>	13. 08.	15	447
FAZustVO			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und Zuständigkeit der Finanzämter (<i>Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustVO</i>) <i>Vom 11. Februar 1999</i>	04. 03.	3	62
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung <i>Vom 26. Juli 1999</i>	13. 08.	15	450
FBK-Benutzungsgebührenverordnung			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Erhebung von Benutzungsgebühren des Forschungsinstituts für Balneologie und Kurortwissenschaft Bad Elster (<i>FBK-Benutzungsgebührenverordnung – FBKBenGebVO</i>) <i>Vom 26. März 1999</i>	30. 04.	7	187
FBKBenGebVO			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Erhebung von Benutzungsgebühren des Forschungsinstituts für Balneologie und Kurortwissenschaft Bad Elster (<i>FBK-Benutzungsgebührenverordnung – FBKBenGebVO</i>) <i>Vom 26. März 1999</i>	30. 04.	7	187
Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und Zuständigkeit der Finanzämter (<i>Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustVO</i>) <i>Vom 11. Februar 1999</i>	04. 03.	3	62
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung <i>Vom 26. Juli 1999</i>	13. 08.	15	450
Fischereiverordnung			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Fischereiverordnung <i>Vom 21. Mai 1999</i>	30. 06.	12	341
FischVO			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Fischereiverordnung <i>Vom 21. Mai 1999</i>	30. 06.	12	341
Fraktionsrechtsstellungsgesetz			
Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zum Fraktionsrechtsstellungsgesetz <i>Vom 17. Februar 1999</i>	31. 03.	5	130
FSO			
Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zur Änderung der Schulordnung Fachschule <i>Vom 22. Dezember 1998</i>	03. 02.	2	16
JaSchoVO			
Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung über Jagd- und Schonzeiten <i>Vom 27. Mai 1999</i>	24. 06.	10	292
Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung über Jagd- und Schonzeiten <i>Vom 13. September 1999</i>	01. 10.	18	541
Justizzuständigkeitsverordnung			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über gerichtliche Zuständigkeiten und Zuständigkeiten in Justizverwaltungssachen (<i>Justizzuständigkeitsverordnung – JuZustVO</i>) <i>Vom 6. Mai 1999</i>	24. 06.	10	281
JuZustVO			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über gerichtliche Zuständigkeiten und Zuständigkeiten in Justizverwaltungssachen (<i>Justizzuständigkeitsverordnung – JuZustVO</i>) <i>Vom 6. Mai 1999</i>	24. 06.	10	281

Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung

Achte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung *Vom 7. Dezember 1999* 21. 12. 21 815

Kommunalwahlordnung

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kommunalwahlordnung *Vom 10. Februar 1999* 04. 03. 3 61

KomWO

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kommunalwahlordnung *Vom 10. Februar 1999* 04. 03. 3 61

KÜGO

Achte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung *Vom 7. Dezember 1999* 21. 12. 21 815

LandesbankG

Gesetz zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH *Vom 3. Mai 1999* 21. 05. 8 190

Artikel 3 Änderung des Landesbankgesetzes 203

Landesplanungsgesetz

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zum Neuerlass der Anlage zu § 8 Abs. 3 Sächsisches Landesplanungsgesetz *Vom 8. Februar 1999* 04. 03. 3 80

Laufbahnverordnung der Polizeibeamten

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Laufbahn der Polizeibeamten des Freistaates Sachsen (*Laufbahnverordnung der Polizeibeamten – SächsLVOPol*) *Vom 22. November 1999* 21. 12. 21 799

LbVO

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Verordnung über den Erwerb einer Lehrbefähigung in einem weiteren Fach *Vom 21. Mai 1999* 16. 06. 14 407

Meldevordruckverordnung

Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Sächsischen Meldegesetzes (*Meldevordruckverordnung – MVVO*) *Vom 24. März 1999* 21. 05. 8 215

MVVO

Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Sächsischen Meldegesetzes (*Meldevordruckverordnung – MVVO*) *Vom 24. März 1999* 21. 05. 8 215

OAVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung *Vom 6. Juli 1999* 16. 06. 14 403

Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung *Vom 6. Juli 1999* 16. 06. 14 403

ÖbV-Verordnung

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der ÖbV-Verordnung *Vom 24. Januar 1999* 04. 03. 3 62

ÖbVVO

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der ÖbV-Verordnung *Vom 24. Januar 1999* 04. 03. 3 62

PolDKIVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über Dienstkleidung und Kleidergeld der Polizeibeamten (*Polizeidienstkleidungsverordnung – PolDKIVO*) *Vom 20. Oktober 1998* 22. 01. 1 2

Polizeidienstkleidungsverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über Dienstkleidung und Kleidergeld der Polizeibeamten (*Polizeidienstkleidungsverordnung – PolDKIVO*) *Vom 20. Oktober 1998* 22. 01. 1 2

Privatwaldverordnung

Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts *Vom 25. Juni 1999* 16. 06. 14 398

Artikel 5 Änderung der Privatwaldordnung 398

ProdSGZuVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zuständigkeit zum Vollzug des Produktsicherheitsgesetzes (*Produktsicherheitsgesetz-Zuständigkeitsverordnung – ProdSGZuVO*) *Vom 28. Oktober 1999* 21. 12. 21 809

Produktsicherheitsgesetz-Zuständigkeitsverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zuständigkeit zum Vollzug des Produktsicherheitsgesetzes (*Produktsicherheitsgesetz-Zuständigkeitsverordnung – ProdSGZuVO*) Vom 28. Oktober 1999 21. 12. 21 809

PWaldVO

Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts Vom 25. Juni 1999 16. 06. 14 398
Artikel 5 Änderung der Privatwaldordnung 398

SächsABG

Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (*SächsABG*) 15. 06. 9 262

SächsAGLMBG

Gesetz zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes im Freistaat Sachsen Vom 18. März 1999 31. 03. 5 118
Artikel 3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes im Freistaat Sachsen 120

SächsArchivG

Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts Vom 25. Juni 1999 16. 06. 14 398
Artikel 1 Änderung des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen 398

SächsBAföG-ZuVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die örtliche Zuständigkeit der Ämter für die Ausbildungsförderung bei den Studentenwerken im Freistaat Sachsen (*SächsBAföG-ZuVO*) Vom 24. Juni 1999 16. 06. 14 417

SächsBAG

Gesetz über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Berufsakademiegesetz – SächsBAG*) Vom 11. Juni 1999 24. 06. 10 276

SächsBauGBAG

Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen Vom 18. März 1999 30. 03. 4 86
Artikel 5 Außerkrafttreten des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch (SächsBauGBAG) 115

SächsBesG

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG*) Vom 6. Mai 1999 21. 05. 8 207
Artikel 4 Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes 213
 Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes Vom 20. Mai 1999 15. 06. 9 255

SächsBestG

Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen Vom 18. März 1999 30. 03. 4 86
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Bestattungsgesetzes 115

SächsBG

Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften Vom 16. März 1999 31. 03. 5 121
Artikel 1 Änderung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen 121
Artikel 4 Neufassung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen 127
 Bekanntmachung der Neufassung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen Vom 14. Juni 1999 16. 06. 14 370
 Beamtengesetz für den Freistaat Sachsen (*Sächsisches Beamtengesetz – SächsBG*) 16. 06. 14 370

SächsBO

Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen Vom 18. März 1999 30. 03. 4 86
Artikel 1 Sächsische Bauordnung (SächsBO) 86

SächsBO-DurchführVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung der Sächsischen Bauordnung (*Durchführungsverordnung zur SächsBO – SächsBO-DurchführVO*) Vom 15. September 1999 29. 10. 19 553

SächsBrandschG

Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes Vom 17. Februar 1999 04. 03. 3 52
Artikel 3 Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes 59
 Gesetz zur Änderung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen Vom 23. Juni 1999 30. 06. 12 338
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes 339

SächsDO

Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften Vom 16. März 1999 31. 03. 5 121
Artikel 3 Änderung der Disziplinarordnung für den Freistaat Sachsen 127

SächsDuSVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dung und Silagesickersäften (*Sächsische Dung- und Silagesickersaftanlagenverordnung – SächsDuSVO*) Vom 26. Februar 1999 31. 03. 5 131

SächsErwStatG

Gesetz zur Durchführung der Erwerbsstatistik im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Sächsischen Statistikgesetzes <i>Vom 12. Februar 1999</i>	04. 03.	3	49
Artikel 1 Gesetz über eine repräsentative Statistik der Erwerbssituation im Freistaat Sachsen (Sächsisches Erwerbsstatistikgesetz – SächsErwStatG)			49

SächsFIHGAG

Gesetz zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes im Freistaat Sachsen <i>Vom 18. März 1999</i>	31. 03.	5	118
Artikel 2 Sächsisches Ausführungsgesetz zum Fleischhygienegesetz (SächsFIHGAG)			119

SächsFöDaG

Gesetz über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (<i>SächsFöDaG</i>) <i>Vom 10. Juni 1999</i>	24. 06.	10	273
---	---------	----	-----

SächsFrTrSchulG

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG</i>) <i>Vom 6. Mai 1999</i>	21. 05.	8	207
Artikel 5 Änderung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft			213

SächsGemO

Gesetz zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH <i>Vom 3. Mai 1999</i>	21. 05.	8	190
Artikel 4 Änderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen			205
Bekanntmachung der Neufassung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen <i>Vom 14. Juni 1999</i>	09. 07.	13	345
Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (<i>SächsGemO</i>)	09. 07.	13	346

SächsGFIHGAG

Gesetz zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes im Freistaat Sachsen <i>Vom 18. März 1999</i>	31. 03.	5	118
Artikel 1 Sächsisches Ausführungsgesetz zum Geflügelfleischhygienegesetz (SächsGFIHGAG)			118

SächsGKV

Gesetz über Versorgungsrücklagen im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen <i>Vom 17. Februar 1999</i>	04. 03.	3	46
Artikel 2 Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen			48

SächsHebGebVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Vergütung von Leistungen der Hebamme und des Entbindungspflegers außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (<i>Sächsische Hebammenhilfe-Gebührenverordnung – SächsHebGebVO</i>) <i>Vom 15. Juli 1999</i>	15. 09.	16	483
---	---------	----	-----

SächsHG

Gesetz über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHG</i>) <i>Vom 11. Juni 1999</i>	25. 06.	11	294
--	---------	----	-----

SächsInsOAGVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Pauschalvergütung nach § 5 SächsInsOAG (<i>SächsInsOAGVO</i>) <i>Vom 7. Januar 1999</i>	03. 02.	2	31
---	---------	---	----

Sächsische Dung- und Silagesickersaftanlagenverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dung und Silagesickersäften (<i>Sächsische Dung- und Silagesickersaftanlagenverordnung – SächsDuSVO</i>) <i>Vom 26. Februar 1999</i>	31. 03.	5	131
--	---------	---	-----

Sächsische Hebammen-Gebührenverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Vergütung von Leistungen der Hebamme und des Entbindungspflegers außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (<i>Sächsische Hebammenhilfe-Gebührenverordnung – SächsHebGebVO</i>) <i>Vom 15. Juli 1999</i>	15. 09.	16	483
---	---------	----	-----

Sächsische Laufbahnverordnung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern gemäß Artikel 2 der Dritten Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung <i>Az.: 11-0312.1/98 Vom 7. April 1999</i>	30. 04.	7	186
--	---------	---	-----

Sächsische Sparkassenprüfungsverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung und der Prüfung in besonderen Fällen bei Sparkassen mit kommunalem Träger (<i>Sächsische Sparkassenprüfungsverordnung – SächsSparkPrüfVO</i>) <i>Vom 22. Juli 1999</i>	15. 09.	16	480
--	---------	----	-----

Sächsische Studienplatzvergabeverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Sächsischen Studienplatzvergabeordnung <i>Vom 11. Januar 1999</i>	03. 02.	2	15
---	---------	---	----

Sächsische Trennungsgeldverordnung

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Sächsischen Trennungsgeldverordnung Vom 22. Juli 1999 13. 08. 15 448

Sächsische Wasserbuchverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Führung der Wasserbücher (*Sächsische Wasserbuchverordnung – SächsWabuV*) Vom 8. Januar 1999 03. 02. 2 31

Sächsische Zulassungszahlenverordnung 1999/2000

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen im Studienjahr 1999/2000 (*Sächsische Zulassungszahlenverordnung 1999/2000 – SächsZZVO 1999/2000*) Vom 15. Juni 1999 16. 06. 14 411

Sächsisches Beamtengesetz

Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften Vom 16. März 1999 31. 03. 5 121

Artikel 1 Änderung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen 121

Artikel 4 Neufassung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen 127

Bekanntmachung der Neufassung des Beamtengesetzes für den Freistaat Sachsen Vom 14. Juni 1999 16. 06. 14 370

Beamtengesetz für den Freistaat Sachsen (*Sächsisches Beamtengesetz – SächsBG*) 16. 06. 14 370

Sächsisches Berufsakademiegesetz

Gesetz über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Berufsakademiegesetz – SächsBAG*) Vom 11. Juni 1999 24. 06. 10 276

Sächsisches Bestattungsgesetz

Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen Vom 18. März 1999 30. 03. 4 86

Artikel 2 Änderung des Sächsischen Bestattungsgesetzes 115

Sächsisches Brandschutzgesetz

Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes Vom 17. Februar 1999 04. 03. 3 52

Artikel 3 Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes 59

Gesetz zur Änderung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen Vom 23. Juni 1999 30. 06. 12 338

Artikel 2 Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes 339

Sächsisches Erwerbsstatistikgesetz

Gesetz zur Durchführung der Erwerbsstatistik im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Sächsischen Statistikgesetzes Vom 12. Februar 1999 04. 03. 3 49

Artikel 1 Gesetz über eine repräsentative Statistik der Erwerbssituation im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Erwerbsstatistikgesetz – SächsErwStatG*) 49

Sächsisches Hochschulgesetz

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG*) Vom 6. Mai 1999 21. 05. 8 207

Artikel 2 Änderung des Sächsischen Hochschulgesetzes 210

Gesetz über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHG*) Vom 11. Juni 1999 25. 06. 11 294

Sächsisches Hochschulmedizingesetz

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG*) Vom 6. Mai 1999 21. 05. 8 207

Artikel 1 Gesetz über das Universitätsklinikum Leipzig an der Universität Leipzig und das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden an der Technischen Universität Dresden (*Universitätsklinikum-Gesetz – UKG*) 207

Artikel 2 Änderung des Sächsischen Hochschulgesetzes 210

Artikel 3 Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes 213

Artikel 4 Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes 213

Artikel 5 Änderung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft 213

Artikel 6 In-Kraft-Treten 213

Sächsisches Katastrophenschutzgesetz

Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes Vom 17. Februar 1999 04. 03. 3 52

Artikel 1 Änderung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes 52

Artikel 2 Neufassung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes 59

Bekanntmachung der Neufassung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes Vom 24. März 1999 16. 04. 6 145

Gesetz über den Katastrophenschutz im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Katastrophenschutzgesetz – SächsKatSG*) 16. 04. 6 145

Sächsisches Krankenhausgesetz

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG*) Vom 6. Mai 1999 21. 05. 8 207

Artikel 3 Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes 213

Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts Vom 25. Juni 1999 16. 06. 14 398

Artikel 4 Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes 398

Sächsisches Naturschutzgesetz			
Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen	<i>Vom 18. März 1999</i>	30. 03.	4 86
Artikel 3 Änderung des Sächsischen Naturschutzgesetzes			115
Sächsisches Rundfunkgesetz			
Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen		15. 06.	9 246
<i>Vom 17. Mai 1999</i>			
Sächsisches Schiedsstellengesetz			
Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden des Freistaates Sachsen (<i>Sächsisches Schiedsstellengesetz – SächsSchiedsStG</i>)	<i>Vom 27. Mai 1999</i>	15. 06.	9 247
Sächsisches Sicherheitswachterprobungsgesetz			
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Sicherheitswachterprobungsgesetzes	<i>Vom 16. April 1999</i>	30. 04.	7 186
Sächsisches Sorbengesetz			
Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Sorbengesetz – SächsSorbG</i>)		30. 04.	7 161
<i>Vom 31. März 1999</i>			
Sächsisches Spätaussiedlereingliederungsgesetz			
Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts	<i>Vom 25. Juni 1999</i>	16. 06.	14 398
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Spätaussiedlereingliederungsgesetzes			398
Sächsisches Steuerberaterversorgungsgesetz			
Gesetz über das Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Steuerberaterversorgungsgesetz – SächsStBVG</i>)	<i>Vom 16. Juni 1999</i>	30. 06.	12 334
Sächsisches Verwaltungsaufbauergänzungsgesetz			
Gesetz zur Ergänzung der Rechtsgrundlagen des Verwaltungsaufbaus gemäß Artikel 83 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen (<i>Sächsisches Verwaltungsaufbauergänzungsgesetz – SächsVwAufbErgG</i>)	<i>Vom 16. April 1999</i>	30. 04.	7 184
SächsKatSG			
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes	<i>Vom 17. Februar 1999</i>	04. 03.	3 52
Artikel 1 Änderung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes			52
Artikel 2 Neufassung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes			59
Bekanntmachung der Neufassung des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes	<i>Vom 24. März 1999</i>	16. 04.	6 145
Gesetz über den Katastrophenschutz im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Katastrophenschutzgesetz – SächsKatSG</i>)		16. 04.	6 145
SächsKHG			
Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG</i>)	<i>Vom 6. Mai 1999</i>	21. 05.	8 207
Artikel 3 Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes			213
Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts	<i>Vom 25. Juni 1999</i>	16. 06.	14 398
Artikel 4 Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes			398
SächsKomZG			
Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts	<i>Vom 25. Juni 1999</i>	16. 06.	14 398
Artikel 7 Änderung des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit			399
SächsLB			
Gesetz zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH	<i>Vom 3. Mai 1999</i>	21. 05.	8 190
Artikel 3 Änderung des Landesbankgesetzes			203
SächsLPIG			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zum Neuerlass der Anlage zu § 8 Abs. 3 Sächsisches Landesplanungsgesetz	<i>Vom 8. Februar 1999</i>	04. 03.	3 80
SächsLVO			
Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern gemäß Artikel 2 der Dritten Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung	<i>Az.: 11-0312.1/98 Vom 7. April 1999</i>	30. 04.	7 186
SächsLVOPol			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Laufbahn der Polizeibeamten des Freistaates Sachsen (<i>Laufbahnverordnung der Polizeibeamten – SächsLVOPol</i>)	<i>Vom 22. November 1999</i>	21. 12.	21 799
SächsmLkdAPVO			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren Lebensmittelkontrolldienst (<i>SächsmLkdAPVO</i>)	<i>Vom 4. Dezember 1998</i>	22. 01.	1 3
SächsNatSchG			
Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen	<i>Vom 18. März 1999</i>	30. 03.	4 86
Artikel 3 Änderung des Sächsischen Naturschutzgesetzes			115

SächsPersVG

Bekanntmachung der Neufassung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes <i>Vom 25. Juni 1999</i>	13. 08.	15	430
Sächsisches Personalvertretungsgesetz (<i>SächsPersVG</i>)	13. 08.	15	430

SächsPolG

Zweites Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen <i>Vom 21. Juni 1999</i>	30. 06.	12	330
Artikel 1 Änderung des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen			330
Bekanntmachung der Neufassung des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen <i>Vom 13. August 1999</i>	15. 09.	16	466
Polizeigesetz des Freistaates Sachsen (<i>SächsPolG</i>)	15. 09.	16	466

SächsPRG

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen <i>Vom 17. Mai 1999</i>	15. 06.	9	246
--	---------	---	-----

SächsRiG

Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften <i>Vom 16. März 1999</i>	31. 03.	5	121
Artikel 2 Änderung des Richtergesetzes des Freistaates Sachsen			125

SächsRiGWO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zu den Wahlen nach dem Richtergesetz des Freistaates Sachsen (<i>SächsRiGWO</i>) <i>Vom 14. Juni 1999</i>	16. 06.	14	400
--	---------	----	-----

SächsSchiedsStG

Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden des Freistaates Sachsen (<i>Sächsisches Schiedsstellengesetz – SächsSchiedsStG</i>) <i>Vom 27. Mai 1999</i>	15. 06.	9	247
---	---------	---	-----

SächsSorbG

Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Sorbengesetz – SächsSorbG</i>) <i>Vom 31. März 1999</i>	30. 04.	7	161
--	---------	---	-----

SächsSpAEG

Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts <i>Vom 25. Juni 1999</i>	16. 06.	14	398
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Spätaussiedlereingliederungsgesetzes			398

SächsSparkG

Gesetz zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH <i>Vom 3. Mai 1999</i>	21. 05.	8	190
Artikel 2 Sparkassengesetz des Freistaates Sachsen (<i>SächsSparkG</i>)			195

SächsSparkPrüfVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung und der Prüfung in besonderen Fällen bei Sparkassen mit kommunalem Träger (<i>Sächsische Sparkassenprüfungsverordnung – SächsSparkPrüfVO</i>) <i>Vom 22. Juli 1999</i>	15. 09.	16	480
--	---------	----	-----

SächsStatG

Gesetz zur Durchführung der Erwerbsstatistik im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Sächsischen Statistikgesetzes <i>Vom 12. Februar 1999</i>	04. 03.	3	49
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Statistikgesetzes			51

SächsStBVG

Gesetz über das Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Freistaat Sachsen (<i>Sächsisches Steuerberaterversorgungsgesetz – SächsStBVG</i>) <i>Vom 16. Juni 1999</i>	30. 06.	12	334
---	---------	----	-----

SächsStudPIVergabeVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Sächsischen Studienplatzvergabeordnung <i>Vom 11. Januar 1999</i>	03. 02.	2	15
---	---------	---	----

SächsSWEG

Gesetz zur Änderung des Sächsischen Sicherheitswachterprobungsgesetzes <i>Vom 16. April 1999</i>	30. 04.	7	186
--	---------	---	-----

SächsTGV

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Sächsischen Trennungsgeldverordnung <i>Vom 22. Juli 1999</i>	13. 08.	15	448
---	---------	----	-----

SächsVerfGHAufwEntschVO

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes des Freistaat Sachsen (<i>SächsVerfGHAufwEntschVO</i>) <i>Vom 21. Januar 1999</i>	03. 02.	2	14
---	---------	---	----

SächsVermAPO-hD

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst <i>Vom 9. Juli 1999</i>	13. 08.	15	448
--	---------	----	-----

SächsVgKVO

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Einrichtung, Organisation und Besetzung der Vergabekammern des Freistaates Sachsen (<i>SächsVgKVO</i>) <i>Vom 23. März 1999</i>	21. 05.	8	214
---	---------	---	-----

SächsVwAufbErgG

Gesetz zur Ergänzung der Rechtsgrundlagen des Verwaltungsaufbaus gemäß Artikel 83 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen (*Sächsisches Verwaltungsaufbauergänzungsgesetz – SächsVwAufbErgG*) Vom 16. April 1999 30. 04. 7 184

SächsVwKG

Gesetz zur Änderung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen Vom 23. Juni 1999 30. 06. 12 338

Artikel 1 Änderung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen 338

Artikel 3 Neufassung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen 340

Bekanntmachung der Neufassung des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen Vom 24. September 1999 29. 10. 19 545

Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen (*SächsVwKG*) 29. 10. 19 545

SächsWabuV

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Führung der Wasserbücher (*Sächsische Wasserbuchverordnung – SächsWabuV*) Vom 8. Januar 1999 03. 02. 2 31

SächsWaldG

Zweites Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen Vom 21. Juni 1999 30. 06. 12 330

Artikel 2 Änderung des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen 333

SächsWG

Gesetz zur Änderung verschiedener Vorschriften des Sächsischen Landesrechts Vom 25. Juni 1999 16. 06. 14 398

Artikel 3 Änderung des Sächsischen Wassergesetzes 398

SächsZRHZuVO

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der vertraglichen Rechtshilfe in Zivilsachen (*SächsZRHZuVO*) Vom 16. September 1999 01. 10. 18 513

SächsZZVO 1999/2000

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen im Studienjahr 1999/2000 (*Sächsische Zulassungszahlenverordnung 1999/2000 – SächsZZVO 1999/2000*) Vom 15. Juni 1999 16. 06. 14 411

Sakski serbski zakon

Zakon wo prawach Serbow w Swobodnym staće Sakskej (*Sakski serbski zakon – SSZ*) Vom 31. März 1999 30. 04. 7 173

SchiedJugVO

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Schiedsstelle in der Jugendhilfe (*SchiedJugVO*) Vom 13. Oktober 1999 29. 10. 19 550

SchIVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die gemeinsame Unterrichtung von behinderten und nichtbehinderten Schülern in öffentlichen Schulen im Freistaat Sachsen (*Schulintegrationsverordnung – SchIVO*) Vom 3. März 1999 16. 04. 6 153

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

Schulintegrationsverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die gemeinsame Unterrichtung von behinderten und nichtbehinderten Schülern in öffentlichen Schulen im Freistaat Sachsen (*Schulintegrationsverordnung – SchIVO*) Vom 3. März 1999 16. 04. 6 153

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

Schulordnung berufliche Gymnasien

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus der Neufassung der Schulordnung berufliche Gymnasien Vom 10. November 1998 03. 02. 2 16

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über berufliche Gymnasien im Freistaat Sachsen (*Schulordnung berufliche Gymnasien – BGYSO*) 03. 02. 2 17

Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Bekanntmachung der Neufassung der Schulordnung berufliche Gymnasien Vom 17. Februar 1999 31. 03. 5 130

Schulordnung Berufsfachschule

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Berufsfachschule im Freistaat Sachsen (*Schulordnung Berufsfachschule – BFSO*) Vom 11. August 1999 01. 10. 18 517

Schulordnung Fachschule

Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zur Änderung der Schulordnung Fachschule Vom 22. Dezember 1998 03. 02. 2 16

Schulordnung Förderschulen

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung
Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

Schulordnung Grundschulen

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung
Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

Schulordnung Gymnasien

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung
Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

Schulordnung Mittelschulen

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung
Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

SHG

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG*) Vom 6. Mai 1999 21. 05. 8 207
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Hochschulgesetzes 210

SHMG

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG*) Vom 6. Mai 1999 21. 05. 8 207
Artikel 1 Gesetz über das Universitätsklinikum Leipzig an der Universität Leipzig und das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden an der Technischen Universität Dresden (Universitätsklinik-Gesetz – UKG) 207
Artikel 2 Änderung des Sächsischen Hochschulgesetzes 210
Artikel 3 Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes 213
Artikel 4 Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes 213
Artikel 5 Änderung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft 213
Artikel 6 In-Kraft-Treten 213

Smog-Verordnung

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Aufhebung der Smog-Verordnung Vom 21. Oktober 1999 21. 12. 21 798

SmogVO

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Aufhebung der Smog-Verordnung Vom 21. Oktober 1999 21. 12. 21 798

SOFS

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung
Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

SOGS

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung
Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

SOGY

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung
Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

SOMI

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einführung der Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung und zur Änderung der Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung
Vom 6. Juli 1999 16. 06. 14 403

SSZ

Zakoń wo prawach Serbow w Swobodnym staće Sakskej (*Sakski serbski zakon – SSZ*)
Vom 31. März 1999 30. 04. 7 173

TierzPrüfVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Prüfung für Lehrgänge über künstliche Besamung und Embryotransfer nach dem Tierzuchtgesetz (*Tierzuchtprüfungsverordnung – TierzPrüfVO*) Vom 30. März 1999 21. 05. 8 231

Tierzuchtprüfungsverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Prüfung für Lehrgänge über künstliche Besamung und Embryotransfer nach dem Tierzuchtgesetz (*Tierzuchtprüfungsverordnung – TierzPprüfVO*) Vom 30. März 1999 21. 05. 8 231

UKG

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG*) Vom 6. Mai 1999 21. 05. 8 207

Artikel 1 Gesetz über das Universitätsklinikum Leipzig an der Universität Leipzig und das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden an der Technischen Universität Dresden (Universitätsklinikum-Gesetz – UKG) 207

Universitätsklinikum-Gesetz

Gesetz über die Hochschulmedizin im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Hochschulmedizingesetz – SHMG*) Vom 6. Mai 1999 21. 05. 8 207

Artikel 1 Gesetz über das Universitätsklinikum Leipzig an der Universität Leipzig und das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden an der Technischen Universität Dresden (Universitätsklinikum-Gesetz – UKG) 207

Versorgungsrücklagengesetz

Gesetz über Versorgungsrücklagen im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen Vom 17. Februar 1999 04. 03. 3 46

Artikel 1 Gesetz über Versorgungsrücklagen im Freistaat Sachsen (Versorgungsrücklagengesetz – VersRücklG) 46

VersRücklG

Gesetz über Versorgungsrücklagen im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen Vom 17. Februar 1999 04. 03. 3 46

Artikel 1 Gesetz über Versorgungsrücklagen im Freistaat Sachsen (Versorgungsrücklagengesetz – VersRücklG) 46

Vertretungsverordnung

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Vertretungsverordnung Vom 11. September 1999 21. 12. 21 798

VertrVO

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Vertretungsverordnung Vom 11. September 1999 21. 12. 21 798

VVVG

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksantrag, Volksbegehren und Volksbescheid Vom 1. Juni 1999 24. 06. 10 275

Wahlanpassungsverordnung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die gleichzeitige Durchführung der Europawahl und der Kommunalwahlen am 13. Juni 1999 (*Wahlanpassungsverordnung – WahlAnpVO*) Vom 4. Februar 1999 04. 03. 3 60

WahlAnpVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die gleichzeitige Durchführung der Europawahl und der Kommunalwahlen am 13. Juni 1999 (*Wahlanpassungsverordnung – WahlAnpVO*) Vom 4. Februar 1999 04. 03. 3 60

Zuständigkeitsverordnung BBergG

Gemeinsame Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung BBergG und der Verordnung über die grundbuchmäßige Behandlung von Bergwerkseigentum Vom 29. Juni 1999 13. 08. 15 451

Zweites Sächsisches Kostenverzeichnis

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Zweiten Verordnung über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen Vom 13. August 1999 15. 09. 16 481

Stichwörter

Stichwort	Tag der Ausgabe	Nr. des Blattes	Seite
§			
4 FAG, Aufteilung Schlüsselmassen infolge Gebietswechsels kreisangehöriger Gemeinden	24. 06.	10	290
5 SächsInsOAG, Pauschalvergütung nach, VO	03. 02.	2	31
8 Abs. 3 SächsLPIG, Neuerlass der Anlage zu	04. 03.	3	80
Az.			
11-0312.1/98 (3. VO Änd SächsLVO)	30. 04.	7	186
23-FV 6000-18/69-27893 (Aufteilung Schlüsselmassen nach § 4 FAG)	24. 06.	10	290
Abfallwirtschaft(s-)			
G zur Änd des EGAB	15. 06.	9	256
Sächsisches ~ und Bodenschutzgesetz, Neufassung	15. 06.	9	262
Abkommen			
Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten, Änd	04. 03.	3	44
Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten, G zur Änd	04. 03.	3	44
Änderung Abgrenzung			
LSG „Elbhänge Dresden-Pirna und Schönfelder Hochland“, VO RP Dresden 20.7.99	13. 08.	15	454
LSG „Lauta-Hoyerswerda-Wittichenau“, VO RP Dresden 23.3.99	21. 05.	8	237
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 14.12.98	22. 01.	1	11
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 10.12.98	22. 01.	1	9
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 17.5.99	15. 06.	9	267
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 20.5.99	15. 06.	9	270
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 30.8.99	01. 10.	18	541
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 5.11.99	21. 12.	21	812
Nationalpark „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 14.9.99	01. 10.	18	537
Änderung Gesetz(e)			
Abkommen Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten	04. 03.	3	44
DGWoG	30. 03.	4	86
Erstes G zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im FS Sachsen	15. 06.	9	256
Polizeigesetz	30. 06.	12	330
SächsAGLMBG	31. 03.	5	118
SächsBesG, Drittes G zur	15. 06.	9	255
SächsBestG	30. 03.	4	86
SächsBG	31. 03.	5	121
SächsBrandschG	04. 03.	3	52
Sächsisches Sicherheitswachterprobungsgesetz	30. 04.	7	186
SächsKatSG	04. 03.	3	52
SächsNatSchG	30. 03.	4	86
SächsRiG	31. 03.	5	121
SächsStatG	04. 03.	3	49
über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen	04. 03.	3	46
über den privaten Rundfunk und neue Medien, Viertes Gesetz zur	15. 06.	9	246
über Volksantrag, Volksbegehren und Volksbescheid	24. 06.	10	275
verschiedene Vorschriften des Sächsischen Landesrechts	16. 06.	14	398
Verwaltungskostengesetz	30. 06.	12	338
Änderung Verordnung			
BergZustVO und grundbuchmäßige Behandlung von Bergwerkseigentum	13. 08.	15	451
Dritte VO zur Änd ÖbVVO	04. 03.	3	62
Eigenkontrollverordnung	16. 06.	14	417
Ernennungsverordnung	13. 08.	15	447
Erwerb einer Lehrbefähigung in einem weiteren Fach	16. 06.	14	407
Festlegung Planungsgebiet Fischergasse I, Klostersgasse I ..., VO RP Dresden 15.7.99	13. 08.	15	454
Festlegung Planungsgebiet zur Sicherung ... Beseitigung Bahnübergang B 101 in Großenhain	31. 03.	5	142
Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung	13. 08.	15	450
Fischereiverordnung	30. 06.	12	341
Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung, Achte	21. 12.	21	815
Kommunalwahlverordnung, Zweite VO zur	04. 03.	3	61
OAVO und Einführung Kopfnoten	16. 06.	14	403
Reise- und Umzugskostenvergütungen sowie Entschädigungen Mitglieder Staatsregierung	03. 02.	2	13
Sächsische Studienplatzvergabeverordnung	03. 02.	2	15
Sächsische Trennungsgeldverordnung	13. 08.	15	448
SächsVermAPO-hD	13. 08.	15	448
Schulordnung Fachschule, Erste VO	03. 02.	2	16
über Ausgleichszahlungen zur Durchführung des Zentralitätäusgleichsprogrammes	21. 12.	21	808

über die Wasserentnahmeabgabe nach § 23 SächsWG	04. 03.	3	81
über Jagd- und Schonzeiten, Dritte VO	01. 10.	18	541
über Jagd- und Schonzeiten, Zweite VO	24. 06.	10	292
Vereinigung der Innungskrankenkassen im FS Sachsen	22. 01.	1	1
Vertretungsverordnung	21. 12.	21	798
Zuständigkeiten für Vollzug des Berufsrechts akademische Heilberufe, Zweite VO	31. 03.	5	131
Zweites Sächsisches Kostenverzeichnis	15. 09.	16	481
Änderung(en)			
der Disziplinarordnung für den Freistaat Sachsen	31. 03.	5	121
dienstrechtlicher Vorschriften, Zweites G zur	31. 03.	5	121
Geschäftsbereiche und Bezeichnung eines Staatsministeriums	21. 12.	21	799
Anforderungen an Anlagen			
zum Lagern und Abfüllen von Dung und Silagesickersäften, VO	31. 03.	5	131
Architektenkammer			
Aufnahme Mitglieder in Versorgungswerk, G zum Staatsvertrag	04. 03.	3	42
Aufnahme Mitglieder in Versorgungswerk, Staatsvertrag (FS Sachsen – FS Thüringen)	04. 03.	3	42
Aufhebung			
der Smog-Verordnung	21. 12.	21	798
Aufhebung Wasserschutzgebiet(e)			
für Trinkwassertalsperre Wolfersgrün, VO RP Chemnitz 3.3.99	31. 03.	5	136
Aufteilung der/des			
Schlüsselmassen nach § 4 FAG infolge Gebietswechsels, VO SMF	24. 06.	10	290
Aufwandsentschädigung(s-)			
Mitglieder Verfassungsgerichtshof FS Sachsen, VO	03. 02.	2	14
Ausbildung und Prüfung			
für den mittleren Lebensmittelkontrolldienst, VO	22. 01.	1	3
Ausführung(s-)			
fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften, G zur	31. 03.	5	118
gesetz zum Berufsvormündervergütungsgesetz	30. 06.	12	333
gesetz zum Fleischhygienegesetz, Sächsisches	31. 03.	5	118
gesetz zum Geflügelfleischhygienegesetz, Sächsisches	31. 03.	5	118
Ausgleich(s-)			
zahlungen zur Durchführung des Zentralitätsausgleichsprogrammes, VO SMF	24. 06.	10	291
Außer-Kraft-Treten			
VO zur Übertragung v. Aufgaben der Gesundheits- sowie Lebensmittelüberwachungs-, Veterinärämter	31. 03.	5	130
Bau-			
ordnung, Durchführungsverordnung zur Sächsischen	29. 10.	19	553
ordnung, Sächsische (Neufassung)	30. 03.	4	86
rechts im FS Sachsen, Berichtigung zur Änd Gesetz zur Vereinfachung des	30. 04.	7	186
rechts im FS Sachsen, Gesetz zur Vereinfachung des	30. 03.	4	86
Beamte			
Sächsisches Beamtengesetz (Neufassung)	16. 06.	14	370
Benutzungsgebühren (und Auslagen)			
Erhebung von, Forschungsinstitut für Balneologie und Kurortwissenschaft Bad Elster	30. 04.	7	187
Berichtigung			
G zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute	15. 09.	16	481
Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im FS Sachsen	30. 04.	7	186
zum Fraktionsrechtsstellungsgesetz	31. 03.	5	130
zur Neufassung Schulordnung berufliche Gymnasien	31. 03.	5	130
Berufs-/berufs-			
akademiegesetz im FS Sachsen	24. 06.	10	276
fachschule, Schulordnung	01. 10.	18	517
vormünderprüfungsverordnung	01. 10.	18	514
vormündervergütungsgesetz, Ausführungsgesetz zum	30. 06.	12	333
Besoldungsgesetz			
Drittes Gesetz zur Änd des SächsBesG	15. 06.	9	255
Boden(-)			
schutz, G zur Änd EGAB	15. 06.	9	256
schutz, Sächsisches Abfallwirtschafts- und ~gesetz, Neufassung	15. 06.	9	262
Bundesautobahn			
38, Verl. GD Festlegung Planungsgebiet Sicherung Planung für Bau, VO RP Leipzig 13.1.99	03. 02.	2	38
Bundesfernstraße(n)			
gesetz und dem Sächsischen Straßengesetz, Zuständigkeiten nach dem, VO	15. 09.	16	481

Bundesstraße(n)

B 173, Festlegung Planungsgebiet ... Ortsumgehung Kesselsdorf (Wilsdruff/OT Grumbach)	31. 03.	5	136
B 173, Festlegung Planungsgebiet ... Ortsumgehung Kesselsdorf (Wilsdruff/OT Kaufbach)	31. 03.	5	138
B 173, Festlegung Planungsgebiet Kesselsdorf Ortsumgehung Kesselsdorf	31. 03.	5	140
B 173, Verl. GD Festlegung Planungsgebiet ... Gompitz/Altfranken, VO RP Dresden 11.2.99	04. 03.	3	82

Dienst(-e)/dienst-

kleidung und Kleidergeld der Polizeibeamten, VO	22. 01.	1	2
rechtliche Vorschriften, Zweites G zur Änd	31. 03.	5	121

Dung und Silagesickersäfte

Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von, VO	31. 03.	5	131
--	---------	---	-----

Durchführung der/des/von

gleichzeitigen Europawahl und Kommunalwahlen, VO zur	04. 03.	3	60
Jahresabschlussprüfung bei Sparkassen mit kommunalem Träger, VO	15. 09.	16	480
Sächsischen Bauordnung, VO	29. 10.	19	553
Sächsischen Meldegesetzes, Erste VO zur	21. 05.	8	215
Zentralitätsausgleichsprogrammes, Änd VO über Ausgleichszahlungen zur	21. 12.	21	808
Zentralitätsausgleichsprogrammes, Ausgleichszahlungen zur, VO SMF	24. 06.	10	291

Eigenkontrollverordnung

Änd VO	16. 06.	14	417
--------	---------	----	-----

Einführung

Kopfnoten Betragen, Fleiß, Mitarbeit, Ordnung, VO	16. 06.	14	403
---	---------	----	-----

Einrichtung(en)

Organisation, Besetzung der Vergabekammern des FS Sachsen, VO	21. 05.	8	214
---	---------	---	-----

einstweilige Sicherstellung Naturschutzgebiet(e)

„Moorwald am Pechfluß bei Medingen“, Verl. Geltungsdauer, VO RP Dresden 23.12.98	22. 01.	1	11
„Mothäuser Heide – Erweiterung“, VO RP Chemnitz 14.1.99	03. 02.	2	34
„Waldmoore bei Großdittmannsdorf“, Verl. GD, VO RP Dresden 24.2.99	31. 03.	5	142

Entschädigung(-)

Mitglieder Staatsregierung, Änd VO über Reise- und Umzugskostenvergütungen	03. 02.	2	13
--	---------	---	----

Entscheidung Verfassungsgerichtshof FS Sachsen

Vf. 101-VIII-98 (Gemeinde Kubschütz)	21. 12.	21	815
Vf. 102-VIII-98 (Gemeinde Kubschütz)	04. 03.	3	82
Vf. 105-VIII-98 (Gemeinde Bienitz)	15. 09.	16	493
Vf. 106-VIII-98 (Gemeinden Engelsdorf, Holzhausen, Liebertwolkwitz und Mölkau)	13. 08.	15	463
Vf. 109-VIII-98 (Gemeinde Bienitz)	04. 03.	3	82
Vf. 11-VIII-99 (Gemeinde Dennheritz)	15. 09.	16	493
Vf. 110-VIII-98 (Gemeinde Leubnitz)	15. 09.	16	493
Vf. 112-VIII-98 (Gemeinde Lauenhain)	15. 09.	16	493
Vf. 114-VIII-98 (Gemeinde Wüstenbrand)	16. 04.	6	156
Vf. 115-VIII-98 (Gemeinde Milkau)	29. 10.	19	572
Vf. 116-VIII-98 (Gemeinde Milkau)	16. 04.	6	156
Vf. 118-VIII-98 (Gemeinde Thurm)	15. 09.	16	493
Vf. 12-X-98 und Vf. 12-X-98 (§ 11 Abs. 1 VVVG verstößt gegen Art. 71 Abs. 2 SächsVerf)	04. 03.	3	83
Vf. 120-VIII-98 (Gemeinde Stangendorf)	15. 09.	16	493
Vf. 123-VIII-98 (Gemeinde Niedermülsen)	15. 09.	16	493
Vf. 124-VIII-98 (Gemeinde Niedermülsen)	16. 04.	6	156
Vf. 125-VIII-98 (Gemeinde Hermannsdorf)	15. 09.	16	493
Vf. 126-VIII-98 (Gemeinde Hermannsdorf)	16. 04.	6	156
Vf. 131-VIII-98 (Gemeinde Pohrsdorf)	29. 10.	19	572
Vf. 132-VIII-98 (Gemeinde Pohrsdorf)	16. 04.	6	156
Vf. 134-VIII-98 (Gemeinde Eulowitz)	16. 04.	6	156
Vf. 135-VIII-98 (Gemeinden Graupa und Birkwitz-Pratzschwitz)	21. 12.	21	815
Vf. 136-VIII-98 (Gemeinden Graupa und Birkwitz-Pratzschwitz)	16. 04.	6	156
Vf. 137-VIII-98 (Gemeinde Kauschwitz)	15. 09.	16	493
Vf. 138-VIII-98 (Gemeinde Kauschwitz)	16. 04.	6	156
Vf. 139-VIII-98 (Gemeinde Dürrenuhlsdorf)	29. 10.	19	572
Vf. 140-VIII-98 (Gemeinde Dürrenuhlsdorf)	16. 04.	6	156
Vf. 141-VIII-98 (Gemeinde Gohlis)	15. 09.	16	493
Vf. 142-VIII-98 (Gemeinde Gohlis)	16. 04.	6	156
Vf. 143-VIII-98 (Gemeinde Vielau)	15. 09.	16	493
Vf. 144-VIII-98 (Gemeinde Vielau)	16. 04.	6	156
Vf. 145-VIII-98 (Gemeinde Tauscha)	15. 09.	16	493
Vf. 146-VIII-98 (Gemeinde Tauscha)	16. 06.	14	426
Vf. 148-VIII-98 (Gemeinde Wulm)	16. 04.	6	156
Vf. 149-VIII-98 (Gemeinde Hartau)	16. 04.	6	156
Vf. 150-VIII-98 (Gemeinde Röhrsdorf)	21. 12.	21	815
Vf. 151-VIII-98 (Gemeinde Röhrsdorf)	16. 04.	6	156

Vf. 154-VIII-98 (Gemeinde Schönborn-Dreiwerden-Seifersbach)	15. 09.	16	493
Vf. 155-VIII-98 (Gemeinde Schönborn-Dreiwerden-Seifersbach)	16. 04.	6	156
Vf. 156-VIII-98 (Stadt Berggießhübel)	13. 08.	15	463
Vf. 157-VIII-98 (Stadt Berggießhübel)	16. 04.	6	156
Vf. 160-VIII-98 (Gemeinde Fuchshain)	16. 04.	6	156
Vf. 162-VIII-98 (Gemeinde Lückersdorf-Gelenau)	29. 10.	19	572
Vf. 163-VIII-98 (Gemeinde Lückersdorf-Gelenau)	16. 04.	6	156
Vf. 165-VIII-98 (Gemeinde Kletzen-Zschölkau)	16. 04.	6	156
Vf. 167-VIII-98 (Gemeinde Lodenau)	16. 04.	6	156
Vf. 169-VIII-98 (Gemeinde Uhsmannsdorf)	29. 10.	19	572
Vf. 170-VIII-98 (Gemeinde Uhsmannsdorf)	16. 04.	6	156
Vf. 173-VIII-98 (Gemeinde Neukirch)	16. 06.	14	426
Vf. 177-VIII-98 (Gemeinde Deutscheinsiedel)	16. 06.	14	426
Vf. 178-VIII-98 (Gemeinde Tanneberg)	15. 09.	16	493
Vf. 179-VIII-98 (Gemeinde Tanneberg)	16. 04.	6	156
Vf. 180-VIII-98 (Gemeinde Schlegel)	29. 10.	19	572
Vf. 181-VIII-98 (Gemeinde Schlegel)	16. 06.	14	426
Vf. 182-VIII-98 (Gemeinde Scharfenberg)	29. 10.	19	572
Vf. 183-VIII-98 (Gemeinde Scharfenberg)	16. 04.	6	156
Vf. 184-VIII-98 (Gemeinde Gauernitz)	29. 10.	19	572
Vf. 185-VIII-98 (Gemeinde Gauernitz)	16. 04.	6	156
Vf. 186-VIII-98 (Gemeinde Bahratal)	13. 08.	15	463
Vf. 187-VIII-98 (Gemeinde Bahratal)	16. 04.	6	156
Vf. 188-VIII-98 (Gemeinde Kurort Hartha)	29. 10.	19	572
Vf. 189-VIII-98 (Gemeinde Kurort Hartha)	16. 04.	6	156
Vf. 191-VIII-98 (Gemeinde Klingenberg)	16. 04.	6	156
Vf. 194-VIII-98 (Gemeinde Hartmannsgrün)	21. 12.	21	815
Vf. 195-VIII-98 (Gemeinde Hartmannsgrün)	16. 04.	6	156
Vf. 196-VIII-98 (Trieb/Vogtl.)	15. 09.	16	493
Vf. 197-VIII-98 (Gemeinde Trieb)	16. 04.	6	156
Vf. 198-VIII-98 (Gemeinden Priestewitz und Strießen)	21. 12.	21	815
Vf. 199-VIII-98 (Gemeinden Priestewitz und Strießen)	16. 04.	6	156
Vf. 201-VIII-98 (Gemeinde Hartau)	15. 09.	16	493
Vf. 22-VIII-99 (Gemeinde Wüstenbrand)	21. 12.	21	815
Vf. 4-VIII-99 (Gemeinde Wiesenburg)	15. 09.	16	493
Vf. 49-VIII-98 (Gemeinde Bienitz)	16. 06.	14	426
Vf. 5-VIII-99 (Gemeinde Wiesenburg)	16. 04.	6	156
Vf. 51-VIII-98 (Stadt Markleeberg)	13. 08.	15	463
Vf. 52-VIII-98 (Stadt Markleeberg)	16. 06.	14	426
Vf. 54-VIII-98 (Gemeinde Mosel)	13. 08.	15	463
Vf. 57-VIII-98 (Gemeinde Schlunzig)	13. 08.	15	463
Vf. 6-VIII-99 (Gemeinde Silberstraße)	15. 09.	16	493
Vf. 63-VIII-98 (Gemeinde Oberrothenbach)	13. 08.	15	463
Vf. 66-VIII-98 (Gemeinde Stangendorf)	15. 09.	16	493
Vf. 67-VIII-98 (Gemeinde Thurm)	15. 09.	16	493
Vf. 7-VIII-99 (Gemeinde Silberstraße)	16. 04.	6	156
Vf. 71-VIII-98 (Gemeinde Wulm)	15. 09.	16	493
Vf. 72-VIII-98 (Gemeinde Heuersdorf)	22. 01.	1	11
Vf. 73-VIII-98 (Gemeinden Grüna und Mittelbach)	21. 12.	21	815
Vf. 74-VIII-98 (Gemeinden Grüna und Mittelbach)	22. 01.	1	11
Vf. 82-VIII-98 (Gemeinde Ludwigsdorf)	15. 09.	16	493
Vf. 83-VIII-98 (Gemeinde Ludwigsdorf)	04. 03.	3	82
Vf. 84-VIII-98 (Gemeinde Radefeld)	04. 03.	3	82
Vf. 85-VIII-98 (Gemeinde Röhrsdorf)	13. 08.	15	463
Vf. 86-VIII-98 (Gemeinde Röhrsdorf)	22. 01.	1	11
Vf. 88-VIII-98 (Gemeinde Leubnitz)	04. 03.	3	82
Vf. 9-VIII-99 (Gemeinde Colmnitz)	16. 04.	6	156
Vf. 91-VIII-98 (Gemeinde Wittgensdorf)	13. 08.	15	463
Vf. 92-VIII-98 (Gemeinde Wittgensdorf)	04. 03.	3	82
Vf. 97-VIII-98 (Gemeinde Kändler)	04. 03.	3	82
Vf. 99-VIII-98 (Gemeinde Pleiße)	04. 03.	3	82
Entwicklung(s-)			
plan Verkehr FS Sachsen, Fachlicher, VO	21. 09.	17	498
Erhebung(s-)			
von Benutzungsgebühren Forschungsinstitut für Balneologie und Kurortwissenschaft Bad Elster	30. 04.	7	187
Ernährung(s-)			
sicherstellung und ~vorsorge, G über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der	30. 06.	12	340

Ernennung der Beamten			
Zweite VO zur Änd Ernennungsverordnung	13. 08.	15	447
erneute Verkündung der Verordnung			
zur vorläufigen Festsetzung Trinwasserschutzgebiet Bärwalde vom 17. Juli 1995	13. 08.	15	460
zur vorläufigen Festsetzung Wasserschutzgebiet (Deschka-Zentendorf) vom 25.4.95	13. 08.	15	457
Erwerb Lehrbefähigung			
in einem weiteren Fach, Änd VO	16. 06.	14	407
Erwerbsstatistik			
Gesetz zur Durchführung und Änd SächsStatG	04. 03.	3	49
Festlegung Planungsgebiet zur Sicherung der Planung			
Bau BAB 38, Verl. GD, VO RP Leipzig 28.4.99	21. 05.	8	242
Bau Bundesautobahn 38 (Autobahndreieck A 14/A 38), Verl. GD, VO RP Leipzig 16.3.99	16. 04.	6	156
Bau Bundesautobahn 38, Südumgehung Leipzig, Verl. GD, VO RP Leipzig 13.1.99	03. 02.	2	38
Bau Ortsumgehung Gompitz/Altfranken für B 173, Verl. GD, VO RP Dresden 11.2.99	04. 03.	3	82
Bau Ortsumgehung Kesselsdorf (Wilsdruff/OT Grumbach), VO RP Dresden 10.2.99	31. 03.	5	136
Bau Ortsumgehung Kesselsdorf (Wilsdruff/OT Kaufbach), VO RP Dresden 10.2.99	31. 03.	5	138
Bau Ortsumgehung Kesselsdorf im Zuge B 173, VO RP Dresden 10.2.99	31. 03.	5	140
Beseitigung Bahnübergang B 101 in Großenhain, Änd VO, VO RP Dresden 10.3.99	31. 03.	5	142
Beseitigung Bahnübergang B 101 in Großenhain, Verl. GD, VO RP Dresden 12.3.99	31. 03.	5	144
Fischergasse I, Klostersgasse I, Obermeisa III, Änd VO RP Dresden 15.7.99	13. 08.	15	454
Neubau Ortsumgehung Kesselsdorf, B 173, VO RP Dresden 12.10.99	21. 12.	21	810
Ortsdurchfahrt Meißen, B 101, Verl. GD, VO RP Dresden 19.11.99	21. 12.	21	810
Ortsumgehung Pirna, 2. BA, Straßenbaumaßnahmen B 172/B172a, VO RP Dresden 30.9.99	29. 10.	19	566
Straßenbaumaßnahme B 96/B 6 „Westtangente Bautzen“, VO RP Dresden 10.6.99	16. 06.	14	419
Verlegung Staatsstraße S 191 nördlich Rippien/Goppeln, VO RP Dresden 6.8.99	15. 09.	16	483
Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen			
Dritte Verordnung über die	03. 12.	20	573
Festsetzung Trinkwasserschutzgebiet(e)			
Bärwalde vom 17. Juli 1995, vorläufige, erneute Verkündung der VO	13. 08.	15	460
Festsetzung von Zulassungszahlen			
an Universitäten und FHS Studienjahr 1999/2000	16. 06.	14	411
Festsetzung Wasserschutzgebiet(e)			
(Deschka-Zentendorf) vom 25.4.95, erneute Verkündung der VO	13. 08.	15	457
vom 25.4.95, vorläufige (Deschka-Zentendorf)	13. 08.	15	457
Finanz-/finanzielle			
ämter, VO über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und Zuständigkeit der	04. 03.	3	62
amts-Zuständigkeitsverordnung, Änd VO	13. 08.	15	450
Fisch-, Fischerei(-)			
verordnung, VO zur Änd	30. 06.	12	341
fleisch- und geflügelfleischhygienerechtliche(r/s)			
Vorschriften, G zur Ausführung	31. 03.	5	118
Fördermittel			
Gesetz über ~datenbanken im Freistaat Sachsen	24. 06.	10	273
Fraktionen des Sächsischen Landtages			
Berichtigung zum Fraktionsrechtsstellungsgesetz	31. 03.	5	130
Freistaat Sachsen			
Gesetz über die Rechte der Sorben im	30. 04.	7	161
Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden des	15. 06.	9	247
Gesetz über Fördermitteldatenbanken im	24. 06.	10	273
Führung			
der Wasserbücher, VO	03. 02.	2	31
Gebührenverordnung			
für Hebammen und Entbindungspfleger außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung	15. 09.	16	483
Gemeinde(n)			
am Spielbankabgabebefreiung, Höhe Anteil der, VO	21. 12.	21	809
Gemeinde-			
ordnung für den Freistaat Sachsen, Bek der Neufassung	09. 07.	13	345
ordnung für den Freistaat Sachsen, Neufassung	09. 07.	13	346
Geschäftsbereich(e)			
und Bezeichnung eines Staatsministeriums, Änderungen	21. 12.	21	799
Gesundheits-/gesundheitliche			
schutz bei Medizinprodukten, Änd Abkommen	04. 03.	3	44
schutz bei Medizinprodukten, G zur Änd Abkommen	04. 03.	3	44
Große Kreisstadt			
Erklärung der Stadt Löbau zur, Bek 15.11.99	21. 12.	21	807
Erklärung der Stadt Zschopau zur, Bek 4.1.99	03. 02.	2	15

Grundbuch(-)			
mäßige Behandlung von Bergwerkseigentum, Änd VO	13. 08.	15	451
Gymnasien			
Schulordnung berufliche ~ (Neufassung)	03. 02.	2	17
Schulordnung berufliche ~, Bek der Neufassung	03. 02.	2	16
Hebamme(n)			
Vergütung von Leistungen außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung, VO	15. 09.	16	483
Hochschule(n)/Hochschul-			
im Freistaat Sachsen, Gesetz über die	25. 06.	11	294
medizingesetz, Sächsisches	21. 05.	8	207
Hygienegesetz			
Sächsisches Ausführungsgesetz zum Fleisch~	31. 03.	5	118
Sächsisches Ausführungsgesetz zum Geflügelfleisch~	31. 03.	5	118
Inkrafttreten von			
Staatsverträgen (Architektenkammer), Bek 8.4.99	30. 04.	7	188
Staatsverträgen (Errichtung „Stiftung für das sorbische Volk“), Bek 4.1.99	22. 01.	1	2
Staatsverträgen (Gemeinsames Krebsregister), Bek 18.12.98	22. 01.	1	2
Staatsverträgen (Land Brandenburg – FS Sachsen Änd gemeinsame Ländergrenzen), Bek 1.2.99	04. 03.	3	82
Jagd- und Schonzeiten			
Dritte Verordnung zur Änd VO über	01. 10.	18	541
Zweite Verordnung zur Änd VO über	24. 06.	10	292
Jugend-			
hilfe, Schiedsstelle in der, VO	29. 10.	19	550
Justiz-			
verwaltungssachen, Zuständigkeiten in und gerichtliche Zuständigkeiten, VO SMJus	24. 06.	10	281
Katastrophenschutz			
Gesetz, Bek der Neufassung	16. 04.	6	145
Gesetz (Neufassung)	16. 04.	6	145
Gesetz zur Änd SächsKatSG	04. 03.	3	52
Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung			
Achte Änderungsverordnung	21. 12.	21	815
Kommunaler Versorgungsverband Sachsen			
Gesetz Versorgungsrücklagen und zur Änd G über den	04. 03.	3	46
Kosten(-)			
verzeichnis, Drittes Sächsisches	03. 12.	20	573
verzeichnis, Zweites Sächsisches, ÄndVO	15. 09.	16	481
Kreditinstitut(e)			
Gesetz zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen	21. 05.	8	190
Gesetz zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen, Berichtigung	15. 09.	16	481
künstliche Besamung und Embryotransfer			
nach dem Tierzuchtgesetz, VO über Prüfungen für Lehrgänge über	21. 05.	8	231
Landes-/landes-			
planungsgesetz, Neuerlass Anlage zu § 8 Abs. 3 Sächsisches	04. 03.	3	80
Landschaftsschutzgebiet(e), Änderung			
„Mulden- und Chemnitztal“, VO RP Chemnitz 14.12.98	03. 02.	2	32
Landschaftsschutzgebiet(e), Änderung Abgrenzung			
„Elbhänge Dresden-Pirna und Schönfelder Hochland“, VO RP Dresden 20.7.99	13. 08.	15	454
„Lauta-Hoyerswerda-Wittichenau“, VO RP Dresden 23.3.99	21. 05.	8	237
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 10.12.98	22. 01.	1	9
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 14.12.98	22. 01.	1	11
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 17.5.99	15. 06.	9	267
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 20.5.99	15. 06.	9	270
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 30.8.99	01. 10.	18	541
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 5.11.99	21. 12.	21	812
Laufbahnverordnung			
der Polizeibeamten	21. 12.	21	799
gemäß Art. 2 der Dritten VO der StR zur Änd der Sächsischen, Bek 15.4.99	30. 04.	7	186
Meldegesezt			
Durchführung des Sächsischen ~, Erste VO zur	21. 05.	8	215
Mitglieder/stellv. Mietglieder			
Staatsregierung, Änd VO über Reise- und Umzugskostenvergütungen sowie Entschädigung für	03. 02.	2	13
Verfassungsgerichtshof FS Sachsen, Aufwandsentschädigung, VO	03. 02.	2	14
mittlere(r/s)			
Lebensmittelkontrolldienst, Ausbildung und Prüfung, VO	22. 01.	1	3
Mothäuser Heide – Erweiterung			
einstweilige Sicherstellung Naturschutzgebiet, VO RP Chemnitz 14.1.99	03. 02.	2	34

Mulden- und Chemnitztal

Änd LSG, VO RP Chemnitz 14.12.98 03. 02. 2 32

Nationalpark „Sächsische Schweiz“

Änd Abgrenzung, VO RP Dresden 14.9.99 01. 10. 18 537

Naturschutzgebiet(e)

„Moorwald am Pechfluß bei Medingen“, Verl. Geltungsdauer, VO RP Dresden 23.12.98 22. 01. 1 11

„Muldeau nördlich Eilenburg“, Verlängerung Geltungsdauer, VO RP Leipzig 20.8.99 01. 10. 18 544

„Muldenau nördlich Eilenburg“, Verl. Geltungsdauer, VO RP Leipzig 16.6.99 30. 06. 12 342

„Waldmoore bei Großdittmannsdorf“, einstweilige Sicherstellung, Verl. GD, VO RP Dresden 24.2.99 31. 03. 5 142

Neubau(-)

Ortsumgehung Kesselsdorf, Festlegung Planungsgebiet zur Sicherung der Planung , B 173 21. 12. 21 810

Neufassung Bekanntmachung

Beamtengesetz für den Freistaat Sachsen 16. 06. 14 370

BezügeZustVO 31. 03. 5 127

EGAB 15. 06. 9 261

Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen 09. 07. 13 345

Polizeigesetz des FS Sachsen 15. 09. 16 466

Sächsisches Personalvertretungsgesetz 13. 08. 15 430

Sächsisches Katastrophenschutzgesetz 16. 04. 6 145

Schulordnung berufliche Gymnasien 03. 02. 2 16

Verwaltungskostengesetz des FS Sachsen 29. 10. 19 545

Neufassung Gesetz(e)

Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen 09. 07. 13 346

Polizeigesetz des FS Sachsen 15. 09. 16 466

Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz 15. 06. 9 262

Sächsisches Beamtengesetz 16. 06. 14 370

Sächsisches Katastrophenschutzgesetz 16. 04. 6 145

Sächsisches Personalvertretungsgesetz 13. 08. 15 430

Verwaltungskostengesetz für den Freistaat Sachsen 29. 10. 19 545

Neufassung Verordnung

BezügeZustVO 31. 03. 5 128

Schulordnung berufliche Gymnasien 03. 02. 2 17

Neuordnung (der)

öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, Gesetz zur 21. 05. 8 190

öffentlich(-/e/er)/Öffentlich(-/e/er/es)

bestellte Vermessungsingenieure, Dritte VO zur Änd ÖbVVO 04. 03. 3 62

rechtliche Kreditinstitute, Gesetz zur Neuordnung der 21. 05. 8 190

rechtliche Kreditinstitute, Gesetz zur Neuordnung der, Berichtigung 15. 09. 16 481

Pauschalvergütung

nach § 5 SächsInsOAG, VO 03. 02. 2 31

Personal-

vertretungsgesetz, Sächsisches (Neufassung) 13. 08. 15 430

vertretungsgesetz, Sächsisches, Bek der Neufassung 13. 08. 15 430

Polizei(-)

beamte, Laufbahnverordnung 21. 12. 21 799

Dienstkleidung und Kleidergeld der ~beamten, VO 22. 01. 1 2

gesetz des FS Sachsen (Neufassung) 15. 09. 16 466

gesetz des FS Sachsen, Bek Neufassung 15. 09. 16 466

gesetz, Zweites Gesetz zur Änd 30. 06. 12 330

prawa Serbow

w Swobodnym staće Sakskej, Zakoń wo 30. 04. 7 173

Privater Rundfunk

und neue Medien, Viertes Gesetz zur Änd G über den 15. 06. 9 246

Prostitution

Verbot der ~ zum Schutz des öffentl. Anstandes und der Jugend, VO RP Dresden 13. 08. 15 453

Prüfung(en/s-)

Lehrgänge künstl. Besamung u. Embryotransfer nach dem Tierzuchtgesetz, VO 21. 05. 8 231

nach dem Berufsvormündervergütungsgesetz, VO 01. 10. 18 514

Recht(s-)

grundlagen des Verwaltungsaufbaus, G zur Ergänzung der 30. 04. 7 184

Rechte der Sorben

im FS Sachsen, Gesetz über 30. 04. 7 161

Rechtshilfe

Zuständigkeiten auf Gebiet vertraglichen ~ in Zivilsachen, VO 01. 10. 18 513

Regelung

offener Vermögensfragen, Zusammenlegung von Ämtern zur, Zweite VO 30. 04. 7 187

Richter(-)			
gesetz, VO zu den Wahlen nach dem	16. 06.	14	400
Rundfunk und neue Medien			
Viertes Gesetz zur Änd G über den privaten	15. 06.	9	246
Sachsen			
-Finanzverband, Gesetz über den (= Art. 1 G zur Neuordnung öffentl.-rechtl. Kreditinstitute)	21. 05.	8	190
Sächsische Schweiz			
Änd Abgrenzung LSG, VO RP Dresden 14.12.98	22. 01.	1	11
Änd Abgrenzung LSG, VO RP Dresden 10.12.98	22. 01.	1	9
Änd Abgrenzung LSG, VO RP Dresden 17.5.99	15. 06.	9	267
Änd Abgrenzung LSG, VO RP Dresden 20.5.99	15. 06.	9	270
Änd Abgrenzung LSG, VO RP Dresden 30.8.99	01. 10.	18	541
Änd Abgrenzung LSG, VO RP Dresden 5.11.99	21. 12.	21	812
Sächsische(r/s)			
Bauordnung (Neufassung)	30. 03.	4	86
Beamtengesetz (Neufassung)	16. 06.	14	370
Berufsakademiegesetz	24. 06.	10	276
Hochschulgesetz	25. 06.	11	294
Hochschulmedizingesetz	21. 05.	8	207
Landesrecht, Gesetz zur Änd verschiedener Vorschriften des	16. 06.	14	398
Meldegesetz, Erste VO zur Durchführung des	21. 05.	8	215
Personalvertretungsgesetz (Neufassung)	13. 08.	15	430
Schiedsstellen			
in den Gemeinden des FS Sachsen, G über die	15. 06.	9	247
in der Jugendhilfe, VO	29. 10.	19	550
Schienspersonennahverkehr			
Übertragung der Aufgabe des ~ auf ZV für Nahverkehrsraum Leipzig	16. 04.	6	155
Übertragung der Aufgabe des ~ auf ZV Verkehrsverbund Mittelsachsen	16. 04.	6	155
Schul-/Schulen			
gemeinsame Unterrichtung behinderter und nichtbehinderter Schüler, VO	16. 04.	6	153
ordnung berufliche Gymnasien (Neufassung)	03. 02.	2	17
ordnung berufliche Gymnasien, Bek der Neufassung	03. 02.	2	16
ordnung berufliche Gymnasien, Berichtigung zur Neufassung	31. 03.	5	130
ordnung Berufsfachschule	01. 10.	18	517
ordnung Fachschule, Erste VO zur Änd	03. 02.	2	16
Schutz(-)			
des Grundwassers Trinkwassergewinnungsanlage Bärwalde vom 17.7.95, VO	13. 08.	15	461
Sicherheitswachtserprobungsgesetz			
G zur Änd des Sächsischen	30. 04.	7	186
Sicherstellung, einstweilige			
NSG „Muldenaue nördlich Eilenburg“, Verl. GD, VO RP Leipzig 16.6.99	30. 06.	12	342
Smog			
Aufhebung der Smog-Verordnung	21. 12.	21	798
Sparkassen(-)			
Durchführung Jahresabschlussprüfung, VO	15. 09.	16	480
Spielbank(-/en)			
abgabeaufkommen, Höhe Anteil Gemeinden am	21. 12.	21	809
Staats-/staats-			
vertrag (Errichtung „Stiftung für das sorbische Volk“), In-Kraft-Treten, Bek 4.1.99	22. 01.	1	2
vertrag (FS Sachsen – FS Thüringen) Aufnahme Mitglieder Architektenkammer	04. 03.	3	42
vertrag (FS Sachsen – FS Thüringen) Aufnahme Mitglieder Architektenkammer, G zum	04. 03.	3	42
vertrag (Gemeinsames Krebsregister), In-Kraft-Treten, Bek 18.12.98	22. 01.	1	2
vertrag (Land Brandenburg – FS Sachsen), In-Kraft-Treten, Bek 1.2.99	04. 03.	3	82
verträge, In-Kraft-Treten (Architektenkammer), Bek 8.4.99	30. 04.	7	188
Staatsstraße(n)			
S 191 nördlich Rippien/Goppeln, Festlegung Planungsgebiet, VO RP Dresden 6.8.99	15. 09.	16	483
Stadt(-)			
Löbau, Erklärung zur Großen Kreisstadt, Bek 15.11.99	21. 12.	21	807
Zschopau, Erklärung zur Großen Kreisstadt, Bek 4.1.99	03. 02.	2	15
Statistik			
Gesetz zur Durchführung Erwerbsstatistik und Änd SächsStatG	04. 03.	3	49
Steuerberater(-)			
Gesetz über das Versorgungswerk der	30. 06.	12	334
Stiftung(en)			
für das sorbische Volk, In-Kraft-Treten Staatsvertrag, Bek 4.1.99	22. 01.	1	2
Straßen(-)			
gesetz und dem Bundesfernstraßengesetz, Zuständigkeiten nach dem, VO	15. 09.	16	481

Straßenbau(-)			
maßnahme B 172 und B 172a (Pirna), Festlegung Planungsgebiet, VO RP Dresden 30.9.99	29. 10.	19	566
maßnahme B 96/B 6 „Westtangente Bautzen“, Festlegung Planungsgebiet, VO RP Dresden 10.6.99	16. 06.	14	419
Studentenwerk			
örtl. Zuständigkeit der Ämter für Ausbildungsförderung bei den, VO	16. 06.	14	417
Studien-			
jahr 1999/2000, Festlegung von Zulassungszahlen, VO	16. 06.	14	411
platzvergabeverordnung, Änd VO	03. 02.	2	15
Swobodny stat Sakskej			
Zakoń wo prawach Serbow w	30. 04.	7	173
Tier-			
zuchtgesetz, VO über Prüfungen für Lehrgänge künstl. Besamung u. Embryotransfer nach dem	21. 05.	8	231
Trennungsgeldverordnung			
Dritte VO zur Änd der Sächsischen	13. 08.	15	448
Trinkwasserschutzgebiet(e)			
Bärwalde, VO vom 17.7.95	13. 08.	15	461
Trinkwassertalsperre			
Wolfersgrün, Aufhebung Wasserschutzgebiet für die, VO RP Chemnitz 3.3.99	31. 03.	5	136
Übertragung der			
Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs ... auf ZV für Nahverkehrsraum Leipzig	16. 04.	6	155
Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs ... auf ZV Verkehrsverbund Mittelsachsen	16. 04.	6	155
Aufgaben d. Gesundheits- sowie Lebensmittelüberwachungs-, Veterinärämter, aK VO	31. 03.	5	130
Übertragung der/von Zuständigkeit(en) (nach dem)			
in Staatl. Vermögens- und Hochbauverwaltung, Zusammenlegung von Ämtern	21. 12.	21	807
Universitätsklinikum			
Leipzig und Carl Gustav Carus Dresden, Gesetz über	21. 05.	8	207
Unterrichtung behinderter und nichtbehinderter Schüler, gemeinsame			
in öffentlichen Schulen im FS Sachsen, VO	16. 04.	6	153
Verbot			
Prostitution zum Schutz des öffentl. Anstandes und der Jugend, VO RP Dresden	13. 08.	15	453
Vereinigung			
der Innungskrankenkassen im FS Sachsen, Änd VO	22. 01.	1	1
Vergabe			
kammern des FS Sachsen, Einrichtung, Organisation, Besetzung, VO	21. 05.	8	214
Verkehr			
Fachlicher Entwicklungsplan FS Sachsen, Stand: 24.06.99	21. 09.	17	498
Fachlicher Entwicklungsplan FS Sachsen, VO	21. 09.	17	498
Verlängerung der Geltungsdauer der einstweiligen Sicherstellung			
Naturschutzgebiet „Moorwald am Pechfluß bei Medingen“, VO RP Dresden 23.12.98	22. 01.	1	11
NSG „Muldeau nördlich Eilenburg“, VO RP Leipzig 20.8.99	01. 10.	18	544
NSG „Muldenau nördlich Eilenburg“, VO RP Leipzig 16.6.99	30. 06.	12	342
Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung			
einstweilige Sicherstellung NSG „Waldmoore bei Großdittmannsdorf“, VO RP Dresden 24.2.99	31. 03.	5	142
Festlegung Planungsgebiet ... Bau BAB 38 (Autobahndreieck A14/A 38), VO RP Leipzig 16.3.99	16. 04.	6	156
Festlegung Planungsgebiet ... Beseitig. Bahnübergang B 101 in Großenhain, VO RP Dresden 12.3.99	31. 03.	5	144
Festlegung Planungsgebiet Gompitz/Altfranken Sicherung Planung B 173, VO RP Dresden 11.2.99	04. 03.	3	82
Festlegung Planungsgebiet Sicherung Planung für Bau BAB 38, VO RP Leipzig 13.1.99	03. 02.	2	38
Festlegung Planungsgebiet Sicherung Planung für Bau BAB 38, VO RP Leipzig 28.4.99	21. 05.	8	242
Festlegung Planungsgebiete Ortsdurchfahrt Meißen, B 101, VO RP Dresden 19.11.99	21. 12.	21	810
Vermessung(s-)/vermessungs-			
ingenieure, öffentl. bestellte, Dritte VO zur Änd ÖbVVO	04. 03.	3	62
technischer Verwaltungsdienst, Änd-VO Ausbildungs- und Prüfungsordnung	13. 08.	15	448
Vermessungstechniker(in)			
Sächsische Laufbahnverordnung, gemäß Art. 2 der 3. VO, Bek 15.4.99	30. 04.	7	186
Versorgungsrücklagen			
Gesetz über ~ im FS Sachsen	04. 03.	3	46
Versorgungswerk			
der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im FS Sachsen, Gesetz über das	30. 06.	12	334
Vertretung			
FS Sachsen in gerichtlichen Verfahren, VO zur Änderung der VertrVO	21. 12.	21	798
Verwaltungs-/verwaltungs-/Verwaltung			
aufbau, G zur Ergänzung der Rechtsgrundlagen des	30. 04.	7	184
kostengesetz des FS Sachsen (Neufassung)	29. 10.	19	545
kostengesetz des FS Sachsen, Bek der Neufassung	29. 10.	19	545
kostengesetz, Gesetz zur Änd	30. 06.	12	338
Volksantrag			
Volksbegehren und Volksbescheid, Gesetz zur Änd des Gesetzes über	24. 06.	10	275

Vollzug der/des

Berufsrechts akademische Heilberufe, Zweite VO zur Änd VO	31. 03.	5	131
Produktsicherheitsgesetzes, Zuständigkeit zum	21. 12.	21	809

Wahl(-/en)

Änd der Kommunalwahlordnung, Zweite VO	04. 03.	3	61
nach dem Richtergesetz des FS Sachsen, VO	16. 06.	14	400
VO über gleichzeitige Durchführung Europa- und Kommunal~	04. 03.	3	60

Wasser(-)/wasser-

bücher, VO über die Führung der	03. 02.	2	31
entnahmeabgabe nach § 23 SächsWG, VO zur Änd VO	04. 03.	3	81

Wasserschutzgebiet(e)

vorläufige Festsetzung (Deschka-Zentendorf), VO vom 25.4.95	13. 08.	15	457
---	---------	----	-----

Zusammenlegung von Ämtern

Staatl. Liegenschaftsämter mit Staatshochbauämtern, Übertragung Zuständigkeiten	21. 12.	21	807
zur Regelung offener Vermögensfragen, Zweite VO	30. 04.	7	187

Zuständigkeit(en/s-)

Ämter für Ausbildungsförderung bei Studentenwerken, VO	16. 06.	14	417
auf dem Gebiet der Ernährungssicherstellung und Ernährungsvorsorge, Gesetz über die	30. 06.	12	340
auf dem Gebiet vertraglichen Rechtshilfe in Zivilsachen, VO	01. 10.	18	513
der Finanzämter, VO über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und	04. 03.	3	62
für Festsetzung, Anordnung ... Bezüge Bedienstete, Bek der Neufassung	31. 03.	5	127
für Festsetzung, Anordnung ... Bezüge Bedienstete, Neufassung VO	31. 03.	5	128
für Vollzug des Berufsrechts akademischer Heilberufe, Zweite VO zur Änd VO	31. 03.	5	131
gerichtliche und in Justizverwaltungssachen, VO SMJus	24. 06.	10	281
nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Sächsischen Straßengesetz, VO	15. 09.	16	481
verordnung BbergG, Änd VO	13. 08.	15	451
zum Vollzug Produktsicherheitsgesetzes	21. 12.	21	809

Mitteilung des SAXONIA Verlages

Wir liefern Ihnen für folgende Verlagsprodukte **Einbanddecken für den Jahrgang 1999:**

- Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Stückpreis: 13,30 DM (Netto)
- Sächsisches Amtsblatt
Stückpreis (2 Teile): 26,60 DM (Netto)
- Sonderdruck des Sächsischen Amtsblattes
Stückpreis: 13,30 DM (Netto)

Für Anfragen steht Ihnen Frau Stephan unter der Rufnummer (03 51) 4 87 43 66 zur Verfügung.

Ihre Bestellung richten Sie bitte direkt an den

SAXONIA Verlag für Recht,
Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden

Telefon: (03 51) 4 87 43 66
Fax: (03 51) 4 87 47 49
E-Mail: Verlag-Saxonia@t-online.de
Internet: <http://www.recht-sachsen.de>

Protokoll
zur Änderung des Europäischen Übereinkommens
über das grenzüberschreitende Fernsehen

Protocol
amending the European Convention
on Transfrontier Television

Protocole
amendant la Convention européenne
sur la Télévision Transfrontière

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe and the other Parties to the European Convention on Transfrontier Television, opened for signature in Strasbourg on 5 May 1989 (hereinafter referred to as "the Convention"),

Welcoming the fact that the enlargement of the membership of the Council of Europe since 1989 has led to the development and implementation at the pan-European level of the legal framework provided for under the Convention;

Considering the major technological and economic developments in the field of television broadcasting as well as the appearance of new communications services in Europe since the adoption of the Convention in 1989;

Noting that these developments call for a revision of the provisions of the Convention;

Bearing in mind, in this regard, the adoption by the European Community of Directive 97/36/EC of the European Parliament and of the Council of 19 June 1997 amending Council Directive 89/552/EEC on the coordination of certain provisions laid down by law, regulation or administrative action in member States concerning the pursuit of television broadcasting activities;

Considering the urgent need to amend certain provisions of the Convention in order to develop a coherent approach to transfrontier television between this instrument and the directive, as underlined in the Declaration on Media in a Democratic Society adopted by the Ministers of the States participating in the 4th European Ministerial Conference on Mass Media Policy (Prague, 7–8 December 1994) and in the political Declaration of the 5th European Ministerial

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les autres Parties à la Convention européenne sur la télévision transfrontière, ouverte à la signature à Strasbourg le 5 mai 1989 (ci-après dénommée «la Convention»),

Se félicitant du fait que l'élargissement de la composition du Conseil de l'Europe depuis 1989 a conduit au développement et à la mise en oeuvre au niveau paneuropéen du cadre juridique établi par la Convention;

Considérant les développements techniques et économiques importants intervenus dans le domaine de la radiodiffusion télévisée ainsi que l'apparition de nouveaux services de communication en Europe depuis l'adoption de la Convention en 1989;

Notant que ces développements nécessitent de revoir les dispositions de la Convention;

Ayant à l'esprit dans ce contexte l'adoption, au sein de la Communauté européenne, de la Directive 97/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 19 juin 1997 modifiant la Directive 89/552/CEE du Conseil visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des Etats membres relatives à l'exercice d'activités de radiodiffusion télévisuelle;

Considérant qu'il est nécessaire et urgent d'amender certaines dispositions de la Convention, afin de créer une approche cohérente de la télévision transfrontière entre cet instrument et la Directive, ainsi que cela a été souligné dans la Déclaration sur les médias dans une société démocratique adoptée par les ministres des Etats participant à la 4^e Conférence ministérielle européenne sur la politique des communications de masse (Prague,

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen (im Folgenden „das Übereinkommen“ genannt), das am 5. Mai 1989 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegt wurde,

begrüßend, dass die Erweiterung des Europarats seit 1989 zur Entwicklung und Anwendung des vom Übereinkommen vorgegebenen rechtlichen Rahmens auf pan-europäischer Ebene geführt hat;

in Erwägung der im Bereich des Fernsehens realisierten tief greifenden technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie dem Entstehen neuer Kommunikationsdienste in Europa seit Annahme des Übereinkommens 1989;

im Bewusstsein, dass diese Entwicklungen eine Überprüfung der Bestimmungen dieses Übereinkommens erfordern;

eingedenk der Annahme der Richtlinie 97/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juni 1997 zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität (im Folgenden „die Richtlinie“ genannt) in der Europäischen Gemeinschaft;

in der Erwägung, dass es notwendig und dringend ist, bestimmte Bestimmungen des Übereinkommens zu ändern, damit das grenzüberschreitende Fernsehen in dieser Urkunde und in der Richtlinie auf kohärente Weise behandelt wird, so wie es in der Erklärung über Medien in einer demokratischen Gesellschaft, die von den Ministern der an der 4. Europäischen Ministerkonferenz über die Massenkommunikationspolitik (Prag, 7. bis 8. Dezember

Conference (Thessaloniki, 11–12 December 1997);

Wishing to further develop the principles embodied in the Council of Europe Recommendations on the drawing up of strategies to combat smoking, alcohol and drug dependence in co-operation with opinion-makers and the media, on the right to short reporting on major events where exclusive rights for their television broadcast have been acquired in a transfrontier context and on the portrayal of violence in the electronic media which have been adopted within the framework of the Council of Europe since the Convention was adopted,

Have agreed as follows:

Article 1

The word "jurisdiction" in Article 8, paragraph 1 and in Article 16, paragraph 2 a in the French text, shall be replaced by the word "compétence".

Article 2

The word "advertisements" in Article 15, paragraphs 3 and 4, in the English text, shall be replaced by the word "advertising".

Article 3

The definition of "Broadcaster" in Article 2, paragraph c, shall be worded as follows:

"(c) 'Broadcaster' means the natural or legal person who has editorial responsibility for the composition of television programme services for reception by the general public and transmits them or has them transmitted, complete and unchanged, by a third party;"

Article 4

The definition of "Advertisement" in Article 2, paragraph f, shall be worded as follows:

"(f) 'Advertising' means any public announcement in return for payment or similar consideration or for self-promotional purposes, which is intended to promote the sale, purchase or rental of a product or service, to advance a cause or idea, or to bring about some other effect desired by the advertiser or the broadcaster itself;"

Article 5

A new paragraph g reading as follows shall be inserted in Article 2:

"(g) 'Tele-shopping' means direct offers broadcast to the public with a view to the supply of goods or services, including

7–8 décembre 1994) et dans la Déclaration politique de la 5^e Conférence ministérielle européenne (Thessalonique, 11–12 décembre 1997);

Désireux de développer les principes consacrés dans les Recommandations sur la mise au point de stratégies de lutte contre le tabagisme, l'abus d'alcool et la toxicomanie en coopération avec les faiseurs d'opinion et les médias, sur le droit aux extraits sur des événements majeurs faisant l'objet de droits d'exclusivité pour la radiodiffusion télévisée dans un contexte transfrontière et sur la représentation de la violence dans les médias électroniques, qui ont été adoptées au sein du Conseil de l'Europe depuis l'adoption de la Convention,

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Dans la version française, le mot «jurisdiction» dans l'article 8, paragraphe 1 et l'article 16, paragraphe 2 a, est remplacé par le mot «compétence».

Article 2

Dans la version anglaise, le mot «advertisements» dans l'article 15, paragraphes 3 et 4 est remplacé par le mot «advertising».

Article 3

La définition de «Radiodiffuseur» à l'article 2, paragraphe c, est libellée comme suit:

«c) «Radiodiffuseur» désigne la personne physique ou morale qui a la responsabilité éditoriale de la composition de services de programmes de télévision destinés à être reçus par le public en général et qui les transmet ou les fait transmettre par un tiers dans leur intégralité et sans aucune modification;».

Article 4

La définition de «Publicité» à l'article 2, paragraphe f, est libellée comme suit:

«f) «Publicité» désigne toute annonce publique diffusée moyennant rémunération ou toute contrepartie similaire ou dans un but d'autopromotion, en vue de stimuler la vente, l'achat ou la location d'un produit ou d'un service, de promouvoir une cause ou une idée, ou de produire quelque autre effet souhaité par l'annonceur ou par le radiodiffuseur lui-même;».

Article 5

Un nouveau paragraphe g, libellé comme suit, est inséré à l'article 2:

«g) «Télé-achat» désigne la diffusion d'offres directes au public en vue de la fourniture, moyennant paiement, de biens

1994) teilnehmenden Staaten angenommen wurde, und in der Politischen Erklärung der 5. Europäischen Ministerkonferenz (Thessaloniki, 11. bis 12. Dezember 1997) unterstrichen wurde;

im Bestreben zur Förderung der in den Empfehlungen, die vom Europarat seit der Annahme des Übereinkommens angenommen worden sind, festgelegten Grundsätze zur Ausarbeitung von Strategien für den Kampf gegen den Tabak-, Alkohol- und Drogenmissbrauch, gemeinsam mit den Meinungsmachern und den Medien, zum Recht auf Auszüge von wichtigen Ereignissen, bei denen Exklusivrechte für das Fernsehen in einem grenzüberschreitenden Zusammenhang bestehen, sowie zur Darstellung von Gewalt in den elektronischen Medien,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In der französischen Fassung wird der Begriff „jurisdiction“ in Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 16 Absatz 2 a) durch den Begriff „compétence“ ersetzt.

Artikel 2

In der englischen Fassung wird der Begriff „advertisements“ in Artikel 15 Absätze 3 und 4 durch den Begriff „advertising“ ersetzt.

Artikel 3

Die Definition von „Rundfunkveranstalter“ in Artikel 2 Absatz c) wird wie folgt formuliert:

„(...) bedeutet: c) „Rundfunkveranstalter“ die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die Zusammenstellung von Fernsehprogrammen trägt, welche für den Empfang durch die Allgemeinheit bestimmt sind und sie verbreitet oder vollständig und unverändert durch einen Dritten verbreiten lässt;“.

Artikel 4

Die Definition von „Werbung“ in Artikel 2 Absatz f) wird wie folgt formuliert:

„(...) bedeutet: f) „Werbung“ jede öffentliche Äußerung zur Förderung des Verkaufs, des Kaufs oder der Miete oder Pacht eines Erzeugnisses oder einer Dienstleistung, zur Unterstützung einer Sache oder Idee oder zur Erzielung einer anderen vom Werbetreibenden oder vom Rundfunkveranstalter selbst gewünschten Wirkung, gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder zur Eigenwerbung, gesendet wird;“.

Artikel 5

Ein neuer Absatz g), der wie folgt formuliert ist, wird in Artikel 2 eingefügt:

„(...) bedeutet: g) „Teleshopping“ Sendungen direkter Angebote an die Allgemeinheit für den Absatz von Waren oder die Erbrin-

immovable property, rights and obligations in return for payment;”.

Article 6

Article 2, paragraph g, shall be renumbered to Article 2, paragraph h.

Article 7

The following text shall replace Article 5:
“Article 5: Duties of the transmitting Parties

1. Each transmitting Party shall ensure that all programme services transmitted by a broadcaster within its jurisdiction comply with the terms of this Convention.

2. For the purposes of this Convention, a broadcaster within the jurisdiction of a Party is:

- a broadcaster who is deemed to be established in that Party according to paragraph 3;
- a broadcaster to whom paragraph 4 applies.

3. For the purposes of this Convention, a broadcaster shall be deemed to be established in a Party, hereinafter referred to as the ‘transmitting Party’ in the following cases:

- (a) the broadcaster has its head office in that Party and the decisions on programme schedules are taken in that Party;
- (b) if a broadcaster has its head office in one Party but decisions on programme schedules are taken in another Party, it shall be deemed to be established in the Party where a significant part of the workforce involved in the pursuit of the television broadcasting activity operates; if a significant part of the workforce involved in the pursuit of the television broadcasting activity operates in each of those Parties, the broadcaster shall be deemed to be established in the Party where it has its head office; if a significant part of the workforce involved in the pursuit of the television broadcasting activity operates in neither of those Parties, the broadcaster shall be deemed to be established in the Party where it first began broadcasting in accordance with the system of law of that Party, provided that it maintains a stable and effective link with the economy of that Party;
- (c) if a broadcaster has its head office in a Party but decisions on programme schedules are taken in a State which is not Party to this Convention, or vice-versa, it shall be deemed to be established in the Party concerned, provided that a significant part of the workforce involved in the pursuit of the television

ou de services, y compris les biens immeubles, les droits et les obligations;».

Article 6

L’article 2, paragraphe g, est renuméroté comme article 2, paragraphe h.

Article 7

Le texte suivant remplace l’article 5:

«Article 5: Engagements des Parties de transmission

1. Chaque Partie de transmission veille à ce que tous les services de programmes transmis par un radiodiffuseur relevant de sa compétence soient conformes aux dispositions de la présente Convention.

2. Aux fins de la présente Convention, relèvent de la compétence d’une Partie le radiodiffuseur:

- qui est considéré comme étant établi dans cette Partie conformément au paragraphe 3;
- auquel s’applique le paragraphe 4.

3. Aux fins de la présente Convention, un radiodiffuseur est considéré comme étant établi dans la Partie de transmission dans les cas suivants:

- a) le radiodiffuseur a son siège social effectif dans cette Partie et les décisions relatives à la programmation sont prises dans cette Partie;
- b) lorsqu’un radiodiffuseur a son siège social effectif dans une Partie, mais que les décisions relatives à la programmation sont prises dans une autre Partie, il est réputé être établi dans la Partie où opère une partie importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle; lorsqu’une partie importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère dans chacune de ces Parties, le radiodiffuseur est considéré être établi dans la Partie où il a son siège social effectif; lorsqu’une partie importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle n’opère dans aucune de ces Parties, le radiodiffuseur est réputé être considéré dans la première Partie où il a commencé à émettre conformément au droit de cette Partie, à condition qu’il maintienne un lien économique stable et réel avec cette Partie;
- c) lorsqu’un radiodiffuseur a son siège social effectif dans une Partie, mais que les décisions en matière de programmation sont prises dans un Etat qui n’est pas Partie à la présente Convention, ou vice-versa, il est considéré être établi dans la Partie en question si une partie importante des effectifs em-

gung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt;“.

Artikel 6

Artikel 2 Absatz g) wird neu als Artikel 2 Absatz h nummeriert.

Artikel 7

Der folgende Wortlaut ersetzt Artikel 5:

„Artikel 5: Pflichten der sendenden Vertragsparteien

(1) Jede sendende Vertragspartei sorgt dafür, dass alle Programme, die durch Rundfunkveranstalter unter ihrer Rechtshoheit verbreitet werden, den Bestimmungen dieses Übereinkommens entsprechen.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens unterliegt ein Rundfunkveranstalter der Rechtshoheit einer Vertragspartei,

- wenn er in Übereinstimmung mit Absatz 3 in dieser Vertragspartei als niedergelassen gilt;
- wenn Absatz 4 auf ihn Anwendung findet.

(3) Im Sinne dieses Übereinkommens gilt ein Rundfunkveranstalter in den folgenden Fällen in der sendenden Vertragspartei als niedergelassen:

- a) wenn der Rundfunkveranstalter seinen tatsächlichen Sitz in dieser Vertragspartei hat und die Entscheidungen bezüglich der Programmgestaltung in dieser Vertragspartei getroffen werden;
- b) wenn ein Rundfunkveranstalter seinen tatsächlichen Sitz in einer Vertragspartei hat, die Entscheidungen bezüglich der Programmgestaltung jedoch in einer anderen Vertragspartei getroffen werden, so gilt er in der Vertragspartei als niedergelassen, in der ein wesentlicher Teil der im Fernsbereich Beschäftigten in beiden Vertragsparteien tätig ist, gilt der Rundfunkveranstalter in der Vertragspartei als niedergelassen, in der er seinen tatsächlichen Sitz hat; wenn ein wesentlicher Teil der im Fernsbereich Beschäftigten in keiner der beiden Vertragsparteien tätig ist, gilt der Rundfunkveranstalter in der Vertragspartei als niedergelassen, in der er zuerst mit der Sendetätigkeit gemäß der Rechtsordnung dieser Vertragspartei begonnen hat, sofern eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft dieser Vertragspartei weiter besteht;
- c) wenn ein Rundfunkveranstalter seinen tatsächlichen Sitz in einer Vertragspartei hat, die Entscheidungen bezüglich der Programmgestaltung jedoch in einem Staat getroffen werden, der keine Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, oder wenn der umgekehrte Fall vorliegt, gilt er in der betref-

- broadcasting activity operates in that Party;
- (d) if, when applying the criteria of paragraph 3 of Article 2 of Directive 97/36/EC of the European Parliament and of the Council of 19 June 1997 amending Council Directive 89/552/EEC on the co-ordination of certain provisions laid down by law, regulation or administrative action in member States concerning the pursuit of television broadcasting activities, a broadcaster is deemed to be established in a member State of the European Community, that broadcaster shall also be deemed to be established in that State for the purposes of this Convention.
4. A broadcaster to whom the provisions of paragraph 3 is not applicable is deemed to be within the jurisdiction of a Party, so-called transmitting Party, in the following cases:
- (a) it uses a frequency granted by that Party;
- (b) although it does not use a frequency granted by a Party it does use a satellite capacity appertaining to that Party;
- (c) although it uses neither a frequency granted by a Party nor a satellite capacity appertaining to a Party it does use a satellite up-link situated in that Party.
5. If the transmitting Party cannot be determined according to paragraph 4, the Standing Committee shall consider this issue according to Article 21, indent a, of this Convention, in order to determine this Party.
6. This Convention shall not apply to television broadcasts intended exclusively for reception in States which are not Party to this Convention, and which are not received directly or indirectly by the public in one or more Parties."
- ployés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère dans cette Partie;
- d) si un radiodiffuseur est considéré comme étant établi dans un Etat membre de la Communauté européenne en application des critères du paragraphe 3 de l'article 2 de la Directive 97/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 19 juin 1997 modifiant la Directive 89/552/CEE du Conseil visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des Etats membres relatives à l'exercice d'activités de radiodiffusion télévisuelle, ce radiodiffuseur sera également considéré comme étant établi dans cet Etat aux fins de la présente Convention.
4. Un radiodiffuseur auquel ne s'applique pas le paragraphe 3 est réputé relever de la compétence de la Partie de transmission dans les cas suivants:
- a) s'il utilise une fréquence accordée par cette Partie;
- b) si, n'utilisant pas une fréquence accordée par une Partie, il utilise une capacité satellitaire relevant de cette Partie;
- c) si, n'utilisant ni une fréquence accordée par une Partie ni une capacité satellitaire relevant d'une Partie, il utilise une liaison montante vers un satellite, située dans cette Partie.
5. Dans le cas où le paragraphe 4 ne permettrait pas de désigner la Partie de transmission, le Comité permanent examine la question conformément à l'article 21, paragraphe 1, alinéa a, de la présente Convention, en vue de désigner cette Partie.
6. La présente Convention ne s'applique pas aux émissions télévisées exclusivement destinées à être captées dans les Etats qui ne sont pas Parties à la présente Convention et qui ne sont pas reçues directement ou indirectement par le public d'une ou de plusieurs Parties.»
- fenden Vertragspartei als niedergelassen, sofern ein wesentlicher Teil der im Fernsbereich Beschäftigten in dieser Vertragspartei tätig ist;
- d) wenn – unter Anwendung der Tatbestandsmerkmale von Artikel 2 Absatz 3 der Richtlinie 97/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juni 1997 zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordination bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität – ein Rundfunkveranstalter in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft als niedergelassen gilt, so gilt dieser Rundfunkveranstalter auch im Sinne dieses Übereinkommens in diesem Staat als niedergelassen.
- (4) In den folgenden Fällen gilt ein Rundfunkveranstalter, auf den Absatz 3 nicht Anwendung findet, als der Rechtsinhaber einer Vertragspartei – gleich einer sendenden Vertragspartei – unterworfen, wenn
- a) er eine von dieser Vertragspartei zugeleitete Frequenz nutzt;
- b) er zwar keine von dieser Vertragspartei zugeleitete Frequenz, aber eine Satellitenkapazität dieser Vertragspartei nutzt;
- c) er zwar weder eine von dieser Vertragspartei zugeleitete Frequenz noch eine Satellitenkapazität dieser Vertragspartei, aber eine Aufwärtsverbindung zu einem Satelliten nutzt, die sich in der betreffenden Vertragspartei befindet.
- (5) Wenn die sendende Vertragspartei anhand von Absatz 4 nicht bestimmt werden kann, prüft der Ständige Ausschuss die Frage gemäß Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a dieses Übereinkommens zum Zwecke der Bestimmung dieser Vertragspartei.
- (6) Dieses Übereinkommen betrifft nicht Fernsehsendungen, die ausschließlich für den Empfang in Staaten bestimmt sind, die nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, und die weder direkt noch indirekt von der Allgemeinheit in einer oder mehreren Vertragsparteien empfangen werden können."

Article 8

Article 8 shall have the following wording:

"Article 8: Right of reply

1. Each transmitting Party shall ensure that every natural or legal person, regardless of nationality or place of residence, shall have the opportunity to exercise a right of reply or to seek other comparable legal or administrative remedies relating to programmes transmitted by a broadcaster within its jurisdiction, within the meaning of Article 5. In particular, it shall ensure that timing and other arrangements for the exercise of the right of reply are such that this right can be effectively exercised. The effective exercise of this right or other com-

Article 8

L'article 8 est libellé comme suit:

«Article 8: Droit de réponse

1. Chaque Partie de transmission s'assure que toute personne physique ou morale, quelle que soit sa nationalité ou son lieu de résidence, puisse exercer un droit de réponse ou avoir accès à un autre recours juridique ou administratif comparable à l'égard des émissions transmises par un radiodiffuseur relevant de sa compétence, au sens de l'article 5. Elle veille notamment à ce que le délai et les autres modalités prévues pour l'exercice du droit de réponse soient suffisants pour permettre l'exercice effectif de ce droit.

Artikel 8

Artikel 8 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 8: Recht auf Gegendarstellung

(1) Jede sendende Vertragspartei stellt sicher, dass jede natürliche oder juristische Person ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Wohnorts beziehungsweise Sitzes die Möglichkeit hat, im Hinblick auf Sendungen, die durch einen ihrer Rechtsinhaber im Sinne des Artikels 5 unterliegenden Rundfunkveranstalter verbreitet werden, ein Recht auf Gegendarstellung auszuüben oder andere vergleichbare gerichtliche oder verwaltungsrechtliche Mittel in Anspruch zu nehmen. Sie sorgt insbesondere dafür, dass die für die Ausübung des

parable legal or administrative remedies shall be ensured both as regards the timing and the modalities.

2. For this purpose, the name of the programme service or of the broadcaster responsible for this programme service shall be identified in the programme service itself, at regular intervals by appropriate means."

Article 9

The following text shall replace Article 9:
"Article 9: Access of the public to information

Each Party shall examine and, where necessary, take legal measures such as introducing the right to short reporting on events of high interest for the public to avoid the right of the public to information being undermined due to the exercise by a broadcaster within its jurisdiction of exclusive rights for the transmission or retransmission, within the meaning of Article 3, of such an event."

Article 10

A new Article 9^{bis}, worded as follows, shall be inserted:

"Article 9^{bis}: Access of the public to events of major importance

1. Each Party retains the right to take measures to ensure that a broadcaster within its jurisdiction does not broadcast on an exclusive basis events which are regarded by that Party as being of major importance for society in such a way as to deprive a substantial proportion of the public in that Party of the possibility of following such events by live coverage or deferred coverage on free television. If it does so, the Party concerned may have recourse to the drafting of a list of designated events which it considers to be of major importance for society.

2. Parties shall ensure by appropriate means, respecting the legal guarantees granted by the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms as well as, where appropriate, the national constitution, that a broadcaster within their jurisdiction does not exercise the exclusive rights purchased by that broadcaster following the date of entry into force of the Protocol amending the European Convention on Transfrontier Television in such a way that a substantial proportion of the public in another Party is deprived of the possibility of following events which are designated by that other

L'exercice effectif de ce droit ou d'autres recours juridiques ou administratifs comparables doit être assuré tant du point de vue des délais que pour ce qui est des modalités d'application.

2. A cet effet, le nom du service de programmes ou celui du radiodiffuseur responsable de ce service de programmes est identifié dans le service de programmes même, à intervalles réguliers par toutes indications appropriées.»

Article 9

Le texte suivant remplace l'article 9:
«Article 9: Accès du public à l'information

Chaque Partie examine et, si nécessaire, prend des mesures juridiques telles que l'introduction du droit aux extraits sur des événements d'un grand intérêt pour le public, afin d'éviter que le droit du public à l'information ne soit remis en cause du fait de l'exercice, par un radiodiffuseur relevant de sa compétence, de droits exclusifs pour la transmission ou la retransmission, au sens de l'article 3, d'un tel événement.»

Article 10

Un nouvel article 9^{bis}, libellé comme suit, est inséré:

«Article 9^{bis}: Accès du public à des événements d'importance majeure

1. Chaque Partie conserve le droit de prendre des mesures pour assurer qu'un radiodiffuseur relevant de sa compétence ne retransmet pas d'une manière exclusive des événements qu'elle juge d'une importance majeure pour la société d'une façon qui prive une partie substantielle du public de cette Partie de la possibilité de suivre ces événements en direct ou en différé sur une télévision à accès libre. Dans ce contexte, la Partie concernée peut avoir recours à l'établissement d'une liste des événements désignés qu'elle juge d'une importance majeure pour la société.

2. Les Parties s'assurent par les moyens appropriés, en respectant les garanties juridiques offertes par la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales et, le cas échéant, par la constitution nationale, qu'un radiodiffuseur relevant de leur compétence exerce les droits exclusifs qu'il a achetés après la date d'entrée en vigueur du Protocole d'amendement à la Convention européenne sur la télévision transfrontière de manière à ne pas priver une partie importante du public d'une autre Partie de la possibilité de suivre, intégralement ou partiellement en direct, ou si nécessaire ou

Rechts auf Gegendarstellung vorgesehener Fristen und sonstigen Modalitäten so gestaltet sind, dass dieses Recht wirksam ausgeübt werden kann. Die wirksame Inanspruchnahme dieses Rechts oder anderer vergleichbarer gerichtlicher oder verwaltungsrechtlicher Mittel wird sowohl hinsichtlich der Fristen als auch hinsichtlich der Anwendungsmodalitäten gewährleistet.

(2) Zu diesem Zweck wird der Name des Programms oder der Name des Rundfunkveranstalters, der für das Programm verantwortlich ist, darin in regelmäßigen Abständen in geeigneter Weise angegeben."

Artikel 9

Der folgende Wortlaut ersetzt Artikel 9:
„Artikel 9: Zugang der Allgemeinheit zu Informationen

Jede Vertragspartei prüft und ergreift gegebenenfalls die geeigneten rechtlichen Maßnahmen, wie die Einführung des Rechts auf Auszüge von Ereignissen von großem Interesse für die Allgemeinheit, mit denen vermieden werden soll, das Recht der Allgemeinheit auf Information dadurch in Frage zu stellen, dass ein ihrer Rechthoheit unterliegender Rundfunkveranstalter Exklusivrechte zur Verbreitung oder Weiterverbreitung im Sinne des Artikels 3 bei solchen Ereignissen ausübt."

Artikel 10

Ein neuer Artikel 9a, der wie folgt formuliert ist, wird eingefügt:

„Artikel 9a: Zugang der Allgemeinheit zu Ereignissen von erheblicher Bedeutung

(1) Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass ein ihrer Rechthoheit unterliegender Rundfunkveranstalter Exklusivrechte zur Weiterverbreitung von Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung nicht so ausübt, dass einem wesentlichen Teil der Allgemeinheit in dieser Vertragspartei die Möglichkeit genommen wird, diese Ereignisse direkt oder zeitversetzt im frei zugänglichen Fernsehen zu verfolgen. In diesem Zusammenhang kann die betreffende Vertragspartei von solchen Ereignissen, denen sie eine erhebliche gesellschaftliche Bedeutung beimisst, eine Liste erstellen.

(2) Die Vertragsparteien stellen mit angemessenen Mitteln und mit Rücksicht auf die von der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und, soweit gegebenenfalls, von der nationalen Verfassung gewährten Rechtsgarantien sicher, dass ein ihrer Rechthoheit unterliegender Rundfunkveranstalter, die von ihm nach dem Inkrafttreten des Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen erworbenen Exklusivrechte nicht in der Weise ausübt, dass einem bedeutenden Teil der Allgemeinheit in einer anderen Vertragspartei die Möglichkeit

Party, via whole or partial live coverage, or where necessary or appropriate for objective reasons in the public interest, whole or partial deferred coverage on free television as determined by that other Party under paragraph 1, respecting the following requirements:

- (a) the Party implementing the measures referred to in paragraph 1 shall draw up a list of national or non-national events which are considered by that Party as being of major importance for society;
- (b) the Party shall do so in a clear and transparent manner in due and effective time;
- (c) the Party shall determine whether these events shall be available via whole or partial live coverage, or where necessary or appropriate for objective reasons in the public interest, whole or partial deferred coverage;
- (d) the measures taken by the Party drawing up the list shall be proportionate and as detailed as necessary to enable other Parties to take measures referred to in this paragraph;
- (e) the Party drawing up the list shall notify the list and the corresponding measures to the Standing Committee, the time limit for which shall be fixed by the Standing Committee;
- (f) the measures taken by the Party drawing up the list shall be within the limitations of the guidelines of the Standing Committee referred to in paragraph 3 and the Standing Committee must have given a positive opinion on the measures.

Measures based on this paragraph shall apply only to those events published by the Standing Committee in the annual list referred to in paragraph 3 and to those exclusive rights purchased after the entry into force of this amending Protocol.

3. Once a year the Standing Committee shall:

- (a) publish a consolidated list of the enlisted events and corresponding measures notified by Parties in accordance with paragraph 2 e;
- (b) draw up guidelines to be adopted by a majority of three quarters of the members in addition to the requirements listed up in paragraph 2 a to e in order to

approprié pour des raisons objectives d'intérêt général, intégralement ou partiellement en différé, sur une télévision à accès libre, selon les dispositions prises par cette autre Partie en application du paragraphe 1, les événements que cette autre Partie a désignés en respectant les exigences suivantes:

- a) la Partie mettant en oeuvre les mesures mentionnées au paragraphe 1 établit une liste d'événements, nationaux ou non nationaux, qu'elle juge d'une importance majeure pour la société;
- b) la Partie établit cette liste selon une procédure claire et transparente, en temps opportun et utile;
- c) la Partie détermine si ces événements doivent être transmis intégralement ou partiellement en direct ou, si nécessaire ou approprié pour des raisons objectives d'intérêt général, transmis intégralement ou partiellement en différé;
- d) les mesures prises par la Partie qui établit la liste sont proportionnées et aussi détaillées que nécessaire afin de permettre aux autres Parties de prendre les mesures mentionnées dans ce paragraphe;
- e) la Partie établissant la liste communiqué au Comité permanent cette liste et les mesures correspondantes dans un délai fixé par le Comité permanent;
- f) les mesures prises par la Partie établissant la liste entrent dans le cadre des limitations indiquées dans les lignes directrices du Comité permanent mentionnées au paragraphe 3, et ont reçu un avis favorable du Comité permanent.

Les mesures se rapportant à ce paragraphe ne s'appliquent qu'aux événements publiés par le Comité permanent dans la liste annuelle mentionnée au paragraphe 3 et aux droits d'exclusivité acquis après l'entrée en vigueur du présent Protocole d'amendement.

3. Une fois par an, le Comité permanent:

- a) publie une liste consolidée des événements désignés et des mesures correspondantes communiqués par les Parties conformément au paragraphe 2 e;
- b) établit des lignes directrices adoptées à la majorité des troisquarts des membres en complément aux conditions énumérées au paragraphe 2 a à e

vorenthalten wird, die von dieser anderen Vertragspartei unter Berücksichtigung der unten stehenden Anforderungen bezeichneten Ereignisse als direkte Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, sofern im öffentlichen Interesse aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen, als zeitversetzte Gesamt- oder Teilberichterstattung im frei zugänglichen Fernsehen zu verfolgen, wie dies von der anderen Vertragspartei gemäß Absatz 1 festgelegt worden ist:

- a) die Vertragspartei, welche die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen trifft, erstellt eine Liste nationaler oder internationaler Ereignisse, die sie als von gesellschaftlich erheblicher Bedeutung erachtet;
- b) die Vertragspartei erstellt diese Liste rechtzeitig in einem klaren und nachvollziehbaren Verfahren;
- c) die Vertragspartei bestimmt, ob diese Ereignisse im Wege direkter Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, sofern im öffentlichen Interesse aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen im Wege zeitversetzter Gesamt- oder Teilberichterstattung verfügbar sein sollen;
- d) die von der Vertragspartei, welche die Liste erstellt, getroffenen Maßnahmen haben verhältnismäßig und so detailliert wie nötig zu sein, um es den anderen Vertragsparteien zu ermöglichen, die in diesem Absatz erwähnten Maßnahmen zu ergreifen;
- e) die Vertragspartei, welche die Liste erstellt, teilt dem Ständigen Ausschuss diese Liste und die entsprechenden Maßnahmen in einer vom Ständigen Ausschuss festgelegten Frist mit;
- f) die von der Vertragspartei, welche die Liste erstellt, getroffenen Maßnahmen fallen in den Rahmen der Beschränkungen, die in den in Absatz 3 erwähnten Richtlinien des Ständigen Ausschusses festgelegt sind, und der Ständige Ausschuss muss eine positive Stellungnahme zu den Maßnahmen abgeben haben.

Maßnahmen aufgrund dieses Absatzes finden nur Anwendung auf die vom Ständigen Ausschuss in der in Absatz 3 erwähnten jährlichen Liste veröffentlichten Ereignisse sowie auf die nach dem Inkrafttreten dieses Änderungsprotokolls erworbenen Exklusivrechte.

(3) Einmal jährlich hat der Ständige Ausschuss:

- a) eine konsolidierte Liste der bezeichneten Ereignisse und entsprechenden Maßnahmen, die von den Vertragsparteien in Übereinstimmung mit Absatz 2 e) mitgeteilt worden sind, zu veröffentlichen;
- b) mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder Richtlinien, zusätzlich zu den in Absatz 2 a) bis e) aufgeführten Bedingungen aufzustellen, damit Abweichungen

avoid differences between the implementation of this Article and that of corresponding European Community provisions."

Article 11

Paragraph 1 of Article 10 shall have the following wording:

"1. Each transmitting Party shall ensure, where practicable and by appropriate means, that a broadcaster within its jurisdiction reserves for European works a majority proportion of its transmission time, excluding the time appointed to news, sports events, games, advertising, teletext services and tele-shopping. This proportion, having regard to the broadcaster's informational, educational, cultural and entertainment responsibilities to its viewing public, should be achieved progressively, on the basis of suitable criteria."

Article 12

Paragraph 4 of Article 10 shall have the following wording:

"4. The Parties shall ensure that a broadcaster within their jurisdiction does not broadcast cinematographic works outside periods agreed with the rights holders."

Article 13

A new Article 10^{bis} reading as follows shall be inserted:

"Article 10^{bis}: Media pluralism

The Parties, in the spirit of co-operation and mutual assistance which underlies this Convention, shall endeavour to avoid that programme services transmitted or retransmitted by a broadcaster or any other legal or natural persons within their jurisdiction, within the meaning of Article 3, endanger media pluralism."

Article 14

The heading of Chapter III shall read as follows:

"Advertising and tele-shopping".

Article 15

Article 11 shall have the following wording:

"1. Advertising and tele-shopping shall be fair and honest.

2. Advertising and tele-shopping shall not be misleading and shall not prejudice the interests of consumers.

3. Advertising and tele-shopping addressed to or using children shall avoid anything likely to harm their interests and

afin d'éviter des différences entre la mise en oeuvre de cet article et celle des dispositions correspondantes du droit communautaire.»

Article 11

Le paragraphe 1 de l'article 10 est libellé comme suit:

«1. Chaque Partie de transmission veille, chaque fois que cela est réalisable et par des moyens appropriés, à ce qu'un radiodiffuseur relevant de sa compétence réserve à des oeuvres européennes une proportion majoritaire de son temps de transmission, à l'exclusion du temps consacré aux informations, à des manifestations sportives, à des jeux, à la publicité, aux services de télétexte et au télé-achat. Cette proportion, compte tenu des responsabilités du radiodiffuseur à l'égard de son public en matière d'information, d'éducation, de culture et de divertissement, devra être obtenue progressivement sur la base de critères appropriés.»

Article 12

Le paragraphe 4 de l'article 10 est libellé comme suit:

«4. Les Parties veillent à ce qu'un radiodiffuseur qui relève de leur compétence ne diffuse pas d'oeuvres cinématographiques en dehors des délais convenus avec les ayants droit.»

Article 13

Un nouvel article 10^{bis}, libellé comme suit, est inséré:

«Article 10^{bis}: Pluralisme des médias

Dans l'esprit de coopération et d'entraide qui sous-tend la présente Convention, les Parties s'efforcent d'éviter que les services de programmes transmis ou retransmis par un radiodiffuseur ou par d'autres personnes physiques ou morales relevant de leur compétence, au sens de l'article 3, ne mettent en danger le pluralisme des médias.»

Article 14

Le titre du chapitre III se lit comme suit:

«Publicité et Télé-Achat».

Article 15

L'article 11 est libellé comme suit:

«1. Toute publicité et tout télé-achat doivent être loyaux et honnêtes.

2. La publicité et le télé-achat ne doivent pas être trompeurs ni porter atteinte aux intérêts des consommateurs.

3. La publicité et le télé-achat destinés aux enfants ou faisant appel à des enfants doivent éviter de porter préjudice aux inté-

zwischen der Umsetzung dieses Artikels und der im Gemeinschaftsrecht geltenden Bestimmungen vermieden werden."

Artikel 11

Artikel 10 Absatz 1 wird wie folgt formuliert:

„(1) Jede sendende Vertragspartei sorgt im Rahmen des praktisch Durchführbaren und mit angemessenen Mitteln dafür, dass ein Rundfunkveranstalter in ihrer Rechtshoheit den Hauptanteil seiner Sendezeit europäischen Werken vorbehält; ausgenommen ist die für Nachrichten, Sportereignisse, Spielschows, Werbung, Teletext- oder Teleshopping-Dienste vorgesehene Sendezeit. Dieser Anteil soll unter Berücksichtigung der Verantwortung des Rundfunkveranstalters gegenüber seinem Publikum in den Bereichen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung schrittweise auf der Grundlage geeigneter Kriterien erreicht werden.“

Artikel 12

Artikel 10 Absatz 4 wird wie folgt formuliert:

„(4) Die Vertragsparteien sorgen dafür, dass ein ihrer Rechtshoheit unterliegender Rundfunkveranstalter Kinofilme nur nach Ablauf der mit den Rechteinhabern vereinbarten Fristen verbreitet.“

Artikel 13

Ein neuer Artikel 10a, der wie folgt formuliert ist, wird eingefügt:

„Artikel 10a: Medienvielfalt

Die Vertragsparteien bemühen sich im Geiste der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung, der diesem Übereinkommen zugrunde liegt, zu vermeiden, dass Programme, die durch einen Rundfunkveranstalter oder andere natürliche oder juristische Personen unter ihrer Rechtshoheit im Sinne des Artikels 3 verbreitet oder weiterverbreitet werden, die Medienvielfalt gefährden.“

Artikel 14

Der Titel von Kapitel III heißt neu wie folgt:

„Werbung und Teleshopping“.

Artikel 15

Artikel 11 wird wie folgt formuliert:

„(1) Werbung und Teleshopping müssen fair und ehrlich sein.

(2) Werbung und Teleshopping dürfen nicht irreführen und den Interessen der Verbraucher nicht schaden.

(3) Werbung und Teleshopping, die sich an Kinder richten oder Kinder einsetzen, müssen alles vermeiden, was deren Inter-

shall have regard to their special susceptibilities.

4. Tele-shopping shall not exhort minors to contract for the sale or rental of goods and services.

5. The advertiser shall not exercise any editorial influence over the content of programmes."

Article 16

Article 12 shall have the following wording:

"Article 12: Duration

1. The proportion of tele-shopping spots, advertising spots and other forms of advertising, with the exception of tele-shopping windows within the meaning of paragraph 3, shall not exceed 20 % of the daily transmission time. The transmission time for advertising spots shall not exceed 15 % of the daily transmission time.

2. The proportion of advertising spots and tele-shopping spots within a given clock hour shall not exceed 20 %.

3. Windows devoted to tele-shopping programmes broadcast within programme services which are not exclusively devoted to tele-shopping shall be of a minimum uninterrupted duration of 15 minutes. The maximum number of windows per day shall be eight. Their overall duration shall not exceed three hours per day. They must be clearly identified by optical and acoustic means.

4. For the purposes of this Article, advertising shall not include:

- announcements made by the broadcaster in connection with its own programmes and ancillary products directly derived from those programmes;
- announcements in the public interest and charity appeals broadcast free of charge."

Article 17

Article 13 shall have the following wording:

"Article 13: Form and presentation

1. Advertising and tele-shopping shall be clearly distinguishable as such and recognisably separate from the other items of the programme service by optical and/or acoustic means. In principle, advertising and tele-shopping spots shall be transmitted in blocks.

2. Advertising and tele-shopping shall not use subliminal techniques.

3. Surreptitious advertising and tele-shopping shall not be allowed, in particular

rêts de ces derniers et tenir compte de leur sensibilité particulière.

4. Le télé-achat ne doit pas inciter les mineurs à conclure des contrats pour la vente ou la location de biens et de services.

5. L'annonceur ne doit exercer aucune influence éditoriale sur le contenu des émissions.»

Article 16

L'article 12 est libellé comme suit:

«Article 12: Durée

1. Le temps de transmission consacré aux spots de télé-achat, aux spots publicitaires et aux autres formes de publicité, à l'exclusion des fenêtres d'exploitation consacrées au télé-achat au sens du paragraphe 3, ne doit pas dépasser 20 % du temps de transmission quotidien. Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires ne doit pas dépasser 15 % du temps de transmission quotidien.

2. Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires et aux spots de télé-achat à l'intérieur d'une heure d'horloge donnée ne doit pas dépasser 20 %.

3. Les fenêtres d'exploitation pour les émissions de télé-achat diffusées à l'intérieur d'un service de programmes non exclusivement consacré au télé-achat doivent avoir une durée minimale et ininterrompue de quinze minutes. Le nombre maximal de fenêtres d'exploitation est de huit par jour. Leur durée totale ne doit pas dépasser trois heures par jour. Elles doivent être clairement identifiables par des moyens optiques et acoustiques.

4. Aux fins du présent article, la publicité n'inclut pas:

- les messages diffusés par le radiodiffuseur en ce qui concerne ses propres programmes et les produits connexes directement dérivés de ces programmes;
- les messages d'intérêt public et les appels en faveur d'oeuvres de bienfaisance diffusés gratuitement.»

Article 17

L'article 13 est libellé comme suit:

«Article 13: Forme et présentation

1. La publicité et le télé-achat doivent être clairement identifiables en tant que tels et clairement séparés des autres éléments du service de programmes par des moyens optiques et/ou acoustiques. En principe, les spots de publicité et de télé-achat doivent être groupés en écrans.

2. La publicité et le télé-achat ne doivent pas utiliser de techniques subliminales.

3. La publicité et le télé-achat clandestins sont interdits, en particulier la présen-

essen schaden könnte, und müssen deren besondere Beeindruckbarkeit berücksichtigen.

(4) Teleshopping darf Minderjährige nicht dazu anregen, Verträge für den Kauf oder die Miete oder Pacht von Erzeugnissen oder für die Erbringung von Dienstleistungen abzuschließen.

(5) Ein Werbetreibender darf keinen redaktionellen Einfluss auf den Programm-inhalt ausüben."

Artikel 16

Artikel 12 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 12: Dauer

(1) Die Dauer der Werbe- und Teleshopping-Spots und anderen Werbeformen darf, mit Ausnahme der für das Teleshopping im Sinne von Absatz 3 vorgesehenen Fenster, 20 % der täglichen Sendezeit nicht überschreiten. Die Dauer der Spotwerbung darf 15 % der täglichen Sendezeit nicht überschreiten.

(2) Die Dauer der Werbe- und Teleshopping-Spots innerhalb eines Einstundenzeitraums, gerechnet ab einer vollen Stunde, darf 20 % nicht überschreiten.

(3) Die Teleshopping-Fenster innerhalb eines Programms, das nicht ausschließlich für das Teleshopping vorgesehen ist, müssen eine ununterbrochene Zeitspanne von mindestens 15 Minuten umfassen. Pro Tag sind höchstens acht solcher Fenster zulässig. Ihre gesamte Dauer darf drei Stunden täglich nicht überschreiten. Sie müssen durch optische und akustische Mittel eindeutig als solche erkennbar sein.

(4) Im Sinne dieses Artikels gilt nicht als Werbung:

- vom Rundfunkveranstalter verbreitete Hinweise auf eigene Programme und auf Begleitmaterialien, die direkt von diesen Programmen abgeleitet sind;
- Hinweise im öffentlichen Interesse und kostenlose Spendenaufrufe zu Wohlfahrtszwecken."

Artikel 17

Artikel 13 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 13: Form und Aufmachung

(1) Werbung und Teleshopping müssen klar als solche erkennbar und durch optische und/oder akustische Mittel eindeutig von anderen Programmteilen getrennt sein. Grundsätzlich werden Werbe- und Teleshopping-Spots in Blöcken gesendet.

(2) Unterschwellige Werbung und unter-schwelliges Teleshopping sind verboten.

(3) Schleichwerbung und -teleshopping, insbesondere die Darstellung von Erzeug-

the presentation of products or services in programmes when it serves advertising purposes.

4. Advertising and tele-shopping shall not feature, visually or orally, persons regularly presenting news and current affairs programmes."

Article 18

The following text shall replace Article 14:

"Article 14: Insertion of advertising and tele-shopping

1. Advertising and tele-shopping shall be inserted between programmes. Provided the conditions contained in paragraphs 2 to 5 of this Article are fulfilled, advertising and tele-shopping spots may also be inserted during programmes in such a way that the integrity and value of the programme and the rights of the rights holders are not prejudiced.

2. In programmes consisting of autonomous parts, or in sports programmes and similarly structured events and performances containing intervals, advertising and tele-shopping spots shall only be inserted between the parts or in the intervals.

3. The transmission of audiovisual works such as feature films and films made for television (excluding series, serials, light entertainment programmes and documentaries), provided their scheduled duration is more than forty-five minutes, may be interrupted once for each complete period of forty-five minutes. A further interruption is allowed if their scheduled duration is at least twenty minutes longer than two or more complete periods of forty-five minutes.

4. Where programmes, other than those covered by paragraph 2, are interrupted by advertising or tele-shopping spots, a period of at least twenty minutes should elapse between each successive advertising or tele-shopping break within the programme.

5. Advertising and tele-shopping shall not be inserted in any broadcast of a religious service. News and current affairs programmes, documentaries, religious programmes, and children's programmes, when their scheduled duration is less than thirty minutes, shall not be interrupted by advertising or tele-shopping. If their scheduled duration is thirty minutes or longer, the provisions of the previous paragraphs shall apply."

Article 19

The heading of Article 15 and paragraphs 1 to 2 a of this Article shall have the following wording:

tation de produits ou de services dans les émissions, lorsque celle-ci est faite dans un but publicitaire.

4. La publicité et le télé-achat ne doivent pas faire appel, ni visuellement ni oralement, à des personnes présentant régulièrement les journaux télévisés et les magazines d'actualités.»

Article 18

Le texte suivant remplace l'article 14:

«Article 14: Insertion de publicité et de télé-achat

1. La publicité et le télé-achat doivent être insérés entre les émissions. Sous réserve des conditions fixées aux paragraphes 2 à 5 du présent article, la publicité et les spots de télé-achat peuvent également être insérés pendant les émissions, de façon à ne pas porter atteinte à l'intégrité et à la valeur des émissions, et de manière qu'il ne soit pas porté préjudice aux droits des ayants droit.

2. Dans les émissions composées de parties autonomes ou dans les émissions sportives et les événements et spectacles de structure similaire comprenant des intervalles, la publicité et les spots de télé-achat ne peuvent être insérés qu'entre les parties autonomes ou dans les intervalles.

3. La transmission d'oeuvres audiovisuelles telles que les longs métrages cinématographiques et les films conçus pour la télévision (à l'exclusion des séries, des feuilletons, des émissions de divertissement et des documentaires), à condition que leur durée programmée soit supérieure à quarante-cinq minutes, peut être interrompue une fois par tranche complète de quarante-cinq minutes. Une autre interruption est autorisée si leur durée programmée est supérieure d'au moins vingt minutes à deux ou plusieurs tranches complètes de quarante-cinq minutes.

4. Lorsque des émissions autres que celles couvertes par le paragraphe 2 sont interrompues par de la publicité ou par des spots de télé-achat, une période d'au moins vingt minutes devrait s'écouler entre chaque interruption successive à l'intérieur des émissions.

5. La publicité et le télé-achat ne peuvent être insérés dans les diffusions de services religieux. Les journaux télévisés, les magazines d'actualités, les documentaires, les émissions religieuses et les émissions pour enfants dont la durée programmée est inférieure à trente minutes ne peuvent être interrompus par la publicité ou le télé-achat. Lorsqu'ils ont une durée programmée d'au moins trente minutes, les dispositions des paragraphes précédents s'appliquent.»

Article 19

Le titre de l'article 15 et les paragraphes 1 à 2a de cet article sont libellés comme suit:

nissen oder Dienstleistungen in Sendungen zu Werbezwecken, sind verboten.

(4) In der Werbung oder im Teleshopping dürfen weder im Bild noch im Ton Personen auftreten, die regelmäßig Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen vorstellen."

Artikel 18

Der folgende Wortlaut ersetzt Artikel 14:

„Artikel 14: Einfügung der Werbung und des Teleshoppings

(1) Werbung und Teleshopping werden zwischen Sendungen eingefügt. Unter den in den Absätzen 2 bis 5 genannten Voraussetzungen können Werbe- und Teleshopping-Spots auch in Sendungen eingefügt werden, sofern der Gesamtzusammenhang und der Wert der Sendung sowie die Rechte der Rechteinhaber nicht beeinträchtigt werden.

(2) In Sendungen, die aus eigenständigen Teilen bestehen, oder in Sportsendungen und Übertragungen ähnlich gegliederter Ereignisse und Darbietungen, die Pausen enthalten, dürfen Werbe- und Teleshopping-Spots nur zwischen den eigenständigen Teilen oder in den Pausen eingefügt werden.

(3) Die Verbreitung audiovisueller Werke wie Kinospielefilme und Fernsehfilme (mit Ausnahme von Serien, Reihen, leichten Unterhaltungssendungen und Dokumentarsendungen) darf unter der Voraussetzung, dass diese länger dauern als 45 Minuten, einmal je vollständigem 45-Minuten-Zeitraum unterbrochen werden. Eine weitere Unterbrechung ist zulässig, wenn diese Werke mindestens 20 Minuten länger dauern als zwei oder mehr vollständige 45-Minuten-Zeiträume.

(4) Werden andere als die von Absatz 2 erfassten Sendungen durch Werbe- oder Teleshopping-Spots unterbrochen, so soll der Abstand zwischen zwei aufeinanderfolgenden Unterbrechungen innerhalb der Sendung mindestens 20 Minuten betragen.

(5) Die Übertragung von Gottesdiensten darf nicht durch Werbung oder durch Teleshopping unterbrochen werden. Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen, Dokumentarsendungen, Sendungen religiösen Inhalts und Kindersendungen dürfen nicht durch Werbung oder durch Teleshopping unterbrochen werden, wenn sie kürzer als 30 Minuten sind. Dauern sie 30 Minuten oder länger, so gelten die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4."

Artikel 19

Der Titel des Artikels 15 und die Absätze 1 und 2 a werden wie folgt formuliert:

„Article 15: Advertising and tele-shopping of particular products

1. Advertising and tele-shopping for tobacco products shall not be allowed.

2. Advertising and tele-shopping for alcoholic beverages of all varieties shall comply with the following rules:

(a) they shall not be addressed particularly to minors and no one associated with the consumption of alcoholic beverages in advertising or tele-shopping should seem to be a minor;“.

Article 20

In the French text, Article 15, paragraph 2, sub-paragraphs b to e, shall be worded as follows:

„(b) ils ne doivent pas associer la consommation de l'alcool à des performances physiques ou à la conduite automobile;

(c) ils ne doivent pas suggérer que les boissons alcoolisées sont dotées de propriétés thérapeutiques ou qu'elles ont un effet stimulant, sédatif, ou qu'elles peuvent résoudre des problèmes personnels;

(d) ils ne doivent pas encourager la consommation immodérée de boissons alcoolisées ou donner une image négative de l'abstinence ou de la sobriété;

(e) ils ne doivent pas souligner indûment la teneur en alcool des boissons.“

Article 21

A new paragraph 5 reading as follows shall be inserted in Article 15:

„5. Tele-shopping for medicines and medical treatment shall not be allowed.“

Article 22

Article 16 will have the following wording:

„Article 16: Advertising and tele-shopping directed specifically at a single Party

1. In order to avoid distortions in competition and endangering the television system of a Party, advertising and tele-shopping which are specifically and with some frequency directed to audiences in a single Party other than the transmitting Party shall not circumvent the television advertising and tele-shopping rules in that particular Party.

«Article 15: Publicité et télé-achat pour certains produits

1. La publicité et le télé-achat pour les produits du tabac sont interdits.

2. La publicité et le télé-achat pour les boissons alcoolisées de toutes sortes sont soumis aux règles suivantes:

a) ils ne doivent pas s'adresser particulièrement aux mineurs et aucune personne pouvant être considérée comme mineur ne doit y être associée à la consommation de boissons alcoolisées;».

Article 20

Dans la version française, l'article 15, paragraphe 2, sous-paragraphe b à e est libellé comme suit:

«b) ils ne doivent pas associer la consommation de l'alcool à des performances physiques ou à la conduite automobile;

c) ils ne doivent pas suggérer que les boissons alcoolisées sont dotées de propriétés thérapeutiques ou qu'elles ont un effet stimulant, sédatif, ou qu'elles peuvent résoudre des problèmes personnels;

d) ils ne doivent pas encourager la consommation immodérée de boissons alcoolisées ou donner une image négative de l'abstinence ou de la sobriété;

e) ils ne doivent pas souligner indûment la teneur en alcool des boissons.»

Article 21

Un nouveau paragraphe 5, libellé comme suit, est inséré à l'article 15:

«5. Le télé-achat pour les médicaments et les traitements médicaux est interdit.»

Article 22

L'article 16 est libellé comme suit:

«Article 16: Publicité et télé-achat s'adressant spécifiquement à une seule Partie

1. Afin d'éviter des distorsions de concurrence et la mise en péril du système télévisuel d'une Partie, la publicité et le télé-achat dirigés spécifiquement et fréquemment vers l'audience d'une seule Partie autre que la Partie de transmission ne doivent pas contourner les règles relatives à la publicité télévisée et au télé-achat dans cette Partie.

„Artikel 15: Werbung und Teleshopping für bestimmte Erzeugnisse

(1) Werbung und Teleshopping für Tabakerzeugnisse sind verboten.

(2) Werbung und Teleshopping für alle Arten von alkoholischen Getränken müssen folgenden Regeln entsprechen:

a) sie dürfen sich nicht eigens an Minderjährige richten; niemand, der wie ein Minderjähriger aussieht, darf im Werbe- oder im Teleshopping-Spot mit dem Konsum alkoholischer Getränke in Zusammenhang gebracht werden;“.

Artikel 20

In der französischen Fassung wird Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe b bis e wie folgt formuliert:

„b) ils ne doivent pas associer la consommation de l'alcool à des performances physiques ou à la conduite automobile; (sie dürfen den Konsum von Alkohol nicht mit körperlicher Leistung oder mit Autofahren in Verbindung bringen)

c) ils ne doivent pas suggérer que les boissons alcoolisées sont dotées de propriétés thérapeutiques ou qu'elles ont un effet stimulant, sédatif, ou qu'elles peuvent résoudre des problèmes personnels; (sie dürfen nicht vorgeben, dass Alkohol therapeutische Eigenschaften besitzt oder ein Anregungs- oder Beruhigungsmittel oder ein Mittel zur Lösung persönlicher Probleme ist)

d) ils ne doivent pas encourager la consommation immodérée de boissons alcoolisées ou donner une image négative de l'abstinence ou de la sobriété; (sie dürfen nicht zum unmäßigen Konsum von Alkohol ermutigen oder Abstinenz oder Mäßigung in einem negativen Licht erscheinen lassen)

e) ils ne doivent pas souligner indûment la teneur en alcool des boissons.“ (sie dürfen den Alkoholgehalt von Getränken nicht ungebührlich betonen).“

Artikel 21

Ein neuer Absatz 5, der wie folgt formuliert ist, wird in Artikel 15 eingefügt:

„(5) Teleshopping für Medikamente und medizinische Behandlungen ist verboten.“

Artikel 22

Artikel 16 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 16: Werbung und Teleshopping, die sich eigens an eine einzelne Vertragspartei richten

(1) Um Wettbewerbsverzerrungen und die Gefährdung des Fernsehsystems einer Vertragspartei zu vermeiden, dürfen Werbung und Teleshopping, die sich eigens und häufig an Zuschauer in einer einzelnen Vertragspartei außerhalb der sendenden Vertragspartei richten, die für die Fernsehwerbung und das Teleshopping geltenden Vorschriften dieser Vertragspartei nicht umgehen.

2. The provisions of the preceding paragraph shall not apply where:

- (a) the rules concerned establish a discrimination between advertising and tele-shopping transmitted by a broadcaster within the jurisdiction of that Party and advertising and tele-shopping transmitted by a broadcaster or any other legal or natural person within the jurisdiction of another Party, or
- (b) the Parties concerned have concluded bilateral or multilateral agreements in this area."

Article 23

Paragraph 1 of Article 18 shall read as follows:

"1. Programmes may not be sponsored by natural or legal persons whose principal activity is the manufacture or sale of products, or the provision of services, the advertising and tele-shopping of which are prohibited by virtue of Article 15."

Article 24

A new paragraph 2 reading as follows shall be inserted in Article 18:

"2. Companies whose activity includes, inter alia, the manufacture or sale of medicines and medical treatments may sponsor programmes by promoting the name, trademark, image or activities of the company, to the exclusion of any reference to medicines or specific medical treatment available only on medical prescription in the transmitting Party."

Article 25

Paragraph 2 of Article 18 shall be renumbered to paragraph 3.

Article 26

A new Chapter IV^{bis} reading as follows shall be inserted:

"Chapter IV^{bis}

Programme services devoted exclusively to self-promotion or tele-shopping

Article 18^{bis}: Programme services devoted exclusively to self-promotion

1. The provisions of this Convention shall apply mutatis mutandis to programme services devoted exclusively to self-promotion.

2. Other forms of advertising shall be allowed on such services within the limits established by Article 12 paragraphs 1 and 2.

2. Les dispositions du paragraphe précédent ne s'appliquent pas lorsque:

- a) les règles concernées établissent une discrimination entre les messages publicitaires ou le télé-achat transmis par un radiodiffuseur relevant de la compétence de cette Partie et la publicité ou le télé-achat transmis par un radiodiffuseur ou d'autres personnes physiques ou morales relevant de la compétence d'une autre Partie; ou
- b) les Parties concernées ont conclu des accords bi- ou multilatéraux en ce domaine.»

Article 23

Le paragraphe 1 de l'article 18 est libellé comme suit:

«1. Les émissions ne peuvent pas être parrainées par des personnes physiques ou morales qui ont pour activité principale la fabrication ou la vente de produits ou la fourniture de services dont la publicité et le télé-achat sont interdits en vertu de l'article 15.»

Article 24

Un nouveau paragraphe 2, libellé comme suit, est inséré à l'article 18:

«2. Les entreprises qui ont pour activité, entre autres, la fabrication ou la vente de médicaments et de traitements médicaux peuvent parrainer des émissions à condition de se limiter à la promotion du nom ou de l'image de l'entreprise, sans promouvoir des médicaments ou des traitements médicaux spécifiques disponibles seulement sur prescription médicale dans la Partie de transmission.»

Article 25

Le paragraphe 2 de l'article 18 est renuméroté comme paragraphe 3.

Article 26

Un nouveau Chapitre IV^{bis}, libellé comme suit, est inséré:

«Chapitre IV^{bis}

Services de Programmes Consacrés exclusivement à l'autopromotion ou au télé-achat

Article 18^{bis}: Services de programmes consacrés exclusivement à l'autopromotion

1. Les dispositions de la présente Convention s'appliquent par analogie aux services de programmes consacrés exclusivement à l'autopromotion.

2. D'autres formes de publicité sont autorisées sur ces services dans les limites prévues à l'article 12 paragraphes 1 et 2.

(2) Absatz 1 gilt nicht,

- a) wenn die betreffenden Vorschriften die Werbe- oder die Teleshopping-Spots, die durch einen der Rechtshoheit dieser Vertragspartei unterliegender Rundfunkveranstalter verbreitet werden, schlechter stellen als die Werbe- oder die Teleshopping-Spots, die durch einen Rundfunkveranstalter oder andere natürliche oder juristische Personen unter der Rechtshoheit einer anderen Vertragspartei verbreitet werden, oder
- b) wenn die betreffenden Vertragsparteien zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte auf diesem Gebiet geschlossen haben."

Artikel 23

Artikel 18 Absatz 1 wird wie folgt formuliert:

„(1) Sendungen dürfen nicht durch natürliche oder juristische Personen gesponsert werden, deren Haupttätigkeit in der Herstellung oder dem Verkauf von Erzeugnissen oder der Erbringung von Dienstleistungen besteht, für die Werbung und Teleshopping aufgrund des Artikels 15 verboten sind.“

Artikel 24

Ein neuer Absatz 2, der wie folgt formuliert ist, wird in Artikel 18 eingefügt:

„(2) Unternehmen, deren Tätigkeit unter anderem in der Herstellung oder dem Verkauf von Medikamenten und medizinischen Behandlungen besteht, können Sendungen sponsern, falls sie sich auf die Werbung für den Namen und das Erscheinungsbild des Unternehmens beschränken und für Medikamente oder spezifische medizinische Behandlungen, die in der sendenden Vertragspartei nur auf ärztliche Verordnung erhältlich sind, nicht werben.“

Artikel 25

Absatz 2 des Artikels 18 wird neu als Absatz 3 nummeriert.

Artikel 26

Ein neues Kapitel IVa, das wie folgt formuliert ist, wird eingefügt:

„Kapitel IVa

Reine Eigenwerbe- oder Teleshopping-Programme

Artikel 18a: Reine Eigenwerbeprogramme

(1) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten sinngemäß für reine Eigenwerbeprogramme.

(2) Andere Werbeformen sind in diesen Programmen gemäß den in Artikel 12 Absatz 1 und 2 festgelegten Zeitbeschränkungen erlaubt.

Article 18^{ter}: Programme services devoted exclusively to tele-shopping

1. The provisions of this Convention shall apply mutatis mutandis to programme services devoted exclusively to tele-shopping.

2. Advertising shall be allowed on such services within the limits established in Article 12, paragraph 1. Article 12, paragraph 2, shall not apply."

Article 27

The last sentence of paragraph 4 of Article 20 shall be deleted and paragraph 7 of Article 20 shall have the following wording:

"7. Subject to the provisions of Article 9^{bis}, paragraph 3 b and Article 23, paragraph 3, the decisions of the Standing Committee shall be taken by a majority of three-quarters of the members present."

Article 28

Article 21 shall be supplemented as follows:

"(f) give opinions on abuse of rights under Article 24^{bis}, paragraph 2 c.

2. In addition, the Standing Committee shall:

(a) draw up the guidelines referred to in Article 9^{bis}, paragraph 3 b, in order to avoid differences between the implementation of the provisions of this Convention concerning access of the public to events of major importance for society and that of corresponding European Community provisions;

(b) give an opinion on the measures taken by Parties which have drawn up a list of national or non-national events which are considered by those Parties as being of major importance for society in accordance with Article 9^{bis}, paragraph 2;

(c) publish once a year a consolidated list of the enlisted events and corresponding measures notified by Parties in accordance with Article 9^{bis}, paragraph 2 e."

Article 29

Two new paragraphs 5 and 6, reading as follows, shall be inserted in Article 23:

"5. However, the Committee of Ministers may, after consulting the Standing Committee, decide that a particular amendment shall enter into force following the expiry of a period of 2 years after the date on which it has been opened to acceptance, unless a Party has notified the Secretary General of the Council of Europe of an objection to its entry into force. Should such an objection

Article 18^{ter}: Services de programmes consacrés exclusivement au télé-achat

1. Les dispositions de la présente Convention s'appliquent par analogie aux services de programmes consacrés exclusivement au télé-achat.

2. La publicité est autorisée sur ces services dans les limites quotidiennes fixées à l'article 12, paragraphe 1. L'article 12, paragraphe 2 ne s'applique pas.»

Article 27

La dernière phrase du paragraphe 4 de l'article 20 est supprimée et le paragraphe 7 de l'article 20 est libellé comme suit:

«7. Sous réserve des dispositions de l'article 9^{bis}, paragraphe 3 b et de l'article 23, paragraphe 3, les décisions du Comité permanent sont prises à la majorité des trois quarts des membres présents.»

Article 28

L'article 21 est complété comme suit:

«f) émettre des avis sur les abus de droit en application de l'article 24^{bis}, paragraphe 2 c.

2. En outre, le Comité permanent:

a) établit les lignes directrices mentionnées à l'article 9^{bis}, paragraphe 3 b afin d'éviter des différences entre la mise en oeuvre des règles de cette Convention concernant l'accès du public à des événements d'importance majeure pour la société et celle des dispositions correspondantes du droit communautaire;

b) donne un avis sur les mesures prises par les Parties ayant établi une liste d'événements, nationaux ou non-nationaux, qu'elles jugent d'une importance majeure pour la société, conformément à l'article 9^{bis}, paragraphe 2;

c) publie une fois par an une liste consolidée des événements désignés et des mesures correspondantes communiqués par les Parties conformément à l'article 9^{bis}, paragraphe 2 e.»

Article 29

Deux nouveaux paragraphes 5 et 6, libellés comme suit, sont insérés à l'article 23:

«5. Néanmoins, le Comité des Ministres peut, après consultation du Comité permanent, décider qu'un amendement donné entrera en vigueur à l'expiration d'une période de 2 ans à compter de la date à laquelle il aura été ouvert à l'acceptation, sauf si une Partie a notifié au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe une objection à son entrée en vigueur. Lorsqu'une

Artikel 18b: Reine Teleshopping-Programme

(1) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens werden auch auf die ausschließlich für das Teleshopping vorgesehenen Programme angewandt.

(2) Werbung ist in diesen Programmen gemäß den in Artikel 12 Absatz 1 festgelegten Zeitbeschränkungen erlaubt. Artikel 12 Absatz 2 findet keine Anwendung."

Artikel 27

Der letzte Satz von Artikel 20 Absatz 4 wird gestrichen, und Artikel 20 Absatz 7 wird wie folgt formuliert:

„(7) Vorbehaltlich des Artikels 9a Absatz 3 b und Artikel 23 Absatz 3 werden die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.“

Artikel 28

Artikel 21 wird wie folgt ergänzt:

„f) Stellungnahmen zu Rechtsmissbräuchen unter Anwendung des Artikels 24a Absatz 2 c) abgeben.

(2) Zudem umfasst der Aufgabenbereich des Ständigen Ausschusses:

a) die Ausarbeitung der in Artikel 9a Absatz 3 b) erwähnten Richtlinien, um Abweichungen zwischen der Umsetzung der Bestimmungen dieses Übereinkommens in Bezug auf den Zugang der Allgemeinheit zu Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung und der Umsetzung der entsprechenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrecht zu vermeiden;

b) die Abgabe einer Stellungnahme zu den Maßnahmen, die von den Vertragsparteien ergriffen wurden, die eine Liste nationaler oder internationaler Ereignisse erstellt haben, die sie als von gesellschaftlich erheblicher Bedeutung erachten;

c) die jährliche Veröffentlichung einer konsolidierten Liste der bezeichneten Ereignisse und entsprechenden rechtlichen Maßnahmen, die von den Vertragsparteien in Übereinstimmung mit Artikel 9a Absatz 2 e) übermittelt worden sind.“

Artikel 29

Zwei neue Absätze 5 und 6, die wie folgt formuliert sind, werden in Artikel 23 eingefügt:

„(5) Das Ministerkomitee kann jedoch nach Konsultation des Ständigen Ausschusses beschließen, dass eine Änderung nach Ablauf eines Zeitabschnitts von zwei Jahren nach dem Tag, an dem sie zur Annahme aufgelegt wurde, in Kraft tritt, es sei denn, eine Vertragspartei hat dem Generalsekretär des Europarats einen Einwand gegen das Inkrafttreten notifiziert.“

be notified, the amendment shall enter into force on the first day of the month following the date on which the Party to the Convention which has notified the objection has deposited its instrument of acceptance with the Secretary General of the Council of Europe.

6. If an amendment has been approved by the Committee of Ministers, but has not yet entered into force in accordance with paragraphs 4 or 5, a State or the European Community may not express their consent to be bound by the Convention without accepting at the same time the amendment."

Article 30

A new Article 24^{bis} reading as follows shall be inserted:

"Article 24^{bis}: Alleged abuses of rights conferred by this Convention

1. When the programme service of a broadcaster is wholly or principally directed at the territory of a Party other than that which has jurisdiction over the broadcaster (the 'receiving Party'), and the broadcaster has established itself with a view to evading the laws in the areas covered by the Convention which would have applied to it had it fallen within the jurisdiction of that other Party, this shall constitute an abuse of rights.

2. Where such an abuse is alleged by a Party, the following procedure shall apply:

- (a) the Parties concerned shall endeavour to achieve a friendly settlement;
- (b) if they fail to do so within three months, the receiving Party shall refer the matter to the Standing Committee;
- (c) having heard the views of the Parties concerned, the Standing Committee shall, within six months of the date on which the matter was referred to it, give an opinion on whether an abuse of rights has been committed and shall inform the Parties concerned accordingly.

3. If the Standing Committee has concluded that an abuse of rights has occurred, the Party whose jurisdiction the broadcaster is deemed to be within shall take appropriate measures to remedy the abuse of rights and shall inform the Standing Committee of those measures.

4. If the Party whose jurisdiction the broadcaster is deemed to be within has failed to take the measures specified in paragraph 3 within six months, the arbitration procedure set out in Article 26, paragraph 2, and the appendix of the Conven-

telle objection a été notifiée, l'amendement entrera en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle la Partie à la Convention qui a notifié l'objection aura déposé son instrument d'acceptation auprès du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

6. Si un amendement a été approuvé par le Comité des Ministres, mais n'est pas encore entré en vigueur conformément aux dispositions des paragraphes 4 ou 5, un Etat ou la Communauté européenne ne peuvent pas exprimer leur consentement à être liés par la Convention sans accepter en même temps cet amendement.»

Article 30

Un nouvel article 24^{bis}, libellé comme suit, est inséré:

«Article 24^{bis}: Abus allégués des droits octroyés par la présente Convention

1. Lorsque le service de programmes d'un radiodiffuseur est entièrement ou principalement tourné vers le territoire d'une Partie autre que celle qui est compétente à l'égard de ce radiodiffuseur (la «Partie de réception»), et que ce radiodiffuseur s'est établi en vue de se soustraire aux lois dans les domaines couverts par la Convention qui lui seraient applicables s'il était établi sur le territoire de cette autre Partie, cela constitue un abus de droit.

2. Lorsqu'un abus de droit est allégué par une Partie, la procédure suivante s'applique:

- a) les Parties concernées s'efforcent de parvenir à un règlement amiable;
- b) si elles n'y parviennent pas dans un délai de trois mois, la Partie de réception porte la question devant le Comité permanent;
- c) après avoir entendu les Parties concernées, et dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle il a été saisi, le Comité permanent émet un avis sur la question de savoir si un abus de droit a été ou non commis et le notifie aux Parties concernées.

3. Si le Comité permanent conclut à un abus de droit, la Partie considérée comme ayant compétence à l'égard du radiodiffuseur prend les mesures appropriées pour remédier à l'abus des droits et informe le Comité permanent de ces mesures.

4. Si la Partie compétente à l'égard du radiodiffuseur n'a pas pris les mesures évoquées au paragraphe 3 dans un délai de six mois, les Parties concernées se soumettent à la procédure d'arbitrage indiquée à l'article 26, paragraphe 2 et dans l'An-

Wenn ein solcher Einwand notifiziert wurde, tritt die Änderung am ersten Tag des Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragspartei, die den Einwand notifiziert hat, ihre Annahmeprotokolle beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt hat.

(6) Wenn eine Änderung vom Ministerkomitee genehmigt, aber nach Absatz 4 oder 5 noch nicht in Kraft getreten ist, kann ein Staat oder die Europäische Gemeinschaft ihre Zustimmung, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, nur mit gleichzeitiger Annahme dieser Änderung ausdrücken."

Artikel 30

Ein neuer Artikel 24a, der wie folgt formuliert ist, wird eingefügt:

„Artikel 24a: Behaupteter Missbrauch der durch dieses Übereinkommen eingeräumten Rechte

(1) Ein Rechtsmissbrauch liegt vor, wenn das Programm eines Rundfunkveranstalters vollständig oder hauptsächlich auf das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gerichtet ist, deren Rechtshoheit der Rundfunkveranstalter nicht unterliegt (die „empfangende Vertragspartei“), und wenn dieser Rundfunkveranstalter sich in der Absicht niedergelassen hat, sich den Gesetzen in den von diesem Übereinkommen erfassten Bereichen zu entziehen, die auf ihn anwendbar wären, wenn er im Hoheitsgebiet dieser anderen Vertragspartei niedergelassen wäre.

(2) Wenn eine Vertragspartei einen Rechtsmissbrauch behauptet, findet folgendes Verfahren Anwendung:

- a) die betroffenen Vertragsparteien bemühen sich um eine gütliche Beilegung;
- b) wenn sie innerhalb von drei Monaten zu keiner gütlichen Beilegung gelangen, legt die empfangende Vertragspartei die Angelegenheit dem Ständigen Ausschuss vor;
- c) nach Anhörung der betroffenen Vertragsparteien nimmt der Ständige Ausschuss innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag, an dem ihm die Angelegenheit vorgelegt wurde, Stellung zu der Frage, ob ein Rechtsmissbrauch begangen wurde oder nicht, und notifiziert diese Stellungnahme den betroffenen Vertragsparteien.

(3) Wenn der Ständige Ausschuss zu dem Schluss gelangt ist, dass ein Rechtsmissbrauch vorliegt, ergreift die Vertragspartei, deren Rechtshoheit der Rundfunkveranstalter unterliegt, die geeigneten Maßnahmen, um den Missbrauch zu beseitigen und informiert den Ständigen Ausschuss über diese Maßnahmen.

(4) Wenn die für den Rundfunkveranstalter zuständige Vertragspartei die in Absatz 3 erwähnten Maßnahmen nicht innerhalb von sechs Monaten ergreift, unterwerfen sich die betroffenen Vertragsparteien dem in Artikel 26 Absatz 2 und im Anhang

tion shall be pursued by the Parties concerned.

5. A receiving Party shall not take any measures against the programme service concerned until the arbitration procedure has been completed.

6. Any measures proposed or taken under this Article shall comply with Article 10 of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms."

Article 31

Article 28 shall have the following wording:

"Article 28: Relations between the Convention and the internal law of the Parties

Nothing in this Convention shall prevent the Parties from applying stricter or more detailed rules than those provided for in this Convention to programme services transmitted by a broadcaster deemed to be within their jurisdiction, within the meaning of Article 5."

Article 32

Paragraph 1 of Article 32 shall have the following wording:

"1. At the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession any State may declare that it reserves the right to restrict the retransmission on its territory, solely to the extent that it does not comply with its domestic legislation, of programme services containing advertising for alcoholic beverages according to the rules provided for in Article 15, paragraph 2, of this Convention.

No other reservation may be made."

Article 33

In Article 20, paragraph 2, Article 23, paragraph 2, Article 27, paragraph 1, Article 29, paragraphs 1 and 4, Article 34 and in the closing formula, the words "European Economic Community" are replaced by "European Community".

Article 34

This Protocol shall be open for acceptance by the Parties to the Convention. No reservation may be made.

Article 35

1. This Protocol shall enter into force on the first day of the month following the date on which the last of the Parties to the Convention has deposited its instrument of acceptance with the Secretary General of the Council of Europe.

2. However, this Protocol shall enter into force following the expiry of a period of 2

nexe à la Convention.

5. Une Partie de réception ne peut prendre de mesures à l'encontre d'un service de programmes avant la fin de la procédure d'arbitrage.

6. Toutes les mesures proposées ou prises en vertu du présent article doivent être conformes à l'article 10 de la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales.»

Artikel 31

L'article 28 est libellé comme suit:

«Article 28: Relations entre la Convention et le droit interne des Parties

Aucune disposition de la présente Convention ne saurait empêcher les Parties d'appliquer des règles plus strictes ou plus détaillées que celles prévues dans la présente Convention aux services de programmes transmis par un radiodiffuseur relevant de leur compétence, au sens de l'article 5.»

Article 32

Le paragraphe 1 de l'article 32 est libellé comme suit:

«1. Au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, tout Etat peut déclarer qu'il se réserve le droit de s'opposer à la retransmission sur son territoire, dans la seule mesure où elle n'est pas conforme à sa législation nationale, de services de programmes contenant de la publicité pour les boissons alcoolisées selon les règles prévues à l'article 15, paragraphe 2, de la présente Convention.

Aucune autre réserve n'est admise.»

Article 33

A l'article 20, paragraphe 2, l'article 23, paragraphe 2, l'article 27, paragraphe 1, l'article 29, paragraphes 1 et 4, l'article 34 et dans la formule finale, les mots «Communauté économique européenne» sont remplacés par «Communauté européenne».

Article 34

Le présent Protocole est ouvert à l'acceptation des Parties à la Convention. Aucune réserve n'est admise.

Article 35

1. Le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle la dernière des Parties à la Convention aura déposé son instrument d'acceptation auprès du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. Néanmoins, le présent Protocole entrera en vigueur à l'expiration d'une

zu diesem Übereinkommen erwähnten Schiedsverfahren.

(5) Eine empfangende Vertragspartei kann vor dem Abschluss des Schiedsverfahrens keine Maßnahmen gegen ein Programm ergreifen.

(6) Alle gemäß diesem Artikel vorgeschlagenen oder getroffenen Maßnahmen müssen dem Artikel 10 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten entsprechen."

Artikel 31

Artikel 28 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 28: Verhältnis zwischen dem Übereinkommen und dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien

Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, strengere oder ausführlichere Bestimmungen als die in diesem Übereinkommen enthaltenen auf Programme anzuwenden, die durch einen ihrer Rechtshoheit unterliegenden Rundfunkveranstalter im Sinne des Artikels 5 verbreitet werden.“

Artikel 32

Artikel 32 Absatz 1 wird wie folgt formuliert:

„(1) Bei der Unterzeichnung oder der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde kann jeder Staat erklären, dass er sich das Recht vorbehält, die Weiterverbreitung von Programmen, die Werbung für alkoholische Getränke nach Maßgabe des Artikels 15 Absatz 2 enthalten, in seinem Hoheitsgebiet zu beschränken, soweit diese Weiterverbreitung seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften nicht entspricht.

Andere Vorbehalte sind nicht zulässig.“

Artikel 33

In Artikel 20 Absatz 2, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 27 Absatz 1, Artikel 29 Absätze 1 und 4, Artikel 34 und in der Schlussformel wird der Begriff „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ durch „Europäische Gemeinschaft“ ersetzt.

Artikel 34

Dieses Protokoll wird zur Annahme durch die Vertragsparteien des Übereinkommens aufgelegt. Vorbehalte sind nicht zulässig.

Artikel 35

(1) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Vertragspartei des Übereinkommens ihre Annahmearkunde beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt hat.

(2) Dieses Protokoll tritt jedoch nach Ablauf eines Zeitraums von zwei Jahren

years after the date on which it has been opened to acceptance, unless a Party to the Convention has notified the Secretary General of the Council of Europe of an objection to its entry into force. The right to make an objection shall be reserved to those States or the European Community which expressed their consent to be bound by the Convention prior to the expiry of a period of three months after the opening for acceptance of this Protocol.

3. Should such an objection be notified, the Protocol shall enter into force on the first day of the month following the date on which the Party to the Convention which has notified the objection has deposited its instrument of acceptance with the Secretary General of the Council of Europe.

4. A Party to the Convention may, at any time, declare that it will apply the Protocol on a provisional basis.

Article 36

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, the other Parties to the Convention and the European Community of:

- (a) the deposit of any instrument of acceptance;
- (b) any declaration of provisional application of this Protocol in accordance with Article 35, paragraph 4;
- (c) any date of entry into force of this Protocol in accordance with Article 35, paragraphs 1 to 3;
- (d) any other act, notification or communication relating to this Protocol.

Done at Strasbourg, the 9th day of September 1998, in English and French, and opened for acceptance the 1st day of October 1998. Both texts are equally authentic and shall be deposited in a single copy in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, to the other Parties to the Convention and to the European Community.

période de 2 ans à compter de la date à laquelle il aura été ouvert à l'acceptation, sauf si une Partie à la Convention a notifié au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe une objection à son entrée en vigueur. Le droit de faire une objection est réservé aux Etats ou à la Communauté européenne qui ont exprimé leur consentement à être liés par la Convention avant l'expiration d'une période de trois mois suivant l'ouverture à l'acceptation du présent Protocole.

3. Lorsqu'une telle objection a été notifiée, le Protocole entrera en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle la Partie à la Convention qui a notifié l'objection aura déposé son instrument d'acceptation auprès du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

4. Une Partie à la Convention peut, à tout moment, déclarer qu'elle appliquera ce dernier à titre provisoire.

Article 36

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Parties à la Convention et à la Communauté européenne:

- a) le dépôt de tout instrument d'acceptation;
- b) toute déclaration d'application provisoire du présent Protocole faite conformément à l'article 35, paragraphe 4;
- c) toute date d'entrée en vigueur du présent Protocole conformément à l'article 35, paragraphes 1 à 3;
- d) tout autre acte, notification ou communication ayant trait au présent Protocole.

Fait à Strasbourg, le 9 septembre 1998, en français et en anglais, et ouvert à l'acceptation le 1^{er} octobre 1998. Les deux textes font également foi et seront déposés en un seul exemplaire dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Parties à la Convention et à la Communauté européenne.

nach dem Tag in Kraft, an dem es zur Annahme vorgelegt wurde, es sei denn, eine Vertragspartei hat dem Generalsekretär des Europarats einen Einwand gegen das Inkrafttreten notifiziert. Das Recht, einen Einwand zu erheben, ist den Staaten oder der Europäischen Gemeinschaft vorbehalten, die innerhalb von drei Monaten nach Auflegung dieses Protokolls zur Annahme ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein.

(3) Wenn ein solcher Einwand notifiziert wurde, tritt das Protokoll am ersten Tag des Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragspartei, die den Einwand notifiziert hat, ihre Annahmearkunde beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt hat.

(4) Eine Vertragspartei kann jederzeit erklären, dass sie das Übereinkommen vorläufig anwendet.

Artikel 36

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens und der Europäischen Gemeinschaft:

- a) jede Hinterlegung einer Annahmearkunde;
- b) jede Erklärung der vorläufigen Anwendung dieses Protokolls nach Artikel 35 Absatz 4;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach Artikel 35 Absätze 1 bis 3;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Protokoll.

Geschehen zu Straßburg am 9. September 1998, in englischer und französischer Sprache, und am 1. Oktober 1998 zur Annahme aufgelegt. Die beiden Fassungen sind gleichermaßen verbindlich und werden in einer Urschrift im Archiv des Europarats hinterlegt. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens und der Europäischen Gemeinschaft beglaubigte Abschriften.

Abs.: SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, VKZ F 48 501, Deutsche Post AG

HERAUSGEBER

Sächsische Staatskanzlei, Archivstraße 1, 01097 Dresden
Telefon (03 51) 5 64 11 86, Fax (03 51) 5 64 11 98

VERLAG, HERSTELLUNG und VERSAND

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH, HRB 9757,
Lingnerallee 3, 01069 Dresden, Telefon (03 51) 4 87 43 66, Fax (03 51) 4 87 47 49
E-Mail: Verlag-Saxonia@t-online.de

Abo-Adressverwaltung, Bestellungen: Frau Stephan, Telefon (03 51) 4 87 43 66
Bei allen schriftlichen Mitteilungen an den Verlag bitten wir Sie, Ihre Kunden-Nr.
(1. Zeile des Adress-Etiketts) anzugeben.

Bankverbindung: Postbank Leipzig, Kto.-Nr. 1445 88-906, BLZ 860 100 90

ERSCHEINUNGSHINWEISE

Das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt erscheint nach Maßgabe des Herausgebers.

BEZUG

Das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Auftrag des Herausgebers vom SAXONIA Verlag ausgeliefert. Bestellungen sind generell schriftlich an den SAXONIA Verlag, Abteilung Versand zu richten.

BEZUGSBEDINGUNGEN

Der Preis für ein **Jahresabonnement** des Sächsischen Gesetz und Verordnungsblattes beträgt 95,00 DM.

Die Aufnahme ins Abonnement ist jederzeit möglich und erfolgt zu Monatsbeginn zum anteiligen Jahresabonnementspreis. Noch vor dem Monatsbeginn liegende Ausgaben können zum Einzelstückpreis bezogen werden.

Kündigungen für das folgende Kalenderjahr müssen mindestens sechs Wochen vor Jahresende schriftlich beim SAXONIA Verlag vorliegen.

Der Preis für **Einzelstücke** beträgt 2,80 DM bis zu 8 Seiten Umfang, 3,40 DM bis 16 Seiten, 4,00 DM bis 24 Seiten, 4,60 DM bis 32 Seiten; für weitere jeweils angefangene 8 Seiten werden 0,60 DM berechnet (bei Versand zzgl. Versandkosten). *Alle oben genannten Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer, Porto und Versandkosten.*

Der **Einzelpreis** für das vorliegende Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt beträgt 7,49 DM = 3,83 € (inklusive 7 % MwSt., bei Versand zzgl. Versandkosten).

ISSN 0941-3006

Internet: <http://www.recht-sachsen.de>